

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

12'74

DEZEMBER



Mehr Hilfe im Katastrophenfall

Jetzt hat auch das Bundesland Schleswig-Holstein ein Gesetz über den Katastrophenschutz

Im folgenden Beitrag gibt der Innenminister von Schleswig-Holstein, Rudolf Titzck, einen kurzen Überblick über den Inhalt und das Ziel des kürzlich verabschiedeten Katastrophenschutzgesetzes des nördlichsten Bundeslandes.

Das vom schleswig-holsteinischen Landtag soeben beschlossene Gesetz über den Katastrophenschutz ist ein weiterer Schritt nach dem Grundsatz: „Sicher leben in Schleswig-Holstein.“ Nach Bayern ist Schleswig-Holstein das zweite Bundesland, das den Katastrophenschutz durch Gesetz nunmehr umfassend geregelt hat. Das Gesetz soll auf Maßnahmen zur



Unser Bild zeigt den Innenminister von Schleswig-Holstein, Rudolf Titzck, inmitten von Helfern des Katastrophenschutzes.

Abwehr von Katastrophen und zu deren Vorbereitung angewendet werden sowie zur Konsolidierung der bestehenden Einrichtungen des Katastrophenschutzes beitragen. Damit sind zugleich die organisatorischen und die materiellen Voraussetzungen für einen weiteren systematischen Aufbau des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein geschaffen worden. Ich hoffe, daß von dem Gesetz neue Impulse ausgehen und sich noch mehr Männer und Frauen für den freiwilligen Dienst im Katastrophenschutz zur Verfügung stellen werden. Unter „Katastrophe“ wird eine insbesondere durch Naturereignisse (z. B. Sturmfluten) oder schwere Unglücksfälle (Explosion, Flugzeugabsturz) verursachte Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verstanden, die so erheblich ist, daß ihre Bekämpfung einheitlich gelenkte Maßnahmen unter Einsatz von besonderen Einheiten und Einrichtungen erfordert. Der vom Landtag verabschiedete Gesetzentwurf enthält Bestimmungen über

- die Organisation des Katastrophenschutzes,
- die Mitwirkung öffentlicher (z. B. Freiwillige Feuerwehren, Technisches Hilfswerk) und privater Organisationen im Katastrophenschutz,
- die Maßnahmen im Katastrophenfall,
- die Rechtsstellung der freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer der privaten Katastrophenschutz-Organisationen,
- die Kosten des Katastrophenschutzes.

Als Voraussetzung für die Mitwirkung der **privaten** Katastrophenschutz-Organisationen (Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter Samariter Bund, Malteser Hilfsdienst, Johanniter Unfalldienst usw.) sieht das Gesetz ein besonderes Anerkennungsverfahren vor, mit dem diese

die Unfallversicherung und über die Haftung für Schäden getroffen, die die Rechtsstellung dieser Helfer umfassend regeln. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, das für diese Bereiche eingehende Vorschriften erstellt hat. Wir sind eine solche Regelung unseren freiwilligen Helfern schuldig.

Andere Bestimmungen betreffen die Konzentration der Abwehrmittel bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Neben Behörden, Dienststellen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen können auch Privatpersonen zu bestimmten Leistungen herangezogen werden, wenn dies zur Abwehr der Katastrophe unumgänglich ist. Vorschriften über Sicherungs- und Absperrmaßnahmen sollen das ungestörte Tätigwerden der Abwehrkräfte gewährleisten. Eine Entschädigungsregelung stellt schließlich sicher, daß nicht über Gebühr in die geschützten Rechtsgüter des Bürgers eingegriffen wird.



In Schleswig-Holstein soll ein neues Gesetz dazu beitragen, die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für den weiteren systematischen Aufbau des Katastrophenschutzes zu schaffen. Das Bild zeigt den Einsatz von THW und Feuerwehr nach einem Wirbelsturm.

bestimmte Rechte und Pflichten übernehmen. Für die Bürger, die sich als freiwillige Helfer den privaten Organisationen zur Verfügung stellen, werden im Gesetz Bestimmungen z. B. über die Entschädigung, über

Schließlich ist hervorzuheben, daß nach dem Gesetz die Katastrophenschutz-ausrüstung auch für Zwecke des Rettungsdienstes und des Brandschutzes verwendet werden kann.

MAGAZIN 12'74



Aus dem Inhalt

Umschlagseite 2:

„Mehr Hilfe im Katastrophenfall“ — Jetzt hat auch das Bundesland Schleswig-Holstein ein Gesetz über den Katastrophenschutz.

Seite 5:

„Wie sicher ist Kölns neues Museum?“ — Schutz von Kulturgut. Fragen an den Sicherheitsbeauftragten.

Seite 11:

„Es schnarrt in der Jackentasche“ — Drahtlose Alarmierung ehrenamtlicher Helfer.

Seite 12:

„Bundesinnenminister legt Konzeption vor“ — Umfassende Darstellung des gesamten Problems Schutzraumbau.

Seite 14:

„Bunkerverschluß im Warnamt VII“ — Einwöchiger Belegungsversuch.

Seite 16:

„Katastrophenschutz im Betrieb“ — Verstärkung der innerbetrieblichen Sicherheit durch Vorbeugen.

Seite 24:

„Mit der ‚Otto-Lilienthal‘ nach Honduras“ — Hilfeinsatz des THW.

Seite 26:

„Unfallrettung aus der Sicht des Kraftfahrers“ — Gedanken des ADAC zu einem aktuellen Problem.

Seite 29:

„Blick über die Grenzen“ — THW Lauf besuchte Schweizer Zivilschutz. Ein Beispiel für freundschaftliche Verbindungen.

Umschlagseite 3:

„Endlich einheitlicher Notfall-Ausweis“ — Zweckmäßige Gestaltung. Dreisprachiger Text.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz
5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450247; Ruf: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1
62 Wiesbaden 1, Postfach
Wittelsbacherstraße 10

Tel. (0 61 21) 7 49 51
Telex: 04 186 792
Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit

Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete
Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.



Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU



Eintopfessen für Staatssekretär Kiesl vom Bayer. Staatsministerium des Innern.

Besuch in der Katastrophenschutzschule Bayern

Staatssekretär Erich Kiesl vom Bayerischen Staatsministerium des Innern besichtigte in Begleitung von Ministerialdirigent Dr. Prandl und Ministerialrat Kuhn die Katastrophenschutzschule Bayern, die Anfang Oktober den 20 000. Lehrgangsteilnehmer begrüßen konnte. Einer Information über die Aufgaben der Schule schloß sich ein Gang durch das alte Schulgebäude an, bei dem sich der Staatssekretär von der unzulänglichen Unterbringung der Helfer überzeugen konnte; sie müssen zum Teil zu acht Mann in einem Zimmer mit nur einem Waschbecken wohnen. Daß indessen die Lehrgangsteilnehmer besseren Zeiten entgegengehen, zeigte die anschließende Besichtigung der Baustelle des Neubauprojektes der Katastrophenschutzschule. Staatssekretär Kiesl war vor allem von der Großzügigkeit der geplanten Garten- und Landschaftsgestaltung sehr beeindruckt. Ein Eintopfessen im Kreise der Lehrgangsteilnehmer beschloß die Informationsfahrt.

THW-Direktor erzielte Verkaufsrekord

1500 Lose verkaufte in Bonn zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes der neue Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, zugleich Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, der in neuer THW-Dienstbekleidung an der Lostrommel stand. Im Rahmen des alljährlichen Losverkaufs durch Prominente in Bonn erzielte er damit einen Rekord. Diese Verkaufshilfe bot zugleich Gelegenheit, die Zusammenarbeit von DRK und THW zu demonstrieren. Ein neben dem DRK-Losstand in der Bonner Remigiusstraße ausgestellt THW-Spezialfahrzeug für den Bergungsdienst auf Straßen fand das Interesse vieler Passanten.



Losverkauf für das DRK in Bonn. An der Trommel THW-Direktor und BZS-Vizepräsident Dipl.-Ing. Hans Zielinski.

Einheitlicher Notruf

Entsprechend dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 29. November 1973 berichtet die Bundesregierung über die Einführung eines einheitlichen Notrufnummernsystems. Sie teilt mit:

Im Bereich der Deutschen Bundespost gibt es 3785 Fernsprechnetze. Jedes Ortsnetz soll mindestens je einen Anschluß 110 (Notruf) und 112 (Feuerwehrruf) erhalten. In größeren Ortsnetzen werden wegen des höheren Verkehrsaufkommens mehrere Anschlüsse erforderlich sein. Die Anzahl wird im Einzelfall von der Polizei bzw. der Feuerwehr bestimmt. In Fernsprechnetzen ohne ständig besetzte Abfragestellen für den Feuerwehrruf, aber mit durchgehend besetzten Abfragestellen für den Notruf können mit Einverständnis der Polizei und der Feuerwehr die Anschlüsse 112 mit den Anschlüssen

110 parallel geschaltet werden. Für die Feuerwehr bestimmte Anrufe werden somit automatisch zur Notrufabfragestelle der Polizei geleitet.

Etwa 30 Prozent der Bürger wohnen in Ortsnetzen, in denen der einheitliche Notruf 110 bereits eingerichtet ist. In allen Ortsnetzen mit mehr als 30 000 Einwohnern bestehen Anschlüsse 110.

Die vorliegenden Anträge auf Einrichtung von Anschlüssen 110 werden vorwiegend zu einer Verbesserung der Notrufmöglichkeiten auf dem Lande führen. Vom Eingang eines Antrages an gerechnet, benötigt die Deutsche Bundespost in 90 Prozent der Fälle für die Planung und den Aufbau der Notruftechnik in den Ortsvermittlungsstellen und bei den Abfragestellen sieben bis elf Monate.

Ölreserven im Salzstock

Das größte unterirdische Erdölvorratslager der Bundesrepublik wird im Salzstock Etzel bei Wilhelmshaven erbaut. In 33 Kavernen werden hier 12 Millionen Kubikmeter Hohlraum zur Einlagerung der Bundesrohölreserve von 10 Millionen Tonnen ausgesolt. Salzstöcke, die vollkommen trocken und gasdicht sind, eignen sich sehr gut für die Lagerung von Erdöl. Die Unterspeicherung des Öls in Kavernen ist zudem einfacher und billiger als die

Lagerung in oberirdischen Tankbehältern.

Über eine 25 Kilometer lange und 1,10 Meter starke Pipeline wird Wasser aus der Nordsee in die bis zu 1900 Meter tiefen Bohrungen des Salzstocks geleitet. Das unter Druck stehende Seewasser soll die Kaverne aus und wird sodann über eine zweite Pipeline zur Außenjade bei Wilhelmshaven zurückgepumpt. Sobald genügend Hohlraum geschaffen ist, wird mit einem dritten

Leitungssystem von Wilhelmshaven aus Rohöl zur Lagerung in die Kavernen geleitet. Mit der Ölfüllung kann bereits während des Solprozesses — voraussichtlich noch in diesem Jahr — begonnen werden. Die Bundesrohölreserve für den Krisenfall reicht für etwa 25 Tage. Die Vorratspflicht der Mineralölwirtschaft soll von gegenwärtig 65 Tagen auf den Bedarf von 90 Tagen erhöht werden. Voraussichtlich wird der Lagerraum, soweit er vom Bund noch nicht genutzt wird, privaten Importeuren und der Mineralölwirtschaft für ihre Reservehaltung angeboten.



Mindestens 78 Menschen kamen bei einem Großbrand in einem siebenstöckigen Büro- und Hotelgebäude in der Innenstadt von Seoul (Südkorea) ums Leben.

Internationale Brandschutz-Tagung

Die Internationale Feuerwehrorganisation CTIF führte im Europa-Zentrum in Luxemburg ihre Organisationsversammlungen und das 8. Internationale Symposium durch. Unter den rund 200 Teilnehmern aus 25 Ländern waren als Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes Präsident Bürger, Oberbranddirektor Gebhardt, Kreisbrandrat Wiedemann und Generalsekretär Ladwig. Zu den Referenten gehörten Landesbranddirektor Seidel und Branddirektor Schläfer. Zum Präsidenten des CTIF wählte

die Generalversammlung wiederum Polizeipräsident i. R. Josef Holaubek, Wien. Albert Bürger, der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, wurde zum Vertreter des CTIF-Präsidenten gewählt, zuständig für Koordination der Fachgebiete und Information. Unter seiner Leitung stand auch das Internationale Symposium, bei dem sich die neugewählten Vizepräsidenten und Fachgebietsleiter gleich bewähren konnten. Der Erfahrungsaustausch lieferte wertvolle Beiträge zu den zur Diskussion gestellten Problemen.

Rettungsdienst auf dem Lande

Der Bundestagsabgeordnete Immer (SPD) richtete folgende Anfrage an die Bundesregierung: „Inwieweit wird bei der Einrichtung von Notrufanlagen bzw. der Zuteilung von Notrufleitungen im Fernmeldebereich der Umstand berücksichtigt, daß durch die planmäßig vorgenommene Konzentration von Polizeistationen und von Schwerpunktfeuerwehren im ländlichen Raum die Meldung von Unfällen, Katastrophen und akuten Bedrohungen erheblich verzögert und erschwert wird?“

Gerhart Baum, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, antwortete darauf in der Fragestunde des Deutschen Bundestages: „Nach längeren Auseinandersetzungen über die Finanzierung sind Bund und Länder im letzten Jahr übereingekommen, die Notrufnummer 110 für die Polizei und die Notrufnummer 112 für die Rettungsdienste im ganzen Bundesgebiet einzuführen, Notrufabfragezentralen für größere Bereiche zu bilden, auch über die Grenzen von Fernsprechnetzen hinweg, und den münzfreien Notruf aus Fernsprechkabellen einzuführen. Die Arbeiten an der Verwirklichung dieser Konzeption laufen weiter.“

Die Bundesregierung mißt der Einführung des einheitlichen Notrufs wegen der zunehmenden Zahl von Unfällen aller Art sowie anderer Ereignisse, die ein polizeiliches Eingreifen erforderlich machen, große Bedeutung zu.

Durch die Einrichtung von Notrufabfragezentralen für größere Bereiche wird sichergestellt, daß der Anrufer stets die zuständige, einsatzbereite Polizeidienststelle oder Rettungsleitstelle erreicht. Dabei tritt durch

die automatische Weiterleitung des Anrufs von einer vorübergehend unbesetzten auf eine einsatzbereite Dienststelle nur eine Verzögerung von Sekundenbruchteilen ein; der Meldeweg wird demnach nicht verlängert.

Eine andere Frage ist, inwieweit sich organisatorische Veränderungen auf die Einsatzmöglichkeiten von Polizei und Rettungsdiensten auswirken. In manchen Fällen werden sich durch die Zusammenlegung von Dienststellen die Wege zu den Einsatzorten verlängern. Dies ist aber kein mit der Einführung einheitlicher Notrufnummern zusammenhängendes Problem, sondern eine Frage der Organisation der Polizei, für die die Länder zuständig sind.

Ich gehe davon aus, daß die Länder hierbei die Forderungen der inneren Sicherheit jederzeit voll berücksichtigen.“

Statistik der Luftrettung

Die Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungsdienst haben seit November 1970 zusammen insgesamt 11 935 Einsätze geflogen. Das geht aus einer detaillierten Einsatzstatistik hervor, die der ADAC nach Auswertung sämtlicher Einsatzprotokolle vorgelegt hat.

„Christoph 1“ (München) ist am 1. 11. 1970 in Dienst gestellt worden, „Christoph 2“ (Frankfurt) am 15. 8. 1972, „Christoph 3“ (Köln) am 22. 12. 1971, „Christoph 4“ (Hannover) am 1. 10. 1972, „Christoph 5“ (Ludwigshafen/Mannheim) am 16. 11. 1973 und „Christoph 6“ (Bremen) am 20. 12. 1973. Vom Tage ihrer jeweiligen Indienststellung bis

zum 31. 10. 1974 haben die Hubschrauber in 4680 Flügen 4818 Patienten transportiert. Es gab 2185 Rettungsflüge zur ärztlichen Erstversorgung ohne anschließenden Transport (Auswertung seit 1. 8. 1973). 7053 Patienten wurden ohne anschließenden Transport am Notfallort versorgt. Insgesamt sind 11 871 Patienten versorgt worden. Hinzu kommen 69 Blutkonserven- und Medikamententransporte (Auswertung seit 1. 4. 1974).

Im Oktober, dem letzten Monat des ausgewerteten Zeitraums, sind bei 347 Einsätzen und 135 Transportflügen 141 Patienten transportiert worden. Die Transportquote, das ist der prozentuale Anteil der Transporte gegenüber den Einsätzen, betrug für:

- „Christoph 1“ 50 Prozent,
- „Christoph 2“ 52 Prozent,
- „Christoph 3“ 30 Prozent,
- „Christoph 4“ 19 Prozent,
- „Christoph 5“ 46 Prozent,
- „Christoph 6“ 45 Prozent.

Dank für persönlichen Einsatz

Seit Dezember 1973 arbeitet Werner Wulschläger, Hauptmeister im Bundesgrenzschutz, als Funker im Rahmen der deutschen humanitären Hilfe für Äthiopien. Seine Tätigkeit



erstreckt sich auf die Aufrechterhaltung der Funklinie Deutschland — Äthiopien, dem wichtigsten Bindeglied zwischen der Bundesrepublik und den Hilfskräften in Afrika. Als Dank für seinen persönlichen Einsatz im Rahmen dieser Tätigkeit wurde ihm vom Direktor des Technischen Hilfswerks, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, das Helferzeichen in Gold verliehen.

Rufnummer von „Christoph 6“ geändert

Auf vielen Autoaufklebern — auch dem auf Seite 23 unseres Oktoberheftes abgebildeten — ist noch die frühere, jetzt nicht mehr gültige Rufnummer des Bremer Rettungshubschraubers „Christoph 6“ angegeben. Die Notrufnummer des in Bremen stationierten Hubschraubers für Katastrophenschutz und Rettungsdienst lautet seit dem 1. September: 04 21 / 3 03 03.

Veranstaltungen der BVS-Bundesschule

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz nimmt ab Januar 1975 ihren Lehrbetrieb in den Neubauten der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler-Godenelter auf. Nachstehend die Veranstaltungsplanung für die Monate Januar und Februar.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit	
		vom	bis
1	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz Teil I	7. 1.	10. 1.
2	BVS-Fachlehrgang BVS-Bauberater Teil I	7. 1.	8. 1.
3	Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	7. 1.	10. 1.
4	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	14. 1.	17. 1.
5	Arbeitsseminar „Weiterführende Se-Ausbildung“	14. 1.	17. 1.
6	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner Teil I	14. 1.	17. 1.
7	BVS-Fachlehrgang Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde	21. 1.	24. 1.
8	Fortbildungslehrgang BVS-Redner	21. 1.	24. 1.
9	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz Teil II	21. 1.	24. 1.
10	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner Teil II	28. 1.	31. 1.
11	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	28. 1.	31. 1.
12	BVS-Fachlehrgang Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde	28. 1.	31. 1.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit			
		vom	bis		
13	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	4. 2.	7. 2.		
14	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	4. 2.	7. 2.		
15	Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	4. 2.	7. 2.		
16*	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	11. 2.	14. 2.		
17*	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	11. 2.	14. 2.		
18*	Fortbildungslehrgang BVS-Redner	11. 2.	14. 2.		
19	BVS-Fachlehrgang Weiterführende BVS- und Se-Ausbildung	18. 2.	21. 2.		
20	Fortbildungslehrgang BVS-Redner	18. 2.	21. 2.		
21	Arbeitsseminar „Rhetorik“	18. 2.	21. 2.		
22	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz Teil I	24. 2.	28. 2.		
23	Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	24. 2.	28. 2.		
24**	Arbeitsseminar „Frauenarbeit“	24. 2.	28. 2.		
24a	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	24. 2.	28. 2.		

* Anreise am 11. 2. 1975 bis 15.00 Uhr

** Einzelheiten zu dieser Veranstaltung werden noch bekanntgegeben.

Römisch-Germanisches Museum



Das Römisch-Germanische Museum in Köln ist modern in Konzeption und Architektur. Die Sicherheitseinrichtungen im Rahmen des Kulturgutschutzes sind leider bislang noch unzureichend.

Werner Schiefel **Wie sicher ist Kölns neues Museum?**

Schutz von Kulturgut –
Fragen an den
Sicherheitsbeauftragten

Das Römisch-Germanische Museum in Köln, im März 1974 eröffnet, ist einer der interessantesten Museumsneubauten in Deutschland. Es wirkt nicht wie jene düster-drohenden Gebäude, die den Besucher nötigen, ehrfurchtsvoll wie in einer Kathedrale die Zeugnisse vergangener Zeiten zu bestaunen. Hier muß man sich nicht innerlich überwinden, aus der lebendig-farbigen Bewegung der Stadt in eine dunkle Halle zu treten, in der Kunst und Historie so dar-

geboten werden, als hätten sie nichts, aber auch gar nichts mit der Gegenwart draußen auf der Straße zu tun. Das Römisch-Germanische Museum öffnet sich, lädt zum Besuch ein. Der Vorplatz mit den antiken Monumenten ist bereits ein Teil des Museums. Die vielleicht interessantesten Objekte — das Dionysosmosaik und das Grabmal des römischen Veteranen Lucius Poblicius — sind von draußen voll einzusehen.

Es gibt keine Schwellenangst. Die Besucher, die sich noch heute tagtäglich an der Kasse drängen, jedenfalls kennen keine. Schon zwei Monate nach der Eröffnung hatte man mehr als eine Viertel-million Besucher gezählt. In den ersten Wochen waren es an manchen Tagen bis zu 6000. Inzwischen haben mehr als eine Million Menschen das Museum besucht.

Das Römisch-Germanische Museum ist modern in Konzeption und Architektur. Das legte die Vermutung nahe, daß es ebenso fortschrittlich sein könnte im Hinblick auf die Sicherheitseinrichtungen im Rahmen des Kulturgutschutzes. Womöglich

hatte man hier mit modernsten technischen Mitteln vorgesorgt gegen Gefährdungen jeder Art, gab es genaue Pläne für Zeitpunkt und Organisation einer Auslagerung großen Stils. Vielleicht würde man hier sogar die wertvollsten Kunstwerke im Gefahrenfall automatisch in einen Schutzraum versenken — wie jenen Schrein in Jerusalem, in dem die Schriftrollen vom Toten Meer aufbewahrt werden; oder wie im Museum für Schöne Künste in Antwerpen, wo die riesigen Rubensbilder mit Hilfe eines Krans in den Schutzkeller hinabgelassen werden. Mit solchen Hoffnungen hatten wir uns zum „Römisch-Germanischen“ auf der Südseite der Kölner Domplatte begeben. Wir wurden enttäuscht. Derartige Vorrichtungen gibt es in Köln nicht. Auch der Sicherheitsbeauftragte für die Kölner Museen, Wolf Rodewald, hält die „vorbeugende Sicherung gegen Kriegseinwirkungen“ (Haager Konvention) für unzureichend. Sein Mißfallen konzentriert sich auf die Klage über mangelnde Finanzmittel für den Kulturgutschutz.

Wunsch und Wirklichkeit

Auf die vorsichtige Frage, ob denn nicht im neuen Römisch-Germanischen Museum vielleicht einige besonders

Einsicht noch an Plänen. Aber woher das Geld nehmen, wenn sogar der unmittelbare Schutz von Menschenleben im Kriegs- oder Katastrophenfall nur unzulänglich gesichert ist?



Mehr als eine Million Menschen haben das Museum bisher besucht. Die wertvollsten der hier ausgestellten Stücke würden im Notfall in einen noch aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Schutzraum unterhalb des Gebäudes verlagert.

interessante technische Vorkehrungen im Hinblick auf die Forderungen der Haager Konvention eingebaut worden sind, reagiert er mit süß-saurem Lächeln: Seine Klage gilt für das neue Haus genauso wie für die anderen Museumsbauten der Stadt. Zwar ist die Bundesrepublik zur vorbeugenden Sicherung ihres Kulturgutes gegen Kriegseinwirkungen „schon in Friedenszeiten“ verpflichtet — so steht es in Artikel 3 der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten aus dem Jahre 1954, der die Bundesrepublik 1967 beigetreten ist; nach der Änderung des Ratifizierungsgesetzes zu der Konvention im Jahre 1971 führen die Länder die erforderlichen Maßnahmen im Auftrag und auf Kosten des Bundes aus. Es mangelt auch weder an

Kunstraub unwahrscheinlich

Ob denn seine Klage nicht nur dem Kulturgutschutz im engeren Sinne gilt, sondern darüber hinaus den Gesamtbereich der Sicherheitseinrichtungen im Römisch-Germanischen Museum betrifft, fragen wir den Sicherheitsbeauftragten. Oh nein, die gegen Kunstraub eingebauten Sicherungen verwenden modernste Methoden der Diebstahlsbekämpfung. So leicht könne hier nichts abhanden kommen. Die Kölner Museen seien absolut — er verbessert sich — relativ diebstahlsicher. Die Alarmanlage zu umgehen, dürfte kaum möglich sein.

Kunstraub ist für das Römisch-Germanische Museum ohnehin kein ernsthaftes Problem: In anderen Museen gibt es wertvollere Stücke,

die zudem viel leichter fortzuschaffen sind. Und die großen Statuen, Sarkophage und Grabmäler sichern sich durch ihr Gewicht selber am besten.

Nicht alles kann ausgelagert werden

Gerade diese großen Stücke allerdings schaffen besondere Schwierigkeiten, wenn es darum geht, sie bei einer Gefährdung im Krisenfall zu schützen oder auszulagern. Das 14 Meter hohe Grabmonument des Publius steht, wo es steht, und die Mosaikfußböden sind auch nicht transportabel. Schwacher Trost der Museumsleute: „Die Mosaiken könnten nach einer Zerstörung des Museums ja wieder ausgegraben werden. Schließlich sind sie schon einmal ausgegraben worden.“ — Das gilt allerdings für fast alles, was hier ausgestellt ist. Für eine Auslagerung kommen nur leicht bewegliche Stücke in Frage. Wir erkundigen uns nach Plänen für Zeitpunkt und Zielort einer möglichen Auslagerung. Bislang gibt es noch keine.

Lediglich die Bestimmung der Transportmittel für eine Auslagerung ist bereits in Angriff genommen. Die hierzu notwendigen Vorbereitungen sind in Zusammenarbeit zwischen dem Museum und dem Amt für Zivilschutz der Stadt Köln getroffen worden.

Diejenigen unter den Beamten und Angestellten des Hauses, die im Notfall bestimmte Aufgaben zum Schutz des Museumsgutes zu übernehmen hätten, sind benannt. Eine besondere Schulung ist nicht erforderlich, da das Personal durch die täglichen Depotarbeiten hinreichend mit der Behandlung der Museumsstücke vertraut ist.

Vier Schutzkategorien

Im Römisch-Germanischen Museum gibt es eine Unmenge an Grabmälern, Säulen, Gläsern, Vasen, Tonkrügen, Lampen, Schmuck, Gebrauchsgegenständen. Eine unübersehbare, manchmal schon erdrückende Fülle vielfach gleicher oder ähnlicher Stücke. Man konnte vor einiger Zeit die kritische Bemerkung lesen, dieses „gigantische Heimatmuseum“ sei vollgestopft wie ein Supermarkt. Gerade in einem solchen Haus ist es für den Kulturgutschützer wichtig zu wissen, welche Kunstwerke und sonstiges Kulturgut wegen ihres



Das Grabmal des römischen Veteranen Lucius Poblicius könnte im Krisenfall nicht ausgelagert werden. Schutzverkleidungen an Ort und Stelle sollen es vor Schäden durch Luftdruck und Splitter bewahren.

Wertes oder wegen ihrer Unersetzlichkeit bei Gefahr vorrangig in Sicherheit gebracht werden müssen. Tatsächlich hat man sich genau überlegt, was im Ernstfall in welcher Reihenfolge ausgelagert werden soll.

Zu diesem Zweck sind — wie in allen deutschen Museen — sämtliche Ausstellungsstücke nach ihrem Wert in vier Kategorien eingeteilt:

- Kategorie I: Kulturgut von internationaler Bedeutung;
- Kategorie II: Kulturgut von nationaler Bedeutung;
- Kategorie III: Kulturgut von regionaler Bedeutung;
- Kategorie IV: sonstiges Kulturgut.

Fotodokumentation im Aufbau

Zum allerwichtigsten Bestandteil der Kategorie I gehört die Fotodokumentation, die genaue

Abbildungen jedes einzelnen Stückes enthält. Bei Zerstörungen hätte diese Dokumentation einen unschätzbaren Wert als Unterlage für eine Rekonstruktion oder als Zeugnis eines nicht mehr existierenden Kunstwerkes. Die Fotodokumentation der Bestände des Römisch-Germanischen Museums ist im Aufbau; für andere Kölner Museen ist sie bereits abgeschlossen.

Als Faustregel gilt, daß bei Gefahr möglichst die Kategorien I und II ausgelagert werden sollten.

Was wie transportiert wird, steht also fest. Nur die Frage nach dem Wohin muß vorerst unbeantwortet bleiben.

Sie zu lösen, ist nicht Sache des Museums. Entsprechende Vorkehrungen gehen auch über Zuständigkeit und Finanzen der Städte und Länder als den Trägern der meisten Museen hinaus. Vom Bund ist bei der bekannten Finanznot

und dem beschränkten Etat für die Zivilverteidigung nicht allzuviel zu erwarten. Es gibt in der Bundesrepublik rund 500 Museen und 180 Staats- und Gemeindearchive. — Da bleibt nicht viel für das Römisch-Germanische Museum und die Vorbereitungen für eine Auslagerung seiner Schätze.

Unterirdische Schutzräume

Auslagerung ist allerdings keineswegs mehr das A und O des Kulturgut-schutzes. Kulturgut in Sicherheit bringen, bedeutet nicht immer, es an entfernte Orte schaffen.

Der sicherste Ort kann auch ganz in der Nähe, z. B. in einem unterirdischen Schutzraum sein.

Manche Fachleute halten sogar die Auslagerung, wie sie im Zweiten Weltkrieg vielfach vorgenommen wurde, für überholt. Damals stand meistens genügend Zeit zur Verfügung, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um Kunstwerke an einen Bergungsort zu verlegen. Dagegen ist heute in einem Verteidigungsfall — sollte er denn eintreten — mit sehr kurzen Warnzeiten zu rechnen; es bliebe dann kaum Zeit für umständliche Ferntransporte.

Die Alternative zur Auslagerung: Schutzräume im Gebäude selbst oder in dessen Nähe. Einige der Kölner Museen besitzen solche Schutzräume.

Ein unterirdischer Schutzraum für Kunstwerke befindet sich z. B. unterhalb des Geländes zwischen Kunsthalle und Schnütgen-Museum. Hier besteht eine besondere



Wolf Rodewald, Sicherheitsbeauftragter für die Kölner Museen: „Was ohne großen finanziellen Aufwand getan werden kann, geschieht.“

Notwendigkeit für eine derartige Einrichtung, da in der Kunsthalle oftmals Leihgaben ausgestellt sind. Die ausleihenden Stellen fordern immer besonders strenge Sicherheitsmaßnahmen für die von ihnen zur Verfügung gestellten Kunstwerke, die



meistens zur Schutzkategorie I gehören. Dabei denken sie nicht nur an den Verteidigungsfall, sondern auch an andere Katastrophen, die sich ereignen könnten.

Der Neubau des Museums für Ostasiatische Kunst wird einen Schutzraum haben, der groß genug ist, um die wichtigsten Stücke des Museums bis zur Kategorie II aufzunehmen. Zugleich bietet er auch dem Wartungspersonal Schutz.

Tresor für Münzsammlung

Die Schutzräume für Kulturgut müßten nach den Richtlinien des „Grundschutzes“ erbaut sein, wobei allerdings auf den Schutz gegen radioaktive Strahlung, biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe und auf die künstliche Belüftung verzichtet werden könnte. Diese Räume zugleich auch für den Personenschutz herzurichten, wäre unpraktisch und zudem zu kostspielig. Ein kleiner Schutzraum für das Wartungspersonal wäre jedoch erforderlich.

Das Römisch-Germanische Museum ist mit einem großen unterirdischen Schutzraum ausgestattet, der noch aus dem Zweiten Weltkrieg stammt. Er dient normalerweise als Tiefgarage. Museumsstücke können mit dem Lastenaufzug direkt bis in den Keller gefahren werden. Vorrichtungen zur automatischen Versenkung der Güter

gibt es allerdings im hochmodernen Römisch-Germanischen Museum sowenig wie in den anderen Museen Kölns.

In dem Schutzraum könnten alle Gegenstände der Kategorie I (von internationaler Bedeutung) und ein großer Teil der zu Kategorie II (von nationaler Bedeutung) gehörenden Stücke untergebracht werden — soweit dies unter „konservatorischen Gesichtspunkten“ zu vertreten ist. Äußere Bedingungen und Einflüsse wie Feuchtigkeit, Wärme, Licht sind immer zu berücksichtigen, wenn es darum geht, Museumsgut zu verlagern.

Zu denjenigen Ausstellungsstücken des Römisch-Germanischen Museums, die sämtlich im Schutzraum des Museums untergebracht werden können, gehört die umfangreiche Sammlung römischer Münzen. Diese werden im Notfall allesamt zusammen mit einer Reihe weiterer kleinerer Gegenstände in einem gesondert eingebauten Tresorraum aufbewahrt.

Schutzverkleidungen

Museumsgut, das nicht im hauseigenen Schutzraum unterzubringen ist und auch nicht an entfernte Orte verlagert werden kann, muß nicht gänzlich ungeschützt bleiben. Schutzverkleidungen, Holzverschalungen, Sandsäcke sind schon im Zweiten Weltkrieg vielerorts zum Schutz von Kunstwerken gegen die Auswirkungen von Luftdruck und Splintern verwendet worden. Es gibt berühmte Beispiele aus Holland und Italien, wo Grabmäler, Altäre oder kostbare Skulpturen auf diese Weise geschützt wurden. Auch heute noch ist es nützlich und sinnvoll, derartige Maßnahmen im Rahmen des Kulturgutschutzes vorzubereiten.

Für das Pöblicius-Grabmal, das von der Domplatte nur durch eine große Glaswand getrennt ist, würde sich ein solcher Schutz geradezu anbieten. Einige Vorbereitungen hierfür sind im Gange — soweit sie keinen hohen finanziellen Aufwand erfordern.



Die umfangreiche Münzsammlung des Römisch-Germanischen Museums wird bei Gefahr in einem unterirdischen Tresor untergebracht. Unsere Bilder zeigen die Vorderseite (oben) und die Rückseite (links oben) einer Goldmünze des Frankenkönigs Theudebert.

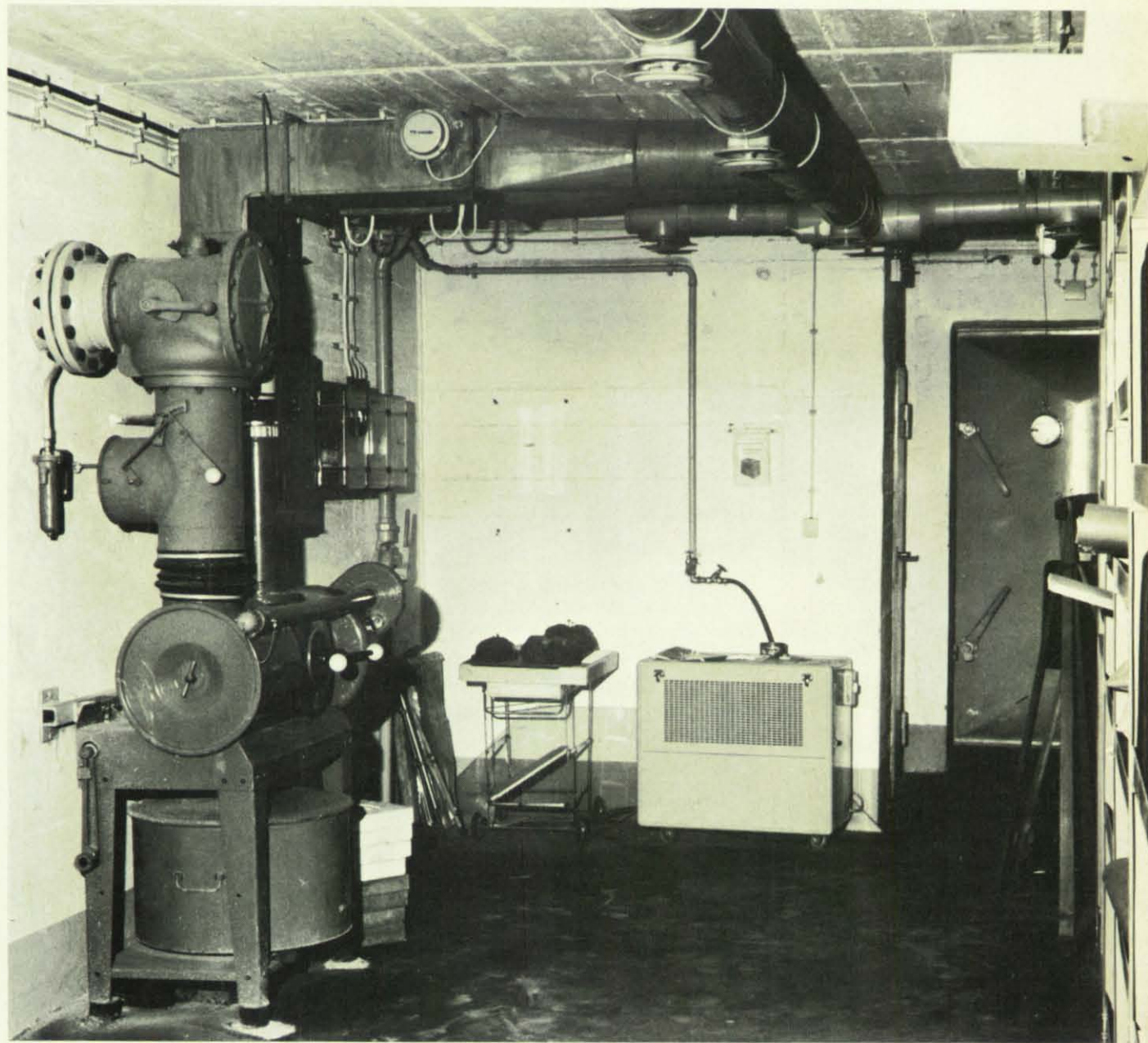
Regelmäßige „Brandschau“

Zu den Schutzmaßnahmen an Ort und Stelle gehört auch der Brandschutz. Obwohl man beim Schutz gegen Feuergefahr in erster Linie an Unfälle gedacht hat, ist dies doch auch ein Teil des vorbeugenden Katastrophenschutzes. Da der Brandschutz auch in Friedenszeiten große Bedeutung hat, stehen kommunale Mittel hierfür zur Verfügung.

(Sicherheit geht hier vor Ästhetik). Das Aufsichtspersonal ist im Brandschutzdienst ausgebildet. Schläuche, Eimer und Feuerpatschen liegen in einem besonderen Raum griffbereit.

Bei unserem fragenden Hinweis auf Sprinkleranlagen wehrt Sicherheitsbeauftragter Rodewald entsetzt ab. Der Schaden, den das Löschwasser anrichten würde, könnte kaum geringer sein als der Brandschaden.

katastrophale Schäden an Kunstwerken verursachen. Man denke nur an die Überschwemmung in Florenz im November 1966, die in dieser an Kunstschatzen so reichen Stadt unermesslichen Schaden anrichtete. — Rodewald winkt ab. Kein Problem, hier droht keinerlei Gefahr. Das Museum ist mit Bedacht so hoch angelegt worden, daß Hochwasser niemals in das Gebäude eindringen kann. Die Katastrophe von Florenz hatte den



Der unterirdische Schutzraum zwischen Kunsthalle und Schnütgen-Museum dient nicht nur dem Schutz der Kunstschätze, sondern auch dem sicheren Aufenthalt der Museumsangestellten.

Gegen Feuergefahr ist in der Tat — so scheint es — gut vorgesorgt: Die Feuerschutzpolizei führt zur Kontrolle regelmäßig die sogenannte „Brandschau“ durch. Es gibt automatische Rauchmelder. Bewegliche knallrote Feuerlöscher sind allenthalben sichtbar

Hochwasser kein Problem

Und wie steht es mit den Vorkehrungen gegen Hochwasser? Das Römisch-Germanische Museum liegt keine 100 Meter vom Rhein entfernt, und Wasser kann wahrhaft

Kölner Stadtvätern zu denken geben. Der Kulturdezernent der Stadt, Beigeordneter Dr. Hackenberg, leitete umfangreiche Vorsorgemaßnahmen ein und legte fest, wie die einzelnen Museen sich bei Hochwasser zu verhalten hätten, was zum Schutz



Für die Auslagerung kommen nur leicht bewegliche Stücke in Betracht. Was wie transportiert wird, steht fest; nur die Frage nach dem Wohin muß vorerst unbeantwortet bleiben.

der Kunstwerke getan werden sollte. Das Rautenstrauch-Joest-Museum, tief am Rhein gelegen, wäre besonders gefährdet. Stellvertretend für alle Kölner Kultureinrichtungen hält es bei Hochwassergefahr ständige Verbindung mit der Hochwasserschutzzentrale. Dem jeweiligen Pegelstand des Rheins entsprechend werden die notwendigen Schutzvorkehrungen getroffen.

Das Nötigste ist getan

Mit seinen acht städtischen Museen und der Kunsthalle gehört Köln zu den größten Museumsstädten der Bundesrepublik. Der Sicherheitsbeauftragte für die Kölner Museen und das Amt für Zivilschutz tun gemeinsam das Mögliche für den Schutz der ihnen anvertrauten Kunstschätze. Verwaltung und wissenschaftliches Personal arbeiten Hand in Hand. Der ehemalige NATO-Offizier Rodewald lobt das Verständnis gerade der jüngeren Wissenschaftler für die Notwendigkeit einer vorsorglichen Planung zum Schutze des Kulturgutes im Verteidigungsfall.

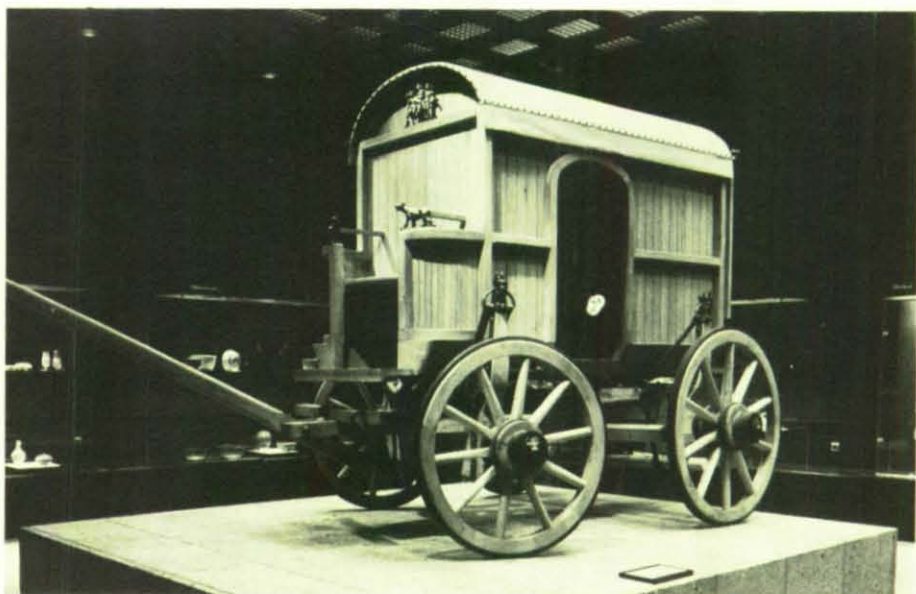
Die nötigsten Vorbereitungen für den Schutz an Ort und Stelle sind getroffen. Was darüber hinausgeht, ist nicht sehr ermutigend. „Brachland Kulturgutschutz“ überschrieb ein

Beamter des Bundesinnenministeriums kürzlich einen Aufsatz zu diesem Thema.

Freude getrübt

Die Freude über einen gelungenen Museumsbau und noch mehr über den Zuspruch der Besucher werden durch das Bewußtsein von unzureichenden Schutzvorkehrungen ein wenig getrübt.

Allerdings ist die Bilanz gerade für das Römisch-Germanische Museum gar nicht so ungünstig: Der größte Teil der kleineren wertvollen Stücke kann an Ort und Stelle in Sicherheit gebracht werden. Die größeren sind ohnehin nicht transportabel. Andere Häuser wie z. B. das Wallraf-Richartz-Museum haben noch weit mehr Grund zur Klage.



Ein Publikumsmagnet im Römisch-Germanischen Museum: Die Rekonstruktion eines römischen Reisewagens. — Nach der Haager Konvention sind die Vertragsstaaten zur vorbeugenden Sicherung ihres Kulturgutes gegen Kriegseinwirkungen verpflichtet.

Es schnarrt in der Jackentasche

Drahtlose Alarmierung ehrenamtlicher Helfer



Über dieses batteriebetriebene Taschenfunksprechgerät werden in Ratingen (NW) bei besonderen Anlässen, wie Schadensfälle oder Katastrophen, Helfer zur Hilfeleistung alarmiert. — Das Taschenfunksprechgerät ist so klein, leicht und handlich, daß es ohne große Schwierigkeiten auch in Jackentaschen paßt. Die Geräte können von einer Zentrale aus über Funk eingeschaltet werden.

Industrie-, Verkehrskatastrophen u. ä. kündigen sich nicht vorher an. Auch in Ratingen (NW) können z. B. plötzlich durch Sturmschäden Häuser unbewohnbar werden, so daß die Bewohner anderweitig unterzubringen sind. Im Hinblick auf den großen Flugbetrieb in Düsseldorf-Lohausen müssen Rettungsdienste im Rahmen der Vorsorge immer bereit sein. Wer einen Luxusdampfer baut, hält ihn für unsinkbar. Dennoch rüstet er ihn mit Rettungsbooten aus. So sind auch Vorsorgemaßnahmen und die Präsenz der Rettungsdienste zu sehen.

Bei großen Schadensfällen reichen die hauptamtlichen Dienste nicht aus. Hier müssen Katastrophenschutz-Einheiten aus freiwilligen Helfern zusätzlich eingesetzt werden. Nun nützt der gute Wille, die beste Ausrüstung und Aus-

bildung nichts, wenn die Helfer nicht schnell genug zur Verfügung stehen. Die Johanniter-Unfall-Hilfe in Ratingen hat daher ein Alarmierungssystem für ihre Ärzte, Sanitäter, Fahrer usw. eingerichtet. Dieser Kreis führt kleine batteriebetriebene Taschenfunksprechgeräte ständig mit sich. Die Geräte können von der Zentrale der Johanniter in Ratingen aus durch Funkwellen eingeschaltet werden, so daß die Führungskräfte nicht den gesamten Funkverkehr ständig mithören müssen. Der laute Rufton kann abgeschaltet und statt dessen ein Ohrhörer angeschlossen werden. Dies wäre z. B. bei einem Aufenthalt im Theater erforderlich. Jedes Gerät ist so geschaltet, daß es nicht nur von der Zentrale aus im Umkreis von ca. 30 km ausgelöst werden kann, sondern daß z. B. auch die Besatzung des

Rettungswagens ein Arztgerät einschalten kann, ohne dabei über die Zentrale gehen zu müssen. So kann auch ein Arzt einen Kollegen rufen, der Bereitschaftsführer seinen Vertreter usw. Selbst bei Verlegung von Einheiten der JUH, anlässlich besonderer Fälle der überörtlichen Hilfeleistung, wird das System funktionieren, denn die Johanniter bauen z. Z. ein Auslösegerät, das von ihrem Fernmeldewagen oder von jedem anderen Punkt, ja sogar aus dem freien Gelände, die Geräte per Funk einschalten kann. Diese Anlage gibt es im Bundesgebiet z. Z. nur bei der JUH in Ratingen. Sie ist von den Johannitern in Zusammenarbeit mit dem Hersteller entwickelt worden. Es gibt Geräte, mit denen Personen in ganz Europa gerufen werden können. Diese Geräte lassen jedoch eine Sprach-

durchsage nicht zu und kosten monatlich eine hohe Gebühr. Wenn eine Führungskraft der JUH weiter als 30 km entfernt ist, fällt sie für einen Einsatz in den meisten Fällen ohnehin aus. Wer beabsichtigt, diesen Bereich zu verlassen, spricht sich vorher mit dem Vertreter ab.

Ärzte eines Raterger Krankenhauses haben sich bei den Johannitern ein Gerät zur Probe ausgeliehen, damit sie bei zweiter Bereitschaft nicht an das Haus gebunden sind. Die Johanniter hoffen, ihre Anlage weiter ausbauen zu können und darauf, daß sie die Mittel hierfür aus Altpapiersammlungen und Spenden der Bevölkerung, der Industrie und des Handels erhalten. Denn zur Sicherheit dieser Kreise werden solche Geräte von der Johanniter-Unfall-Hilfe angeschafft.

Bedeutung des Schutzraumbaus bestätigt

Bundesinnenminister legt Konzeption vor

Umfassende Darstellung des gesamten Problems Schutzraumbau



Der nachträgliche Einbau von Schutzräumen — hier die Betonierung eines Notausstiegschachtes — ist im Spannungsfall kaum möglich.

Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer hat jetzt eine neue Konzeption für den Bau von Hauschutzräumen vorgelegt. In diesem Bericht an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird die Bedeutung des Schutzraumbaus für die zivile Verteidigung ausführlich dargestellt und begründet.

Der Innenminister geht davon aus, daß Maßnahmen der Zivilverteidigung, durch die Verluste und Schäden von vornherein verhindert oder gemindert



Öffentliche Schutzräume sind in der Vergangenheit bereits im Rahmen des Instandsetzungsprogramms für Bunker errichtet worden.

werden, nicht ersetzt oder wettgemacht werden können durch noch so aufwendige Maßnahmen, die erst nach Eintritt eines Schadens Hilfe bringen. Schützen geht also vor Retten. Hinzu tritt die Überlegung, daß Evakuierung der Bevölkerung als vorbeugende Schutzmaßnahme unter Berücksichtigung der wehogeographischen Lage der Bundesrepublik Deutschland heute nicht mehr möglich ist.

Das Fazit: Die Überlebenschancen der Bevölkerung lassen sich durch den Bau von Schutzräumen mehr als durch alle anderen Maßnahmen vergrößern.

Nicht mehr nachzuholen

Für den Bau von Schutzräumen heute ist die Erkenntnis wichtig, daß sich derartige Baumaßnahmen im Spannungsfall nicht mehr oder höchstens in sehr unbedeutendem Umfang nachholen lassen. Des weiteren kann man Schutzmaßnahmen, insbesondere des möglichen

radioaktiven Niederschlages wegen, nicht auf bestimmte Gebiete der Bundesrepublik beschränken; Schutzbauten sind im ganzen Land gleich notwendig. Unter Berücksichtigung der möglichen und zu erwartenden Waffenwirkungen sowie wirtschaftlicher Gesichtspunkte ergibt sich die folgende Schutzraumbau-Konzeption.

Schutzumfang „Grundschutz“

Schutzräume müssen gegen die Trümmerwirkung einstürzender Gebäude, gegen Brandeinwirkung, radioaktive Niederschläge sowie gegen chemische und biologische Kampfmittel schützen, das heißt, sie müssen Schutzumfang „Grundschutz“ aufweisen. Darüber hinaus müssen Schutzräume für einen längeren Aufenthalt geeignet sein, was besondere Anforderungen an die Belüftung stellt. Daraus folgert logisch, daß kurzfristige Schutzbaumaßnahmen wie Splittergräben, Erdlöcher und ähnliches lediglich

Provisorien darstellen können, die in städtischen Wohngebieten kaum durchführbar sind.

Öffentlich und Privat

Schutzräume können erstellt werden als öffentliche Anlagen oder als Hausschutzräume in Wohngebäuden. Öffentliche Schutzräume bestehen bereits als instandgesetzte ehemalige Bunker und Stollen-Anlagen sowie als neuerrichtete Mehrzweckanlagen in Tiefgaragen und U-Bahn-Bauten. Öffentliche Schutzräume sind in der Regel Großschutzräume und für die Allgemeinheit bestimmt. Sie liegen stets an Ballungspunkten des städtischen Verkehrs. Mit ihnen wird letztlich immer nur ein kleiner Teil des Schutzbedarfs gedeckt werden können.

Hausschutzräume im Mittelpunkt

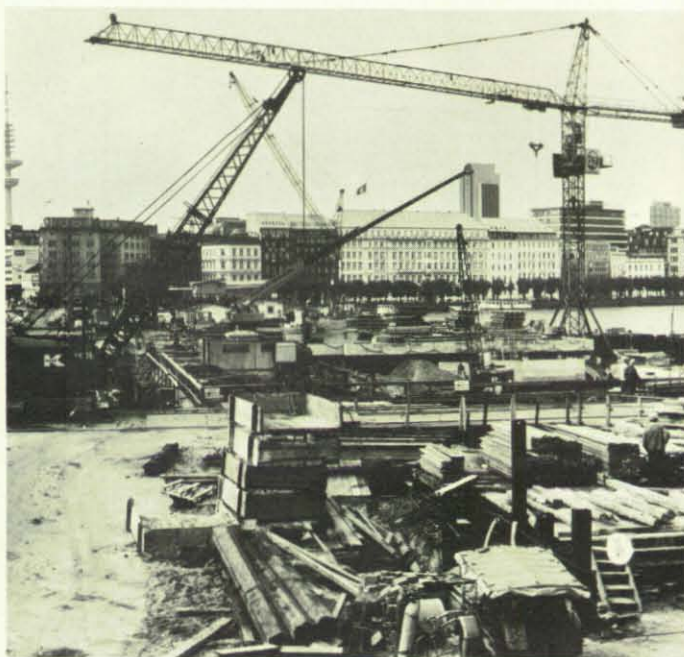
Der Kern jeden Schutzbauprogramms ist die Errichtung von Hausschutzräumen in Wohngebäuden. In unmittelbarer Nähe seines Wohnbereichs sollte jedem Bundesbürger ein Schutzplatz zur Verfügung stehen. Langfristig kann dieses Ziel allerdings nur mit einer allgemeinen Schutzbaupflicht erreicht werden, wird in dem Bericht des Bundesinnenministers ausgeführt. Der Vorteil von Hausschutzräumen gegenüber öffentlichen Schutzräumen liegt darin, daß deren Herstellungskosten wesentlich niedriger sind und Wartungskosten kaum anfallen. Der Hausschutzraum ist im Bedarfsfall schneller zu erreichen; Versorgungsprobleme sind wegen der Nähe der eigenen Wohnung leichter zu lösen.

Abhängig von den Mitteln

Zum Konzept werden folgende Aussagen gemacht: Öffentliche Schutzräume, besonders im Zusammenhang mit dem in den nächsten Jahren forcierten Bau von U-Bahnen, werden weiter errichtet. Die Förderung der freiwilligen Errichtung von Hausschutzräumen mit Bundesmitteln ist weiterzuführen. Darunter fällt auch die Förderung der Errichtung von Hausschutzräumen in Schulen. Um die Errichtung von Schutzräumen in Mietwohnungsbauten zu erleichtern, sollten größere Hausschutzräume mit 50 Schutzplätzen durch höhere Zuschußsätze gefördert werden. Der



Der Bau von Schutzräumen in U-Bahnen soll auch in den nächsten Jahren weiter gefördert werden.



Der U-Bahn-Knotenpunkt Jungfernstieg in Hamburg ist ein Beispiel für die Schaffung von Schutzräumen in Anlagen des unterirdisch fließenden Verkehrs.



Tiefgaragen als Mehrzweckanlagen gehören ebenfalls zu den vom Bund geförderten Maßnahmen des Schutzraumbaus.

Erfolg dieses Programms — so der Bundesinnenminister — wird in erster Linie davon abhängig sein, ob es gelingt, die dafür im Bundeshaushalt

vorgesehenen Beträge in den nächsten Jahren so zu erhöhen, daß der steigende Bedarf befriedigt werden kann.

Einwöchiger Belegungsversuch

„Bunkerverschluß“ im Warnamt VII

Fotos: Kurt Hilberath

Der Warn- und Alarmdienst der Bundesrepublik Deutschland führte, wie berichtet, einen Belastungstest im zentral gelegenen Warnamt VII durch.

Ein Informationsstab außerhalb der unterirdischen Zentrale spielte die Ausgangslage sowie hierauf aufgebaute Meldungen ein. Für die umliegenden

Gebiete wurde übungsmäßig Katastrophenalarm und später ABC-Alarm ausgelöst. Das bedeutete für das Warnamt VII „Bunkerverschluß“: Der Bunker mit



Vor dem Test: Die Versuchsteilnehmer werden medizinisch untersucht.



Bei der Ausgabe der Ausstattungsgegenstände.

Besatzung war hermetisch von der Außenwelt abzuschließen. Im weiteren Verlauf der angenommenen Lage stellte sich heraus, daß Saboteure in Aktion waren.

Der allgemeine Test lief zur gleichen Zeit wie die internationale Warndienstübung



Frühstückspause.



Versuchsbetrieb im Bunker.



Bunkerkommandant Utischill (Mitte) erläutert Besuchern die Lage.



Freizeitgestaltung.

„INTEX 74“. Auf diese Weise konnten wertvolle Erfahrungen im regelmäßigen Meldungs- und Informationsaustausch zwischen den Warndiensten der NATO-Nachbarstaaten

gesammelt werden. Die Durchführung des Projektes lag bei der Abteilung Warndienst des Bundesamtes für Zivilschutz. Das Resümee des Ver-



Im Bunker ist es eng: Wenig Platz für die Freischicht.

suches: Der Schutzbunker des Warnamtes VII bestand seine erste Bewährungsprobe. Die Versuchsteilnehmer wuchsen im Verlauf der Übung zu einer flexiblen Mannschaft zusammen, die

die ihr gestellten Aufgaben zufriedenstellend lösen konnte. Die endgültige Auswertung des Versuchs wird voraussichtlich noch einige Monate in Anspruch nehmen. K. I.



Nach einer Woche: Ausschleusung der Versuchsteilnehmer unter den „Augen“ des Fernsehens.



Abschiedsworte von Abteilungsleiter Dr. Maske vom Bundesamt für Zivilschutz.

Katastrophenschutz im Betrieb

Verstärkung der innerbetrieblichen Sicherheit durch Vorbeugen

Die verstärkten Anstrengungen der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere des Deutschen Industrie- und Handelstages, um den Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes haben dazu geführt, daß man sich auch in der Öffentlichkeit näher mit diesem Problem befaßt. Es dürfte zweckmäßig sein, um die bestimmten Vorstellungen, die sich mit dem Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes verbinden, näher zu umreißen, eine Untersuchung über die Entwicklung des Begriffes bis zu dem heutigen Stand voranzuschicken.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre war im Rahmen der Gesetzgebung für den Zivilschutz ein Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung erlassen worden, das zusammen mit dem Schutzraumgesetz schwerwiegende Auflagen für die Betriebe vorsah. Schon damals hatten die Spitzenorganisationen, um die Belange der Wirtschaft bei den Maßnahmen des Gesetzgebers zu wahren, sich in die Beratungen eingeschaltet und als Gesprächspartner die ZAGW (Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft, deren Geschäftsführer ein Abteilungsleiter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist) gegründet. Mit ihrer Hilfe waren die Vorstellungen über die Aufstellung von Selbstschutzeinheiten in den Betrieben mit der behördlichen Seite abgestimmt worden. Die damaligen Verhandlungen fanden mit der Verkündung des Haushaltssicherungsgesetzes im Jahre 1965, das das Selbstschutzgesetz außer Kraft setzte, ihr Ende.

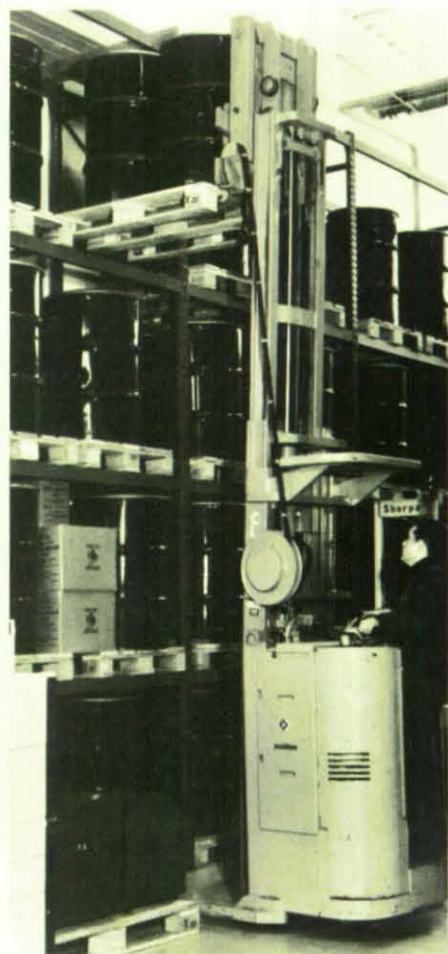
Erst am 9. 7. 1968 wurde mit der Verkündung des „Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ der Faden neu aufgenommen und Ausbildung und Aufklärung über Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung vorgesehen, die von dem Bundesverband für den Selbstschutz, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die unmittelbar



Rund eineinhalb Milliarden DM jährlich verlieren wir in der Bundesrepublik allein durch Brandschäden. Eineinhalb Milliarden an Werten, Gebäuden, Einrichtungen und Maschinen verbrennen einfach. Muß das nicht zu denken geben?

dem Bundesminister des Innern untersteht, durchgeführt werden sollen. Zuständig für die Durchführung dieser gesetzlichen Maßnahmen wurde der Hauptverwaltungsbeamte der unteren Verwaltungsbehörden. Eine Zuständigkeit für einen betrieblichen Katastrophenschutz war in diesem Gesetz nicht gegeben. Sowohl von behördlicher Seite als auch bei der ZAGW bemühte man sich jedoch darum, auch die Wirtschaft in die Schutzmaßnahmen dieses Gesetzes mit einzubeziehen und arbeitete mit einem Beraterkreis von Fachleuten „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ aus, die in

In vielen Betrieben lagern ständig viele Tonnen brennbarer Güter. Der damit verbundenen Brandgefahr, die eine ernste Bedrohung industrieller und gewerblicher Betriebe darstellt, kann nur durch vorbeugende Maßnahmen wirksam begegnet werden.



Anlehnung an die gesetzlichen Bestimmungen in den Betrieben entsprechende Sicherheitsmaßnahmen vorsehen. Nach jahrelangen Verhandlungen wurden diese Empfehlungen mit einem Vorwort des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, Professor Dr. Schiller, und des damaligen Bundesministers des Innern, Hans Dietrich Genscher, am 6. 6. 1972 in Umlauf gebracht. Der zuständige Referent des Bundesinnenministers veröffentlichte in diesen Empfehlungen nachstehende Bekanntmachung: „Nach § 17 Abs. 1 Satz 3 der VwV-Selbstschutz vom 11. Mai 1971 (Bundesanzeiger Nr. 92 vom 18. Mai 1971) sind von den Gemeinden bei der Förderung des Selbstschutzes in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft zugrunde zu legen, soweit ihnen der Bundesminister des Innern und der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen zugestimmt haben. Nachstehend gebe ich die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz nebst einem gemeinsamen Geleitwort der Bundesminister Prof. Dr. Schiller und H. D. Genscher bekannt.“

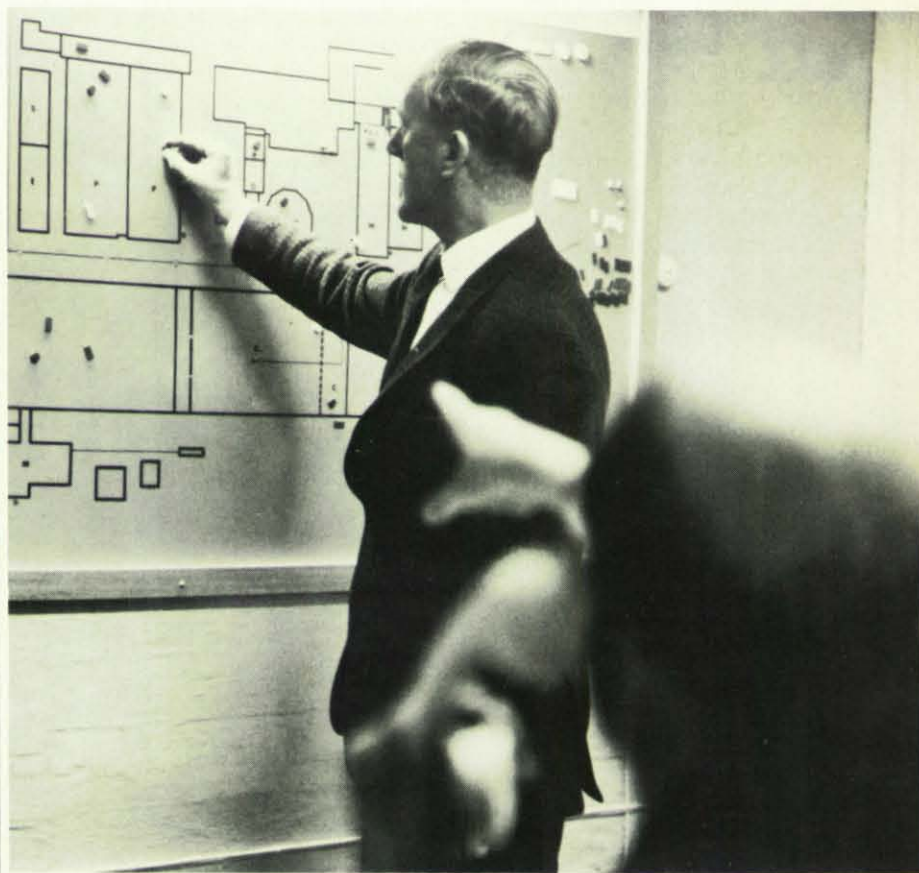
Inhalt der Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz

Der Inhalt dieser Empfehlungen ist in 3 Abschnitte unterteilt. Der Teil I beschäftigt sich mit grundsätzlichen Fragen, insbesondere damit, daß jede Unternehmensleitung im Rahmen der verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen zu vornehmlich vorbeugenden Schutzmaßnahmen verpflichtet ist und daß diese Maßnahmen zu den arbeits- und gewerberechtlichen Fürsorgepflichten der Arbeitgeber zum Schutz und zur Erhaltung von Leben und Gesundheit ihrer Betriebsangehörigen während der Arbeitszeit gehören. Der Deutsche Industrie- und Handelstag erklärt in einer Stellungnahme dazu, der betriebliche Katastrophenschutz sei also eine Erweiterung des Unfallschutzes.

Es wird in diesem Teil I darauf hingewiesen, daß Vorbereitung und Durchführung der erweiterten Katastrophenschutzmaßnahmen und der Selbstschutzmaßnahmen entsprechend dem Gesetz vom 9. 7. 1968 der freien Verantwortung der Betriebe überlassen bleiben.



Die Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft hat bereits 1972, in Erkenntnis der Notwendigkeit eines erweiterten Katastrophenschutzes in den Betrieben, Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz erarbeitet und veröffentlicht.



Zahlreiche Unternehmen haben schon heute Vorkehrungen getroffen, um — außer der in jedem Fall vorrangigen Menschenrettung — auch eine Schadensbekämpfung zur Erhaltung der Arbeitsplätze durch Sicherung der Sachwerte zu gewährleisten.

Teil II der Empfehlungen beschäftigt sich mit einer Anleitung für eine Betriebs- bzw. Werksanalyse. Hierzu heißt es im Text: „Diese Analyse ist Grundlage für eine sinnvolle Planung aller Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen in Werken, Betrieben und Arbeitsstätten. Sie soll als umfassende Bestandsaufnahme Aufschlüsse über alle betrieblichen, baulichen, personellen und sonstigen Gegebenheiten eines Betriebes geben.“ Es werden dann in diesem Teil ausführliche Hinweise über die einzelnen Erfordernisse, die zur Vollständigkeit einer solchen Betriebsanalyse gehören, gegeben. In Teil III beschäftigen sich die Empfehlungen mit dem Aufbau einer betrieblichen Katastrophenschutzorganisation. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Oberstes Gebot aller Maßnahmen sind der Schutz und die Rettung von Menschen, darüber hinaus wird jede Unternehmensleitung

bemüht sein, bei Schadensfällen aller Art eine Ausbreitung der Schäden zu verhindern, Sachwerte vor der Vernichtung oder Zerstörung zu bewahren und damit gleichzeitig die Arbeitsplätze zu erhalten.“ Es folgt ein Hinweis auf die infolgedessen notwendige Aufstellung geschulter und entsprechend ausgerüsteter Kräfte, die bei allen Unglücksfällen, Bränden, Schadensfällen usw. sofort eingreifen können, bis Hilfe von außen kommt. Gerade die Zeitspanne bis zum Eingreifen dieser Hilfe von außen könne entscheidend für die Schadensbekämpfung sein und unter Umständen die Katastrophe (z. B. Großbrand) verhindern.

Für Aufbau, Gliederung und die Aufgaben des betrieblichen Katastrophenschutzes, die Ausrüstung und die Ausbildung bis zum Alarmplan enthält dieser Teil III gezielte Empfehlungen und schließt ab mit einem Ausbildungsplan.

Initiative der Spitzenorganisationen

Nach einer Vorstandssitzung am 4. 7. 1973 hat der Deutsche Industrie- und Handelstag neue Impulse in Richtung auf Durchsetzung des in den Empfehlungen enthaltenen Katastrophenschutzprogramms gegeben. Mit einem Rundschreiben vom 10. 9. 1973 an die Industrie- und Handelskammern hat der Deutsche Industrie- und Handelstag ein Merkblatt Katastrophenschutz für Kammerreferenten versandt, in dem den Kammern Hinweise für die Durchführung des betrieblichen Kata-

strophenschutzes in ihren Mitgliedsbetrieben gegeben werden und in dem der enge Zusammenhang zwischen Katastrophenschutz und Maßnahmen zum Schutze der innerbetrieblichen Sicherheit aufgezeigt wird. Diesem Rundschreiben war der Entwurf eines Fragebogens beigefügt, den die Kammern an ihre Mitgliedsbetriebe absenden sollten, um gewissermaßen eine Bestandsaufnahme derjenigen Einrichtungen machen zu können, die als Grundlage für den Aufbau eines betrieblichen



Viele Großbetriebe und solche Unternehmen, bei denen besondere Brand-, Explosions- und sonstige Gefahren bestehen, verfügen über gut ausgebildete Werkfeuerwehren und andere betriebliche Hilfsdienste und Einrichtungen. (Werkfoto Daimler-Benz)



Es liegt im Interesse eines jeden Betriebs, auch wenn er über eine eigene Werkfeuerwehr verfügt, eng mit der örtlichen Feuerwehr zusammenzuarbeiten und eigene Kräfte in der Brandbekämpfung zu schulen (unser Bild).

Katastrophenschutzes dienen könnten. Ein weiteres Rundschreiben vom 16. 4. 1974 enthält dann schon eine überschlägige Auswertung der bisher bei den Kammern eingegangenen Antworten auf Grund der von ihnen versandten Fragebogen. Diese Auswertung beweist das große Interesse, das die Aktion des Deutschen Industrie- und Handelstages gefunden hat, beweist aber auch, was hier noch für Arbeit zu leisten ist, bis in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik ein einigermaßen befriedigendes Sicherheitsniveau erreicht ist. Die ZAGW andererseits hat nach der Fertigstellung der Empfehlungen und der Ingangsetzung des Umlaufs besonders mit dem Bundesverband für den Selbstschutz und den Sanitätsorganisationen (Deutsches Rotes Kreuz e. V., Johanniter Unfallhilfe e. V., Malteser Hilfsdienst e. V., Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.) sehr eingehende Verhandlungen gepflogen, um eine Zusammenarbeit insbesondere auf

dem Gebiet der Ausbildung von Angehörigen der zu bildenden betrieblichen Katastrophenschutzorganisationen durch diese Organisationen sicherzustellen. Alle in Frage kommenden Organisationen haben diese Initiative begrüßt und haben ihre Mitarbeit zugesagt. Mit dem BVS sind schon einige Musterlehrgänge für die erste Ausbildung von Angehörigen dieser BKO vereinbart worden.

Initiative der Behörden

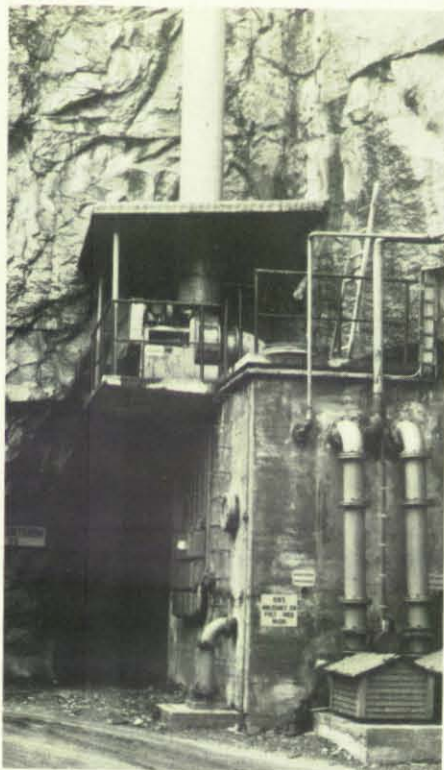
Der Bundesminister des Innern und die zuständigen Länderministerien haben sich in jeder Weise hinter die Bestrebungen zu einer zweckdienlichen Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft gestellt. In einem Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 29. 6. 1972 an die Innenminister der Länder heißt es u. a.:

„Ich bitte darauf hinzuwirken, daß die nun vorliegenden Empfehlungen von den Gemeinden bei der Förderung des Selbstschutzes in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft zugrunde gelegt werden und die Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten sich darum bemühen, durch geeignete Maßnahmen den Selbstschutz auch in diesem Bereich zu fördern.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag beabsichtigt, in jedem Land Koordinierungsstellen einzurichten, die zunächst organisatorisch jeweils bei einer oder auch zwei Industrie- und Handelskammern angehängt werden sollen. Ihre Aufgabe wird es sein, Ausbildungswünsche der Betriebe festzustellen und geeignete Ausbildungsträger zu ermitteln, um auch von dieser Seite den Betrieben sachdienliche Informationen zur Verfügung stellen zu können.“

Eine Reihe von Industrie- und Handelskammern ist inzwischen den Vorstellungen von der Einrichtung besonderer Beratungsstellen für den betrieblichen Katastrophenschutz gefolgt und hat Referenten damit beauftragt oder besondere Berater dafür eingesetzt.

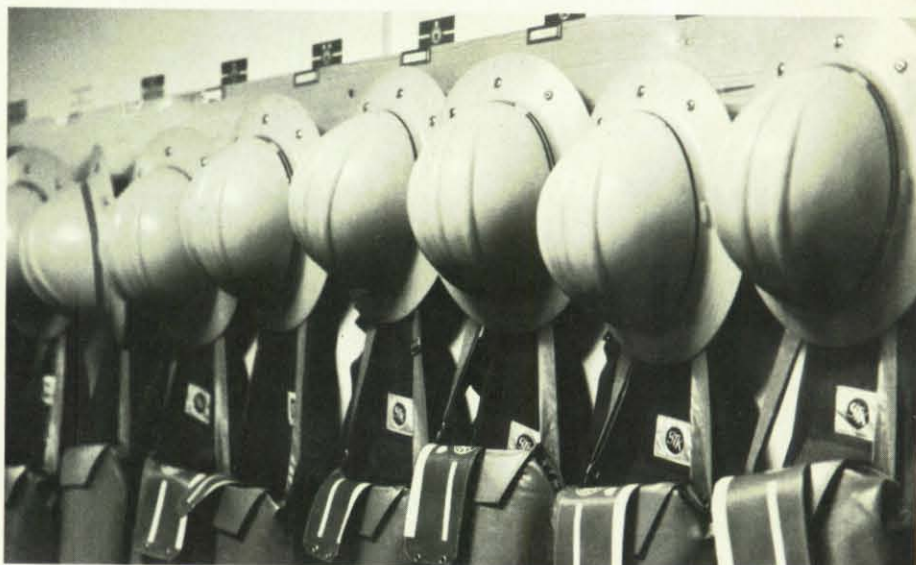
Die Innenminister der Länder bzw. die Innensenatoren haben auf dieses Schreiben des Bundesinnenministers mit entsprechenden Runderlassen in ihren Zuständigkeitsbereichen an die ihnen nachgeordneten Behörden reagiert. Insbesondere sind die



Norwegen, zum Beispiel, verfügt über einen gut organisierten Betriebs-selbstschutz. Unser Bild zeigt den Eingang zu einem in Felsen gelegenen Schutzraum für die Belegschaft eines großen Werkes. Von Einrichtungen in dieser Größenordnung ist die Bundesrepublik noch weit entfernt.

In Fels gehauene Leitstelle eines norwegischen Betriebs. Für die Einsatzkräfte gibt es ebenfalls sichere und ausgezeichnet eingerichtete Räume.

Die persönliche Schutzausrüstung norwegischer betriebseigener Einsatzkräfte ist stets griffbereit vorhanden. Auch bei uns sollte jeder Betrieb über geschulte und entsprechend ausgerüstete Kräfte verfügen, die befähigt sind, bei Unglücksfällen, größeren Schadensfällen und Katastrophen wirksam einzugreifen.





Die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz sehen vor, daß vor der Aufstellung von Einsatzkräften eine sorgfältige Betriebs- bzw. Werksanalyse gemacht wird, die eine wertvolle und oft entscheidende Unterlage für die Einleitung von Abwehrmaßnahmen sein kann.



Fernmeldeverbindungen und -anlagen sind bei Unglücksfällen, Bränden oder Katastrophen von entscheidender Bedeutung. Ein Verzeichnis über die wichtigsten Fernsprech- oder Fernschreibanschlüsse sollte jederzeit verfügbar sein.



Die wesentliche Aufgabe betriebseigener Kräfte kann z. B. darin bestehen, Brände im Stadium des Entstehens so wirksam zu bekämpfen, daß ihre Ausbreitung zum Großbrand verhindert wird.

Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden zu einer engen Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen in den Betrieben angehalten worden, um hier einen möglichst hohen Wirkungsgrad für das gesamte Gemeinwesen zu erreichen.

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat mit Schreiben vom 17. 7. und 18. 8. 1973 seine Landesstellen angewiesen, die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft bei der Unterrichtung und Ausbildung im betrieblichen Katastrophenschutz weitgehend zu unterstützen.

Schließlich sei noch auf eine Stellungnahme der Bundesregierung vom 13. 7. 1973 hingewiesen, die durch eine kleine Anfrage im Bundestag betr. Situation der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik ausgelöst worden war.

Auch in dieser Antwort werden die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz als ein begrüßenswerter Schutzzuwachs gewürdigt, weil die Betriebe im Rahmen ihrer Verantwortung für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten einen betrieblichen Selbst- und Katastrophenschutz aufbauen werden.

Die Entwicklung in diesen 1½ Jahrzehnten hat das Schwergewicht bei innerbetrieblichen Schutzmaßnahmen vom Gesichtspunkt des Zivilschutzes für den Kriegsfall verlegt auf die mögliche Katastrophe im Frieden. Diese Vorsorge für die innerbetriebliche Sicherheit hat in der gewerblichen Wirtschaft zweifellos mehr Verständnis erweckt und zu einem verstärkten Einsatz der Wirtschaftsorganisationen geführt. An den geplanten Ausbildungsmaßnahmen werden sich auch die Verbände für Sicherheit in der Wirtschaft beteiligen.

Unglücke und Katastrophen ereignen sich ohne Ankündigung

Am 13. 7. 1974 stürzte über dem Gelände des Großkraftwerks Mannheim ein Polizeihubschrauber ab und schlug 50 m neben einem Großtank, der mit Öl gefüllt war, auf dem Boden auf. Es war wahrscheinlich nur einer letzten Reaktion des bei dem Unglück getöteten Piloten zu verdanken, daß der Hubschrauber nicht auf den Behälter stürzte und damit ein Großfeuer auslöste. Dieses Beispiel soll zeigen, wie schnell eine Katastrophe



Es wird empfohlen, eine Betriebskatastrophenschutzorganisation (BKO) möglichst durch die Zusammensetzung aus bereits vorhandenen Diensten zu bilden und z. B. Werkschutz, Feuerwehr, Sanitätsstelle, Unfallschutzorganisation und Betriebshandwerker mit einzubeziehen.

aus nicht voraussehbarer Veranlassung eintreten kann, und daß es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, daß jeder Betrieb der gewerblichen Wirtschaft von einer bestimmten

Größenordnung an Maßnahmen gegen eine Katastrophe treffen muß. Naturkatastrophen wie die Hamburger Überflutung im Jahre 1962 oder die Wirbelsturmkatastrophe in Pforzheim

im Jahre 1968 werden im allgemeinen die Abwehrmöglichkeiten von Einzelbetrieben überfordern. Aber auch hier können schon in den Randgebieten Betriebskatastrophenschutzorganisationen tätig und zumindest mit den Einheiten der öffentlichen Hand zusammen eingesetzt werden. Es ist der Zweck einer solchen innerbetrieblichen Organisation, vorbeugend tätig zu werden und besonders diejenigen Schadensfälle zu bekämpfen, die in ihrem Wirkungsbereich liegen, bevor sie sich zu einer Katastrophe auswachsen können. Wenn z. B. in einem Werk eines Groß-Unternehmens infolge Verkettung unglücklicher Umstände und mangels genügend eigener Abwehr ein Großbrand entsteht, der schließlich einen Schaden von Millionen DM verursacht, so muß festgestellt werden, daß hier eine ausreichende Betriebskatastrophenschutzorganisation bei sofortigem Einsatz wahrscheinlich den Schaden in dieser Höhe vermeiden können.

Die Ursachen für solche innerbetrieblichen Katastrophen können vielfältiger Art sein. In einem metallverarbeitenden Betrieb wird eine Gießereipfanne mit flüssigem Eisen transportiert, ein Gabelstapler fährt in diesen Transport hinein und verursacht ein Auslaufen des flüssigen Eisens. Im Gebläsehaus einer Kokerei ereignet sich eine



Die zahlenmäßige Stärke der BKO soll sich vor allem nach der Größe des Unternehmens und nach dem Umfang der vorhandenen Dienste richten. In vielen Betrieben gibt es Handwerker, denen der Umgang mit technischem Rettungsgerät nicht schwerfällt.



Auch über die Ausrüstung enthalten die Empfehlungen Einzelheiten. Ob z. B. Tragkraftspritzen angeschafft werden müssen, richtet sich nach der Größe des Betriebs, der BKO und der Art der Produktion.



Regelmäßige Übungen dienen der Einsatzbereitschaft, dem Ausbau der erworbenen Kenntnisse und dem Zusammenwachsen der BKO. Unser Bild zeigt eine Phase der Ausbildung auf einem Übungsgelände des Bundesverbandes für den Selbstschutz.



Um die betrieblichen Katastrophenschutzkräfte jederzeit bei allen Hilfeleistungs- und Schadensbekämpfungsfällen einsetzen zu können, ist eine möglichst vielseitige Ausbildung anzustreben.

Gasexplosion, zwei Personen werden getötet, 10 Personen schwer verletzt. Die Höhe des Sachschadens wird mit mehreren Millionen beziffert. In einem Eisenwerk entsteht eine Überschwemmung, die man vergeblich durch Schließen aller bekannten Schieber im Leitungssystem einzudämmen versucht. Auch hier entsteht ein erheblicher Schaden und Produktionsausfall, und erst später stellt man fest, daß im Kriege verlegte unterirdische Leitungen einen anderen Verlauf hatten als auf den Plänen ausgewiesen, infolgedessen war der richtige Schieber nicht bekannt.

Es handelt sich hier um Beispiele, die beweisen, daß eine genaue Betriebskenntnis, eine geplante Vorsorge für den innerbetrieblichen Verkehr und zweckentsprechende Katastrophenorganisationen Schäden verhindern, zumindest aber eine Großkatastrophe vermeiden können.

Bei der Untersuchung der Möglichkeiten solcher innerbetrieblicher Katastrophenursachen sind unbedingt die Gegebenheiten der Nachbarschaft mit einzubeziehen. Zum Beispiel: Öllager, Kühltürme, Rangiergleise, Hauptverkehrsstraßen, die am Betriebsgelände vorbeiführen, und

schließlich besonders gefährliche Produktionsanlagen wie z. B. ein Kernreaktor sind besonders zu berücksichtigen.

Diese sogenannte Betriebsanalyse ist die Voraussetzung für den effektiven Schutz eines Unternehmens und das Tätigwerden einer Betriebskatastrophenschutzorganisation.

Die Ausrüstung der BKO

Die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“, die von der Arbeitsgemeinschaft für Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft herausgegeben worden sind, enthalten Beispiele für die Zusammensetzung, die Größe, die Ausrüstung und die Ausbildung solcher Betriebskatastrophenschutzorganisationen.

● Es wird empfohlen, eine BKO möglichst durch die Zusammensetzung aus bereits vorhandenen Diensten zu bilden und z. B. Werkschutz, Feuerwehr, Sanitätsstelle, Unfallschutzorganisationen und Betriebs-handwerker mit einzubeziehen. Die zahlenmäßige Stärke der BKO soll sich vor allem nach der Größe des Unternehmens und nach dem Umfang der vorhandenen Dienste richten. Als Anhaltspunkt für die Größenordnung wird bei einer Belegschaft bis zu 500 Personen die Stärke 1:16 empfohlen, wobei man davon ausgehen muß, daß der Leiter dieser BKO eine möglichst leitende Persönlichkeit sein soll. Als Personenkreis, aus dem er zu wählen ist, empfiehlt sich: der Sicherheitsingenieur, der Werkschutzleiter, der Leiter der Feuerwehr oder ein geeigneter Meister.

● Auch über die Ausrüstung enthalten die Empfehlungen Einzelheiten. Neben einer zweckmäßigen Bekleidung und einer Ausrüstung mit geeigneten Werkzeugen richten sich die Anschaffungen weiteren Gerätes (Feuerbekämpfung mit kleinen Tragkraftspritzen usw.) nach der Größe des Betriebes bzw. der BKO und der Art der Produktion.

● Regelmäßige Übungen dienen nach Ansicht der „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ der Einsatzbereitschaft, dem Ausbau der erworbenen Kenntnisse und dem Zusammenwachsen der BKO. Probe-Alarme entsprechend einem vorbereiteten Alarmplan sollten Teil dieser Übungen sein.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es besonders bei



Eine praktische Ausbildung in der Rettung/Bergung von Verletzten aus schwierigen Lagen, was in Industriebetrieben vornehmlich bei Reparatur- oder Bauarbeiten erforderlich werden kann, ist anzustreben.

kleineren Betrieben zweckmäßig erscheint, eine gemeinsame BKO als Form der Nachbarschaftshilfe aufzubauen, zu der jeder beteiligte Betrieb an Personal und Ausrüstung beiträgt. Damit könnte die Wirksamkeit einer BKO wesentlich erhöht und weit über die Möglichkeit des einzelnen Betriebes hinaus entwickelt werden.

Die Ausbildung der BKO

In Absprache zwischen dem Bundesverband für den Selbstschutz und der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft (ZAGW) sind Lehrpläne entwickelt worden, die der Ausbildung der Helfer aus den BKO zugrunde gelegt werden.

Besonders die Industrie- und Handelskammern sind z. Z. bemüht, erste Lehrgänge nach diesem Konzept durchführen zu lassen und nach vorbereitenden Informationsveranstaltungen, bei denen die Betriebe über die Möglichkeiten der Unterstützung durch den BVS

unterrichtet werden, Lehrgänge bei den Betrieben (evtl. für mehrere Betriebe gemeinsam) anzuregen, in denen die Lehrkräfte des BVS praktisches Wissen vermitteln.

Leitende Kräfte der BKO können auch überörtlich an den BVS-Schulen ausgebildet werden.

Kosten entstehen bei diesen Ausbildungsvorhaben insofern nicht, als die Lehrkräfte des BVS kostenlos tätig werden, lediglich für die Ausbildungszeit haben die Betriebe den Lohn weiterzuzahlen und ggf. die Fahrtkosten zu tragen. Den zeitlichen Umfang der Ausbildung kann der Betrieb selbst bestimmen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß zwischen der ZAGW und den Sanitätsorganisationen auch Absprachen über die Ausbildung in Erster Hilfe getroffen worden sind. Diese Ausbildungskurse müssen jedoch an die Organisationen bezahlt werden, und zwar betragen die Kosten für die Ausbildung in Erster Hilfe mit 8 Doppelstunden pro Teilnehmer 12 DM.

Soweit in den Bundesländern schon Sicherheitsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft (Vereinigung für Sicherheit in der Wirtschaft, Landesstelle für Betriebsschutz) bestehen, haben sich diese ebenfalls seit einiger Zeit sehr nachdrücklich der Frage des Katastrophenschutzes angenommen. Auch hier sind schon zusammen mit Industrie- und Handelskammern Informationstagen für den Aufbau einer Betriebskatastrophenschutzorganisation geplant und in einigen Fällen schon durchgeführt worden. Eine Verbindung zum BVS ist auch hier vorgesehen.

Das Ziel aller dieser Bemühungen um den Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes, der als Weiterentwicklung des Unfallschutzes anzusehen ist, heißt: Verstärkung der innerbetrieblichen Sicherheit durch Vorbeugen. Eine optimale Wirkung soll durch betriebliche Verbundenheit und Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sicherheitseinrichtungen erzielt werden. Der betriebliche Katastrophenschutz soll als Selbstschutzeinrichtung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen des Wirtschaftsschutzes tätig werden und einen wesentlichen Beitrag für die öffentliche Sicherheit überhaupt leisten.



Grundsätzlich sollten alle Kräfte eine Ausbildung in der Leistung der Ersten Hilfe, mindestens aber in lebensrettenden Sofortmaßnahmen erhalten. Stehen betriebseigene Kräfte für die Ausbildung nicht zur Verfügung, kann die Mithilfe des BVS oder der örtlichen Hilfsorganisationen in Anspruch genommen werden.

Otto Helmrich

Mit der „Otto Lilienthal“ nach Honduras

Hilfseinsatz des THW

Die ersten Filmaufnahmen von der Hurrikan- und Hochwasserkatastrophe in Honduras zeigte das Fernsehen am 28. September. Zur gleichen Zeit riefen Deutsches Rotes Kreuz, Caritasverband und Diakonisches Werk zu Spenden auf. Auch die Bundesregierung entschloß sich umgehend zu einer Hilfeleistung für die betroffene Bevölkerung in Honduras.

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) erhielt entsprechende Weisungen des Bundesinnenministeriums. Der Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe lag auf medizinischem Gebiet. Im einzelnen mußten folgende Hilfsgüter zum Flughafen Köln-Bonn angeliefert werden:

- Medikamente, hauptsächlich Impfstoffe, Antibiotika und Verbandstoffe;
- 300 000 Wasserentkeimungstabletten;
- Kindernahrung;
- 10 Trinkwasseraufbereitungsanlagen.

Ein THW-Spezialist sollte die Sendung begleiten und das Personal der deutschen Gewerbeschule (Deutsches Zentrum) in San Pedro Sula einweisen.

30 Stunden Zeit

Knapp 30 Stunden standen bis zum Abgabetermin beim Luftwaffen-Umschlagszug in Köln-Wahn zur Verfügung. Es war zu prüfen, aus welchen Zivil- und Katastrophenschutzlagern die Güter geliefert werden konnten.

Das für die Arzneimittelversorgung und -bevorratung der ZS-Lager zuständige Referat im BZS stellte fest, daß die Sanitätsmittel-Lager der Hansestadt Hamburg im niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Raum die gewünschten Medikamente vorrätig hielten. Die benötigten Impfstoffe mußten über die Beschaffungsstelle des Bundesinnenministeriums auf dem pharmazeutischen Markt beschafft werden. Die zuständigen Dienststellen und Lagerleitungen wurden unterrichtet,



Hilfsgüter für Honduras. Ein THW-Spezialist begleitete die Sendung.

die Impfstoffe beschafft. Das Technische Hilfswerk mußte die Medikamente auf dem schnellsten Wege nach Köln-Wahn transportieren. Die THW-Landesverbände I und IV (Schleswig-Holstein und Niedersachsen) brachten in unermüdlichem nächtlichem Einsatz der Lagerverwalter und Fahrer die Medikamente und Verbandstoffe zum Flughafen. Die Landesverbände VI und VIII (Baden-Württemberg und Hessen) transportierten die eilig beschafften Impfstoffe und Medikamente, der Landesverband V (Nordrhein-Westfalen) die 10 Trinkwasseraufbereitungsanlagen.

Unmögliches möglich gemacht

Bedienstete des BZS und der Beschaffungsstelle überwachten beim Luftwaffen-Umschlagszug in Köln-Wahn den Eingang der Hilfsgüter und deren Verladung anhand einer Prioritätenliste des Bundesinnenministeriums. Nach getaner Arbeit kann gesagt werden, daß von allen Beteiligten „Unmögliches“ möglich gemacht wurde.

Am nächsten Morgen stand die Luftwaffen-Boeing 707 „Otto Lilienthal“ schon frühzeitig zur Beladung auf dem militärischen Teil des Köln-Bonner



Die Luftwaffen-Boeing wird beladen.



Innerhalb von 30 Stunden mußten die Hilfsgüter beschafft und zum Köln-Bonner Flughafen transportiert sein.

Flughafens bereit. Unter der Führung von Oberstleutnant Lunemann und seiner Crew hob die Maschine gegen 9.30 Uhr — mit 30 t Hilfsgütern beladen, — von der Piste ab.

Die Reise führte aus flugtechnischen Gründen über Neufundland, die Ostküste der Vereinigten Staaten und die Straße von Yukatan zum Flughafen von San Pedro Sula in Honduras. Beim Anflug sah man aus der Vogelperspektive das ganze Ausmaß der gewaltigen Katastrophe.

Im Deutschen Zentrum

Nach der Landung gegen 22 Uhr MEZ übernahm die honduranische Armee sogleich die Sicherung und Entladung der Maschine. Bei Außentemperaturen von mehr als 35 Grad und bei einer Luftfeuchtigkeit von fast 100 Prozent wurden die Besatzung und die beiden Passagiere — Dr. Tinico, ein honduranischer Arzt, und der Verfasser — vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Pagenstert, von Konsul Fertsch und vom Leiter des Deutschen Zentrums in San Pedro Sula, Eberhard, begrüßt.

Nach einigen Schwierigkeiten bei der umständlichen Abwicklung von Formalitäten ging es mit zwei Wasseraufbereitungsanlagen zum Deutschen Zentrum. Dort wurde anhand der mitgebrachten Geräte und der Bedienungsanleitungen das deutsche Lehrpersonal eingewiesen, das trotz starker körperlicher Belastung durch den pausenlosen Einsatz im Katastrophengebiet den Instruktionen mit wachem Interesse folgte. Der anschließende Meinungsaustausch war für beide Seiten äußerst wertvoll. Leider mußte man

schon nach kurzer Zeit wieder Abschied nehmen.

Der Weg zurück zum Flughafen führte durch den Ort San Pedro Sula, wo viele Menschen abends gegen 18 Uhr immer noch nach Trinkwasser anstanden, weil die öffentliche Wasserversorgung ausgefallen war. Weiter ging die Fahrt an über-

schwemmten Feldern und fortgerissenen Bäumen und Dämmen vorbei und über eine einbahnige Balley-Brücke, über die sich der gesamte Verkehr vom und zum Flughafen quälte.

Reiche Eindrücke

Gegen 19.30 Uhr (1.30 Uhr MEZ) startete die Maschine nach Montego Bay auf Jamaika. Dort wurde gemäß den Flugvorschriften eine Zwangspause eingelegt. Nach den Ereignissen der vergangenen 60 Stunden und den Eindrücken aus dem Katastrophengebiet bot diese Pause endlich eine Gelegenheit zum Nachdenken und zur Besinnung. Am folgenden Tag, um 1.30 Uhr, fand die erlebnisreiche Reise nach Mittelamerika in Köln ihr Ende.

Dieser Einsatz hat gezeigt, daß bei größten Anstrengungen aller Beteiligten den in Not geratenen Menschen in fernen Ländern binnen kürzester Zeit geholfen werden kann. Dabei müssen jedoch die Probleme beider Seiten erkannt und berücksichtigt werden.



Das Katastrophengebiet aus der Vogelperspektive.

Gerhard Kugler, Leiter der Abteilung Unfallrettung in der ADAC-Zentrale

Unfallrettung aus der Sicht des Kraftfahrers

Gedanken des ADAC zu einem aktuellen Problem

Eine Betrachtung des Rettungsdienstes aus der Sicht des Kraftfahrers läuft leicht Gefahr, sich dem Vorwurf der Einseitigkeit auszusetzen. Zur Klarstellung sei deshalb vorausgeschickt, daß es nicht darum gehen kann, das Verkehrsunfallgeschehen als das Maß der Dinge im Rettungsdienst zugrundezulegen. Vielmehr müssen sich alle Überlegungen um eine Optimierung der Ersten Hilfe bei Notfällen an der gesamten Bandbreite möglicher Notfallsituationen orientieren. Bei 200 000 Notfalltoten, die jährlich in der Bundesrepublik von den Statistikern registriert werden, repräsentieren die Verkehrsunfallopfer mit der jetzt glücklicherweise rückläufigen Zahl von in diesem Jahr voraussichtlich 14 000 nur einen relativ kleinen, wenn auch sehr bedeutenden Sektor. Ziel aller Bestrebungen muß es sein, gleiche Rettungschancen für jeden Notfallpatienten sicherzustellen, sowohl auf der Straße als auch im Haushalt, im Betrieb oder an anderen Plätzen des täglichen Lebens.

Vorbeugen allein reicht nicht

Am deutlichsten, wenn nicht gar spektakulärsten sind die Mängel des Rettungsdienstes bei den Verkehrsunfällen zutage getreten. Hieran entzündet sich auch mehr und mehr die öffentliche Kritik. Wenngleich von der Sensationslust stimulierte Berichte über Mißstände in der Notfallversorgung hin und wieder über das Ziel hinausschossen, so haben solche Überzeichnungen der gegenwärtigen Verhältnisse mit dazu beigetragen, jedermann deutlich vor Augen zu führen, welche großen Lücken in der primären Notfallversorgung trotz ständiger Fortschritte der Medizin klaffen. Gleichzeitig erhärten die Schlagzeilen aber auch die Erkenntnis, daß im Kampf gegen den Verkehrstod prophylaktische Mittel allein nicht ausreichen. In den bei Bund und Ländern konzipierten Verkehrssicherungsprogrammen

mußten deshalb neue Akzente gesetzt werden, die das therapeutische Instrumentarium mit einschlossen. Kein Parlament kann es sich auf die Dauer leisten, ständig vorgerechnet zu bekommen, es könnten 10 bis 15 Prozent der im Straßenverkehr tödlich Verunglückten noch am Leben sein, wenn ihnen schneller und qualifizierter geholfen worden wäre.

Neue Wege und Ergebnisse

Mit Befriedigung stellt der ADAC fest, daß jetzt auf allen Gebieten des Rettungswesens in der Bundesrepublik neue Wege beschritten werden. Erste Ergebnisse sind sichtbar geworden. Die alten Barrieren Kompetenzstreit, Konkurrenzdenken

und späte Einsichten in neue Technologien sind in der Auflösung begriffen. Vor fünf Jahren noch blitzte der ADAC bei der Post mit der Forderung nach Einführung des einheitlichen Notrufs 110 mit der Begründung ab, dies werfe im Zuge der fortschreitenden Automatisierung der Fernsprechvermittlungen zu schwierige technische Probleme auf. Wer hätte auch damals daran gedacht, daß es in der Bundesrepublik einmal ein den bodengebundenen Rettungsdienst ergänzendes Luftrettungsnetz mit Hubschraubern geben würde? Für diese heutige Selbstverständlichkeit mußte man sich einen Phantasten schelten lassen. Skeptiker bezeichneten solche Pläne vor drei Jahren bei einem im Deutschen Bundestag stattgefundenen



Mehr öffentliche Münzfernsprecher an Bundesstraßen — hier im Bild in der Kombination mit einem Notrufmelder für münzfreien Notruf — fordert der ADAC.



Rettungsdienst im 7-Minuten-Takt im ganzen Bundesgebiet soll die optimale Hilfeleistung sicherstellen.

Hearing als „Goldene Tür am bescheidenen Reihenhaus des Rettungsdienstes“.

Sieben Forderungen

Haben sich nun im Aufwind, der den Rettungsdienst jetzt erfaßt hat, schon alle Probleme gelöst? Aus der Sicht einer großen Organisation, die ihre Hauptaufgabe mit darin versteht, die Sicherheitsinteressen der Verkehrsteilnehmer zu vertreten und deshalb aktiv an der Verbesserung des Rettungsdienstes mitarbeitet, gibt es zu einer Reihe von Fakten etwas anzumerken. Zur Bestimmung der Ausgangslage sei zunächst die Frage gestellt, was der Kraftfahrer von einem optimal ausgebauten Rettungssystem erwartet. Er erwartet, daß

1. es ihm erleichtert wird, im Notfall rasch Hilfe herbeirufen zu können, ohne lange nach dem nächsten Telefon oder der richtigen Telefonnummer suchen zu müssen;
2. der Notruf sofort bei der richtigen Stelle ankommt, die in der Lage ist, am raschesten die optimale Hilfe zu organisieren;
3. er im Unglücksfall nicht länger als fünf bis sieben Minuten auf das Eintreffen des Rettungsdienstes warten muß, weil mit jedem weiteren Zeitverlust das Risiko irreparabler Schädigungen zunimmt;
4. ihm bei schweren Verletzungen schon am Notfallort ärztliche Hilfe zuteil wird, die die klinische Versorgung vorbereitet;
5. zum Transport nur geeignete, der Norm entsprechende Fahrzeuge verwendet werden und durch eine fachlich qualifizierte Transportbegleitung die Gefahr des gefährdeten Transporttraumas vermieden wird;
6. der Transport ins Krankenhaus zu keiner zeitraubenden Odyssee wird und die Einlieferung in das für die Endbehandlung geeignete Krankenhaus erfolgt und nicht einfach nur die nächsterreichbare Klinik angefahren wird, und schließlich
7. erwartet der Kraftfahrer aber auch, daß ihm von jedem anderen Verkehrspartner in der richtigen Weise geholfen wird, was voraussetzt, daß jedermann die Grundregeln der Sofortmaßnahmen am Unfallort beherrscht.

Ein Katalog also, der sich an mehrere Adressaten richtet; auf eine kurze Formel gebracht: gleiche Qualität der Hilfe zu jeder Zeit an jedem Ort.



Genormte Fahrzeuge und fachlich qualifizierte Begleitung sollen im Rettungsdienst das Transportrisiko für Verletzte verringern.

Abbau des Leistungsgefälles

Erfreulicherweise spiegeln sich diese Grundgedanken in den von einigen Bundesländern erarbeiteten Gesetzen für den Rettungsdienst wider. In die gleiche Richtung zielen auch die Überlegungen des Bund-Länder-Ausschusses „Rettungswesen“, der mit der Ausarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen wesentlich dazu beigetragen hat, die Voraussetzung für ein einheitliches Leistungsniveau in den Bundesländern zu schaffen. Besonderes Schwergewicht ist dabei der Beseitigung des starken Leistungsgefälles zwischen Stadt und flachem Land einzuräumen. Der Bürger hat kein Verständnis dafür, daß er sich auf dem Land mit schlechteren Bedingungen für seine medizinische Versorgung im Notfall abfinden soll. Eine solche Tatsache steht auch in eklatantem Widerspruch zum Grundgesetz, das allen Bürgern



Der Kraftfahrer erwartet, daß ihm von jedem anderen Verkehrspartner in richtiger Weise geholfen wird — was voraussetzt, daß jeder die Sofortmaßnahmen am Unfallort beherrscht.

gleiche Lebensbedingungen zuspricht. Nachdem Kapazitätsdefizite aufgrund der stärkeren finanziellen Potenz der Kommunen vor allem in Großstadtreionen schon weitgehend abgebaut sind, müssen bei der Mittelverteilung künftig die Bedarfspläne für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur des Rettungsdienstes Priorität erhalten.

Die vier Punkte des ADAC

Große Hoffnung setzt der ADAC in die Gesetzesinitiative der Länder, wobei noch abzuwarten bleibt, ob sich aus der unterschiedlichen verbalen wie zum Teil auch materiellen Ausgestaltung alte Mängel wieder einstellen. Mit Bedauern stellt der ADAC fest, daß sich leider noch nicht alle Länder zum Erlaß solcher Gesetze entschlossen haben. Dem Trend wird sich jedoch auf die Dauer kein Land verschließen können.

Unbefriedigt geregelt, weil von den Gesetzen nur teilweise oder gar nicht erfaßt, sind nach Auffassung des ADAC folgende Punkte:

1. Anwendung von Notruftelefonen an Bundesstraßen;
2. Einbeziehung der Krankenhäuser als integrierte Bestandteile des Rettungssystems;
3. einheitlicher Ausbau der Luftrettung;
4. Subventionierung der Betriebskosten des Rettungsdienstes.

I. Problem des Notrufs

Zur Verdichtung des Alarmnetzes ist es notwendig, mehr Sprechstellen an die Straße zu bringen, um die kritische Zeit der Notrufübermittlung abzukürzen. Das kann einmal geschehen durch vermehrte Aufstellung öffentlicher Münzfernsprecher am Ortseingang oder an innerörtlichen Durchgangsstraßen sowie durch sog. Notruftelefone. Letztere sind durch Testreihen des DRK, der Rettungsdienststiftung Björn Steiger und des ADAC erprobt worden.

Obwohl den zuständigen Behörden und Ministerien ausführliche Unterlagen und Erfahrungsberichte darüber zugeleitet wurden, fehlen bis heute verbindliche technische Richtlinien. Da aus Gründen der Wirtschaftlichkeit solche Anlagen im Gegensatz zu den Autobahnen nicht an allen Straßen, sondern nur an ausgewählten Streckenabschnitten installiert werden können, bedarf es differenzierter Anwendungskriterien, die einen möglichst effizienten Einsatz

gewährleisten. Auch dazu sind noch keine Orientierungsdaten erstellt worden. Nach Auffassung des ADAC sollte grundsätzlich an jeder Ortstafel dem Kraftfahrer ein Hinweis auf die nächste Notrufmöglichkeit gegeben werden. Noch besser wäre es, neben der Ortstafel ein Notruftelefon anzubringen. Mit diesen Fixpunkten würde dem Autofahrer auch die Unsicherheit bei der Suche nach einer Notrufmöglichkeit an der freien Strecke genommen.

2. Klinische Versorgung

Die Qualität des Rettungsdienstes hängt entscheidend davon ab, ob die Krankenhäuser ihre Kapazitäten an den Bedürfnissen des Rettungsdienstes ausrichten. Mehr noch: inwieweit diese bereit sind, ihre Arme nach draußen zum Unfallort auszustrecken, denn Erstversorgung und klinische Behandlung müssen als Einheit Hand in Hand gehen. Über die Schlüsselstellung der Krankenhäuser in der Infrastruktur des Rettungsdienstes schweigen die neuen Rettungsdienstgesetze. Nach den Beobachtungen und Erfahrungen des ADAC haben die Reformideen für den Rettungsdienst bislang nur in wenigen Ausnahmefällen Eingang in die Krankenhäuser gefunden. Ihre meist durch finanzielle Aspekte belastete Einstellung zum Unfallhilfsdienst reicht von engagierter Unterstützung bis passiver Zurückhaltung, ja Ablehnung. Die Gründe für die teils negative Beurteilung liegen sowohl in der mangelnden Kenntnis der Zielsetzung für die Modernisierung der Notfallrettung wie auch in der bei den Planungen nicht praktizierten interdisziplinären Zusammenarbeit. Der ADAC hält es für dringend erforderlich, Grundsätze zu entwickeln, die die Bedeutung der Klinik als einen zentralen Faktor im Rettungsdienst definieren und ihr in der Dringlichkeitsskala den richtigen Stellenwert geben. Wichtig sind vor allem Hinweise über die zutreffenden materiellen und finanziellen Vorkehrungen sowie deren Finanzierung. Einer Klärung bedarf auch die Frage nach der Bemessung zusätzlicher Arzt- und Pflegepersonal-Planstellen sowie die dienstliche Erweiterung des ärztlichen Arbeitsbereiches auf die Versorgung von Patienten außerhalb der Klinik. Strittig ist schließlich das Problem der Honorierung und des zusätzlichen Unfallversicherungsschutzes für die im Rettungsdienst mitwirkenden Ärzte.

3. Rettung aus der Luft

Im Luftrettungsdienst hat sich die aufgrund der Modellversuche des Bundesinnenministeriums und des ADAC entwickelte Konzeption durchgesetzt. Sie hat ihren rechtlichen Rückhalt in dem in Bundes- und Länderzuständigkeit liegenden Zivil- und Katastrophenschutz. Der Weg für einen nach einheitlichen Grundsätzen arbeitenden Luftrettungsdienst im Bundesgebiet ist frei. Aus der Inanspruchnahme der für den Zivil- und Katastrophenschutz gegebenen Investitionsverpflichtungen des Bundes sowie der von ihm bereits vorgehaltenen Einrichtungen im technischen Bereich erschlossen sich ganz wesentliche Kosteneinsparungen, die den Betrieb auf eine wirtschaftliche Basis stellten und eine finanzielle Überforderung der Kostenträger vermieden.

Zur Einbindung der Luftrettung in das allgemeine Rettungssystem ist es nach Meinung des ADAC notwendig, im überörtlichen Rahmen Trägergemeinschaften in Form von Zweckverbänden zu bilden. Damit wird der großflächigen Einsatzstruktur von Rettungshubschraubern Rechnung getragen und deren Koordinierung mit anderen Rettungsmitteln sichergestellt. Ein weiterer Vorteil liegt in der Aufteilung der finanziellen Risiken, wenn die Betriebskostenbilanz bei niedrigem Einsatzaufkommen nicht ausgeglichen werden kann. Der ADAC hat als Beauftragter für die Verwaltung der vom Bundesinnenministerium eingesetzten Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungsdienst jetzt den Trägern der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung Vorschläge zur Kostenerstattung unterbreitet, die bei einer einheitlichen Pauschalabgeltung von 850,— DM pro Rettungseinsatz an die Kostendeckungsgrenze heranreichen.

Nachdem der Deutsche Bundestag für eine Fortsetzung des Investitionsprogramms für die Luftrettung auf der Grundlage des Katastrophenschutzes grünes Licht gegeben hat, sind nun die Länder am Zuge.

4. Problem der Betriebskosten

Die in zahlreichen Bundesländern angelaufenen finanziellen Förderungsprogramme für den Rettungsdienst kranken vielfach an dem Trugschluß, der Abbau des Nachholbedarfs sei nur eine Angelegenheit von

Investitionen. In dieser Form gleichen sie Pfahlbauten über schwankendem Boden. Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, daß mit wachsendem Investitionsvolumen auch die Betriebskosten proportional ansteigen. Obwohl in der Diskrepanz zwischen auseinanderlaufenden Aufwendungen und Erträgen schon heute das Dilemma des Rettungsdienstes liegt, erklären die Finanzminister der Länder ihr kategorisches „Nein“ zur Übernahme von Finanzierungsverpflichtungen bei den steigenden Betriebskosten.

Ziel der Gesundheitspolitik muß es sein, dem Kassenpatienten die Versorgung im Notfall zum „Nulltarif“ zu sichern. Daraus ergibt sich jedoch für die Träger der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung die Problematik, die investiven Maßnahmen der Länder auffangen zu müssen. Es ist fraglich, ob die RVO-Kassen bei den zunehmenden Kostensteigerungen noch soviel Flexibilität aufbringen. In den Vertragsgesprächen, die der ADAC mit Kassen führte, ist wiederholt angeklungen, daß die geschmälerete Ertragslage einen erneuten Kostenschub nicht mehr verkraftet. Somit ist zu erwarten, daß dem Segen der Reform des Rettungsdienstes der Fluch einer weiteren Eskalation der Kassentarife nachfolgt. Diese Entwicklung ist nur zu verhindern, wenn aus dem allgemeinen Steuerertrag Mittel zum Ausgleich der Negativsalden in den Betriebskostenbilanzen des Rettungsdienstes vorgesehen werden. Ein Rettungssystem, das im 7-Minuten-Takt arbeitet, wird niemals eine so hohe Einsatzfrequenz bringen, daß es realistisch wäre, die Refinanzierung über kostendeckende Tarife zu erreichen.

Der ADAC vermißt in den Investitionsprogrammen aber auch Finanzierungsansätze für die notwendige Kapazitätsanpassung der Krankenhäuser an ein höheres Leistungsniveau des Rettungsdienstes. Eine Vernachlässigung dieser Aufgabe würde bedeuten, daß der mit der Verdichtung des Rettungsnetzes erzielte Zeitgewinn auf der klinischen Ebene wieder verlorengeht.

Mit diesen kritischen Anmerkungen sollte kein allzu düsteres Bild des Rettungsdienstes gezeichnet werden. Die in Gang gekommenen hoffnungsvollen Ansätze sind ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung und bereits mehr als nur ein Silberstreif am Horizont.

THW Lauf besuchte Schweizer Zivilschutz

Blick über die Grenze

Ein Beispiel für freundschaftliche Verbindungen

Angehörige des Technischen Hilfswerkes Lauf mit ihren Frauen sowie Mitglieder des Funktrupps beim Landratsamt Nürnberger Land unternahmen einen Wochenendausflug in die Schweiz, genau gesagt war das Reiseziel Aarau im Kanton Aargau. Zweck der Fahrt war eine Besichtigung Schweizer Zivilschutzanlagen.

Über Schwabach, Donauwörth und Ulm fuhren die 30 Teilnehmer mit dem Omnibus am Freitagmorgen ab und erreichten bereits am frühen Nachmittag ihr Ziel. In Küttigen, einem Vorort von Aarau, begrüßte der Chef für Zivile Verteidigung, Dr. Hanspeter Brenner, die deutschen Gäste im Gemeindehaus. Dr. Brenner machte die Damen und Herren des THW mit dem Aufbau des schweizerischen Zivilschutzes vertraut.

OSO-Anlagen besichtigt

Küttigens Gemeindeamtmann Walter Merz hieß die Laufer Gäste im Namen der Gemeinde willkommen und orientierte sie über den Ort Küttigen. Anschließend besichtigte man unter Führung des Küttiger Ortschefs Gottlieb Wehrli und des Chefs der Sektion Bauten im Amt für Zivilschutz, Martin Gasser, Anlagen der Küttiger OSO (Örtliche Selbstschutz-Organisation) sowie die Sanitätshilfsstelle im Kirchengemeindehaus.

Der Ortsbeauftragte des Laufer THW, Ing. Weniger, bedankte sich anschließend im Namen der Fahrtteilnehmer für den herzlichen Empfang und überreichte dem Küttiger Ortschef Wehrli einen Laufer Zinnteller. Oberinspektor Purzer, Sachbearbeiter für Katastrophenschutz beim Landratsamt Nürnberger Land, übermittelte den Schweizer Gastgebern herzliche Grüße von Landrat Lange. Nach anregender Unterhaltung wurde das Programm des ersten Besuchstages beendet. Überrascht waren die Laufer, als sie bei der Rückkehr in ihr Hotel bereits ein Exemplar der Samstagausgabe des „Aargauer Tagblatt“ mit einem großen Bildartikel „Deutsches



Die Schweizer Gastgeber informierten die deutschen Gäste vom THW Lauf eingehend über ihre Zivilschutz-Konzeption.

Technisches Hilfswerk besichtigt „OSO-Anlagen“ vorfinden.

Theorie und Praxis

Am Samstagvormittag wurde das Besuchsprogramm fortgeführt mit einem Referat des Aarauer Ortschefs Paul Probst im Rathaus der Stadt Aarau. Probst erläuterte die Einsatzpläne, Lagekarten und die Alarmorganisation eingehend. Ein weiteres Referat des Stabchefs H. Zumbach über die Zivilschutzbauten beendete den theoretischen Teil. Es folgte die Besichtigung der Anlage Kasinopark; hier haben die Schweizer eine zweistöckige unterirdische Mehrzweckanlage errichtet, die in Friedenszeiten als Tiefgarage über 200 Fahrzeuge aufnehmen kann. Die Besichtigung des Schutzraums „Schlöbli“ sowie des Turmes schloß sich an. Der Turm, im Jahr 1240 errichtet und Wahrzeichen der Stadt Aarau, beherbergt in seinen Gemäuern zahlreiche Sehenswürdigkeiten, so Zinnfiguren, Möbel und Rüstungen.

Beim Aperitif in den Kellergewölben wurden Erinnerungsgeschenke ausgetauscht. Oberinspektor Purzer betonte in seinen Dankesworten, daß eine solche Exkursion für die Helfer sehr lehrreich sei.

Einladung nach Lauf

Der Ortsbeauftragte des Laufer THW, Ing. Weniger, ging auf die Vorgeschichte dieser Fahrt ein, die einige Jahre zurückliegt. Damals reiste er

privat durch Aarau und konnte durch Zufall eine Sanitätshilfsstelle besichtigen. Da er sehr beeindruckt davon war, wandte er sich mit der Besuchsbitte an Aarau. OB Weniger meinte: „Wir wollen uns orientieren und möchten auch gern Kontakt zu Aarau haben. Nachdem die Brücke nun errichtet ist, laden wir die Aarauer zu einem Informationsbesuch im nächsten Jahr nach Lauf ein.“ OB Weniger überreichte den Schweizer Gastgebern Erinnerungsgeschenke. Nach dem Mittagessen im Rathausgarten fuhr die Delegation zur Sanitätshilfsstelle Süd. Hier steht in einem unterirdischen Schutzraum ein komplett eingerichtetes Krankenhaus für 250 Personen zur Verfügung. Von den Verwaltungsräumen, der Intensivstation bis zum Operationsaal wurde die Anlage eingehend besichtigt. Die anschließende Fahrt führte zur Bereitschaftsanlage Goldern. Die Laufer Gäste sahen die technischen Einsatzgeräte des Zivilschutzes, vom Notstromerzeuger bis zu Funkanlage und Fuhrpark. Ein großer Aufenthaltsraum sowie zahlreiche Schlafstellen gehören ebenso zu den serienmäßigen Einrichtungen der baulich geschützten Anlage wie eine geräumige Küche.

Am Sonntagmorgen hieß es dann Abschied nehmen. Martin Gasser vom Amt für Zivilschutz, der die deutschen Gäste zuvorkommend betreut hatte, und einige Stadträte von Aarau verabschiedeten sich. Sie zeigten sich erstaunt über das große Interesse der Laufer Besucher und versprachen, im nächsten Jahr zu einem Gegenbesuch nach Lauf zu kommen. THW-Ortsbeauftragter Weniger bedankte sich noch einmal für die herzliche Aufnahme und die interessanten Führungen.

Über Schaffhausen, mit einem Abstecher zum Rheinfall, Konstanz, Memmingen und Ulm erreichten die Vertreter des THW Lauf am späten Abend wieder ihre Heimat; noch beeindruckt von den großzügigen Zivilschutzanlagen in der Schweiz.

Lehrgangszeitplan I. Halbjahr 1975 der Katastrophenschutzschule des Bundes

Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler

Lfd. Nr.	Lehrgangsort	von	bis (Meldesclluß)
----------	--------------	-----	-------------------

a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes

A 1	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Bergungsdienst	13. 1. — 16. 1.	(20. 12. 74)
A 2	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Sanitätsdienst	20. 1. — 24. 1.	(20. 12. 74)
A 3	Sonderlehrgang „Ausbildung an der neuen Ausstattung des ABC-Dienstes“	20. 1. — 24. 1.	(20. 12. 74)
A 4	Ausbildungslehrgang Netz-Kabel für Truppführer-Anwärter der E-Gruppen	27. 1. — 31. 1.	(6. 1. 75)
A 5	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	27. 1. — 7. 2.	(6. 1. 75)
A 6	Sonderlehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“	27. 1. — 7. 2.	(6. 1. 75)
A 7	Fortbildungslehrgang für Zugführer des I-Dienstes	3. 2. — 7. 2.	(6. 1. 75)
A 8	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	17. 2. — 21. 2.	(17. 1. 75)
A 9	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ — Stufe I	17. 2. — 21. 2.	(17. 1. 75)
A 10	Ausbildungslehrgang für Bereitschaftsführer-Anwärter des Bergungsdienstes	17. 2. — 28. 2.	(17. 1. 75)
A 11	Ausbildungslehrgang zum Leiter der ABC-Melde- und -Auswertestelle (AMAsT)	17. 2. — 28. 2.	(17. 1. 75)
A 12	Ausbildungslehrgang Netz-Kabel für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppen	17. 2. — 28. 2.	(17. 1. 75)
A 13	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	3. 3. — 7. 3.	(31. 1. 75)
A 14	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes	3. 3. — 7. 3.	(31. 1. 75)
A 15	Ausbildungslehrgang Netz-Kabel für Truppführer-Anwärter der E-Gruppen	3. 3. — 7. 3.	(31. 1. 75)
A 16	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppen	3. 3. — 7. 3.	(31. 1. 75)
A 17	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	10. 3. — 21. 3.	(7. 2. 75)
A 18	Ausbildungslehrgang zum Leiter der ABC-Melde- und -Auswertestelle (AMAsT)	10. 3. — 21. 3.	(7. 2. 75)
A 19	Sonderlehrgang I für Sprengmeister-Anwärter des Bergungsdienstes	10. 3. — 21. 3.	(7. 2. 75)
A 20	Sonderlehrgang „Elektroschweißen Stufe III“ (Rohrschweißerprüfung E-RIg DIN 8560)	10. 3. — 21. 3.	(7. 2. 75)
A 21	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der AÖ-Gruppen	10. 3. — 21. 3.	(7. 2. 75)

A 22	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Bergungsdienst	17. 3. — 27. 3.	(28. 2. 75)
A 23	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Fernmeldedienst	17. 3. — 27. 3.	(28. 2. 75)
A 24	Besondere Ausbildung der Bereitschaftsführer-Anwärter des Sanitätsdienstes	1. 4. — 11. 4.	(28. 2. 75)
A 25	Sonderlehrgang „Gasschweißen Stufe II“ (Rohrschweißerprüfung G-RI m DIN 8560)	1. 4. — 11. 4.	(28. 2. 75)
A 26	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppen	1. 4. — 11. 4.	(28. 2. 75)
A 27	Ausbildungslehrgang für Führungskräfte des Veterinärdienstes	7. 4. — 11. 4.	(7. 3. 75)
A 28	Ausbildungslehrgang für Führer einer Führungsgruppe „Bereitschaft“	7. 4. — 11. 4.	(7. 3. 75)
A 29	Sonderlehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“	14. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 30	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“	14. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 31	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter des ABC-Dienstes	14. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 32	Sonderlehrgang „Elektroschweißen Stufe I“	14. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 33	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der GW-Gruppen	14. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 34	Ausbildungslehrgang für Unterführer-Anwärter des Veterinärdienstes	21. 4. — 25. 4.	(14. 3. 75)
A 35	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal der KS-Schulen der Länder „Die Genfer Abkommen“	28. 4. — 30. 4.	(28. 3. 75)
A 36	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppen	28. 4. — 3. 5.	(28. 3. 75)
A 37	Sonderlehrgang „Schaltanlagen“	28. 4. — 3. 5.	(28. 3. 75)
A 38	Sonderlehrgang „Genfer Abkommen“ für Führungskräfte aller Fachdienste	5. 5. — 7. 5.	(28. 3. 75)
A 39	Fortbildungslehrgang „Methodik und Didaktik“ für das Lehrpersonal der KS-Schulen der Länder BW, HB, NRW, RP und SH	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 40	Ausbildungslehrgang für Führer von Erkundungstrupps	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 41	Ausbildungslehrgang für Führer einer Führungsgruppe „Bereitschaft“	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 42	Fortbildungslehrgang für Führungskräfte des Veterinärdienstes	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 43	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Truppführer-Anwärter der E-Gruppen	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 44	Sonderlehrgang „Gasschweißen Stufe III“ für geprüfte Rohrschweißer	12. 5. — 16. 5.	(11. 4. 75)
A 45	Fortbildungslehrgang „Methodik und Didaktik“ für das Lehrpersonal der KS-Schulen der Länder BY, HH, HE, NI, SL sowie Berlin	20. 5. — 24. 5.	(18. 4. 75)
A 46	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppen	20. 5. — 24. 5.	(18. 4. 75)
A 47	Sonderlehrgang „Genfer Abkommen“ für Führungskräfte aller Fachdienste	21. 5. — 23. 5.	(18. 4. 75)
A 48	Ausbildungslehrgang für Führer einer Führungsgruppe „Bereitschaft“	2. 6. — 6. 6.	(30. 4. 75)
A 49	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im ABC-Dienst	2. 6. — 13. 6.	(30. 4. 75)
A 50	Sonderlehrgang I für Sprengmeister-Anwärter des Bergungsdienstes	2. 6. — 13. 6.	(30. 4. 75)

A 51	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter der Fernmelde-Einheiten (FMZ)	2. 6. — 13. 6. (30. 4. 75)	H 3	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau I“	13. 1. — 17. 1. (20. 12. 74)
A 52	Sonderlehrgang „Aluminiumschweißen“	2. 6. — 13. 6. (30. 4. 75)	H 4	Sonderlehrgang I „Behelfsbrückenbau-Leiter“	13. 1. — 17. 1. (20. 12. 74)
A 53	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	9. 6. — 13. 6. (6. 5. 75)	H 5	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau III“ (mit vorbereitetem Gerät)	20. 1. — 24. 1. (20. 12. 74)
A 54	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung (Berkefeld-Anlage)“	9. 6. — 13. 6. (6. 5. 75)	H 6	Sonderlehrgang „Stegebau“	27. 1. — 31. 1. (6. 1. 75)
A 55	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung (Krupp-Anlage)“	9. 6. — 13. 6. (6. 5. 75)	H 7	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer — allradgetriebene Kraftfahrzeuge	27. 1. — 31. 1. (6. 1. 75)
A 56	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ — Stufe I	16. 6. — 21. 6. (16. 5. 75)	H 8	Sonderlehrgang I für Feldköche	27. 1. — 31. 1. (6. 1. 75)
A 57	Sonderlehrgang II für Sprengmeister des Bergungsdienstes	16. 6. — 21. 6. (16. 5. 75)	H 9	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau I“	3. 2. — 7. 2. (6. 1. 75)
A 58	Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppen	16. 6. — 21. 6. (16. 5. 75)	H 10	Sonderlehrgang II für Feldköche	3. 2. — 7. 2. (6. 1. 75)
A 59	Sonderlehrgang „Genfer Abkommen“ für Führungskräfte aller Fachdienste	18. 6. — 20. 6. (16. 5. 75)	H 11	Sonderlehrgang „Vermessungsgrundlagen“	10. 2. — 14. 2. (13. 1. 75)

Lfd. von bis
Nr. Lehrgangsart (Meldeschluß)

b) Organisationsinterne Sonderlehrgänge des THW

THW-A 1	Sonderlehrgang „Allgemeiner Katastrophenschutz“ für Gruppenführer	27. 1. — 31. 1. (27. 12. 74)	H 16	Sonderlehrgang „Retten aus Wassergefahren“	3. 3. — 7. 3. (31. 1. 75)
THW-A 2	Sonderlehrgang für Leiter und Sachbearbeiter HSG 3 bei den Landesbeauftragten	28. 1. — 31. 1. (27. 12. 74)	H 17	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	3. 3. — 7. 3. (31. 1. 75)
THW-A 3	Sonderlehrgang für Leiter und Sachbearbeiter HSG 1 bei den Landesbeauftragten	5. 2. — 6. 2. (3. 1. 75)	H 18	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau II“	3. 3. — 7. 3. (31. 1. 75)
THW-A 4	Sonderlehrgang für Leiter und Sachbearbeiter HSG 4 bei den Landesbeauftragten	17. 2. — 21. 2. (17. 1. 75)	H 19	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	10. 3. — 14. 3. (7. 2. 75)
THW-A 5	Sonderlehrgang „Der Unterführer als Ausbilder“	24. 2. — 28. 2. (24. 1. 75)	H 20	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	10. 3. — 14. 3. (7. 2. 75)
THW-A 6	Sonderlehrgang für Ortsbeauftragte	25. 2. — 28. 2. (24. 1. 75)	H 21	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer — Fahrgastbeförderung	10. 3. — 14. 3. (7. 2. 75)
THW-A 7	Sonderlehrgang für Leiter und Sachbearbeiter HSG 2 bei den Landesbeauftragten	4. 3. — 7. 3. (6. 2. 75)	H 22	Sonderlehrgang I für Feldköche	10. 3. — 14. 3. (7. 2. 75)
THW-A 8	Sonderlehrgang für Ortsbeauftragte	11. 3. — 14. 3. (14. 2. 75)	H 23	Sonderlehrgang „Retten aus Wassergefahren“	17. 3. — 21. 3. (28. 2. 75)
THW-A 9	Sonderlehrgang für Verwaltungshelfer	24. 3. — 26. 3. (21. 2. 75)	H 24	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	17. 3. — 21. 3. (28. 2. 75)
THW-A 10	Sonderlehrgang „Der Unterführer als Ausbilder“	7. 4. — 11. 4. (7. 3. 75)	H 25	Sonderlehrgang „Behelfsmäßiger Wegebau“	17. 3. — 21. 3. (28. 2. 75)
THW-A 11	Sonderlehrgang für Verwaltungshelfer	21. 5. — 23. 5. (24. 4. 75)	H 26	Sonderlehrgang II für Feldköche	17. 3. — 21. 3. (28. 2. 75)
THW-A 12	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung (Berkefeld-Anlage)“	2. 6. — 6. 6. (2. 5. 75)	H 27	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	7. 4. — 11. 4. (7. 3. 75)

Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya

Lfd. von bis
Nr. Lehrgangsart (Meldeschluß)

a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes

H 1	Sonderlehrgang „Stegebau“	6. 1. — 10. 1. (13. 12. 74)	H 33	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	21. 4. — 25. 4. (14. 3. 75)
H 2	Sonderlehrgang „Vermessungsgrundlagen“	6. 1. — 10. 1. (13. 12. 74)	H 34	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau II“	21. 4. — 25. 4. (14. 3. 75)
			H 35	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	26. 5. — 30. 5. (25. 4. 75)
			H 36	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	26. 5. — 30. 5. (25. 4. 75)

H 37	Sonderlehrgang „Ölschaden- bekämpfung auf dem Wasser“	26. 5. — 30. 5. (25. 4. 75)	THW-H 3	Sonderlehrgang „Feldkochherd M 37“	13. 1. — 17. 1. (20. 12. 74)
H 38	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	2. 6. — 6. 6. (30. 4. 75)	THW-H 4	Sonderlehrgang II für Feldköche	13. 1. — 17. 1. (20. 12. 74)
H 39	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	2. 6. — 6. 6. (30. 4. 75)	THW-H 5	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“	20. 1. — 24. 1. (20. 12. 74)
H 40	Fortbildungslehrgang für geprüfte Aubo-Fahrer	2. 6. — 6. 6. (30. 4. 75)	THW-H 6	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“	3. 2. — 7. 2. (6. 1. 75)
H 41	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau II“	2. 6. — 6. 6. (30. 4. 75)	THW-H 7	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer — Fahrgastbeförderung	10. 2. — 14. 2. (13. 1. 75)
H 42	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	9. 6. — 13. 6. (6. 5. 75)	THW-H 8	Sonderlehrgang I für Feldköche	10. 2. — 14. 2. (13. 1. 75)
H 43	Sonderlehrgang „Stegebau“	9. 6. — 13. 6. (6. 5. 75)	THW-H 9	Sonderlehrgang „Feldkochherd M 37“	17. 2. — 21. 2. (17. 1. 75)
H 44	Sonderlehrgang „Aubo-Prüflehrgang“	9. 6. — 20. 6. (6. 5. 75)	THW-H 10	Sonderlehrgang II für Feldköche	17. 2. — 21. 2. (17. 1. 75)
H 45	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	16. 6. — 20. 6. (16. 5. 75)	THW-H 11	Sonderlehrgang Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“	24. 2. — 28. 2. (24. 1. 75)
H 46	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau I“	16. 6. — 20. 6. (16. 5. 75)	THW-H 12	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer — Fahrgastbeförderung	3. 3. — 7. 3 (31. 1. 75)
H 47	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	23. 6. — 27. 6. (23. 5. 75)	THW-H 13	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“	10. 3. — 14. 3. (7. 2. 75)
H 48	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	23. 6. — 27. 6. (23. 5. 75)	THW-H 14	Sonderlehrgang für Fährenführer	30. 6. — 4. 7. (30. 5. 75)
H 49	Sonderlehrgang „Vermessungs- grundlagen“	23. 6. — 27. 6. (23. 5. 75)	THW-H 15	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“ für Junghelfer	30. 6. — 4. 7. (30. 5. 75)
H 50	Sonderlehrgang I zur Vorbereitung auf die Zusatzprüfung für Seeschiff- fahrtstraßen, Küstengewässer und Nord-Ostsee-Kanal für Aubo-Fahrer	23. 6. — 4. 7. (23. 5. 75)			
H 51	Sonderlehrgang I „Behelfsbrücken- bau-Leiter“	30. 6. — 4. 7. (30. 5. 75)			

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldeschuß)	bis (Meldeschuß)
-------------	--------------	---------------------	---------------------

b) Organisationsinterne Sonderlehrgänge des THW

THW-H 1	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer — Fahrgastbeförderung	6. 1. — 10. 1. (13. 12. 74)
THW-H 2	Sonderlehrgang I für Feldköche	6. 1. — 10. 1. (13. 12. 74)

Institut für Strahlenschutz in Neuherberg

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldeschuß)	bis (Meldeschuß)
N 1	Ausbildungslehrgang im Strahlen- schutz für Führungskräfte des Veterinärdienstes	12. 5. — 16. 5. (11. 4. 75)	

Der Lehrgangszeitplan für das 2. Halbjahr 1975 der Katastrophenschutzschule des Bundes erscheint im ZS-Magazin, Ausgabe Januar 1975



Oben: Ausbildungslehrgang Netz-
Kabel in Ahrweiler.

Links: Fährbetrieb auf der Weser
bei Hoya.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Mit den Zugvögeln bin ich am Herbstanfang gen Süden gezogen, um meine neuen Dienstaufgaben in Hannover als Leiter der BSV-Landesstelle Niedersachsen zu übernehmen. Leider war es mir nicht möglich, mich von Ihnen allen persönlich zu verabschieden. Ich möchte Ihnen daher auf diesem Wege Lebewohl sagen und mich nochmals bedanken für die hervorragende Unterstützung, die Sie mir in den letzten fünf Jahren gewährten.

Obwohl es meinem Wunsch entsprach, fiel mir der Abschied von Schleswig-Holstein nicht ganz leicht. Die Aufgeschlossenheit der Menschen in diesem Land, das Verständnis für die schwierigen Probleme unserer Facharbeit, die Bereitschaft aller Stellen und Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu offener, konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit und ganz besonders das Engagement und die freiwillige Bereitschaft von Ihnen allen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch über das Normalmaß hinaus tätig zu werden, hat ein festes Band der Verbundenheit und ein besonderes Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen.

Die Aufgaben der letzten Jahre waren nicht immer ganz einfach zu bewältigen. Wenn trotzdem so hervorragende Leistungssteigerungen bei der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung erzielt werden konnten, so ist das in allererster Linie Ihnen allen, insbesondere auch den vielen ehrenamtlichen Helfern, zu verdanken, die in vielen Stunden ihrer Freizeit für den Gedanken des Selbstschutzes und des Zivil- und Katastrophenschutzes eingetreten sind. Für diesen unermüdlichen Einsatz spreche ich Ihnen nochmals meinen besonderen Dank und meine Anerkennung aus.

In der vor uns liegenden Zeit werden wir uns neuen Problemen gegenüber sehen, doch ich bin sicher, daß die Arbeit des BVS in Schleswig-Holstein mit Ihrer Hilfe auch in Zukunft vorangetrieben wird.

Schleswig-Holstein ist für mich ein besonderer Abschnitt in meinem



Landesstellenleiter Sohl (l.) nimmt das Abschiedsgeschenk der Dienststellenleiter entgegen.

Leben, an den ich noch oft zurückdenken werde — vielleicht auch, weil in diesem Land zwischen den Meeren „so vieles anders ist als anderswo“.

Ich wünsche Ihnen allen weiterhin viel Erfolg bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben und persönlich viel Glück und alles Gute.

Na denn, leewe Frünn, bliert so as ji sind un hold de Ohr'n stiev! All Tiet gode Fahrt för de „MS Schleswig-Holstein“.

Ihr Edgar Sohl

„Störenfriede“

In Schleswig-Holstein war man einmal einen anderen Weg gegangen, um die Bevölkerung auf die Sirenen-Signale und ihre Bedeutung hinzuweisen. Am 6. 9. lud die BVS-Landesstelle alle Mitglieder der Landespressekonferenz zu einem Informationsvortrag ein. Fachgebietsleiter Hoberg erläuterte die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Dabei konnten in der anschließenden Aussprache manche Zweifel ausgeräumt werden. Im Anschluß waren dann die Gäste eingeladen, das Warnamt I in Hohenwestedt zu besichtigen. Auf dem Wege dorthin hatte der BVS eine realistische Unfalldarstellung mit der Beweisführung aufgebaut, wie wichtig auch in solchen Situationen das „Selbstschutzwissen“ sei. Neben der Begrüßung und Führung der Presse durch Warnamtsleiter

Kneppenberg sendete der Norddeutsche Rundfunk im 1. Programm am 6. 9. um 11 Uhr eine Live-Sendung aus dem Warnamt, und in der „Dreh-scheibe“ des Zweiten Fernsehens wurde gegen 18.10 Uhr aus dem Warnamt berichtet. Mit dieser Aktion wurde sicher aufgrund der ausnahmslos positiven Presseartikel und der Rundfunk- und Fernsehensendung ein guter Beitrag geleistet, die „Störenfriede“ auf den Dächern einem Großteil der Bevölkerung als Notwendigkeit darzustellen.

Zwischen Nord- und Ostsee

Flensburg. Im Rathaus fand an einem Dienstagnachmittag die erste Brandschutzübung statt. Im dritten Stock wurden plötzlich die dort Beschäftigten durch dichten Qualm (Rauchpatrone) auf den Fluren und auf der Haupttreppe erschreckt. Nach zwei Minuten und 50 Sekunden war die Berufsfeuerwehr zur Stelle. Nach kaum zehn Minuten waren die Dienst-räume leer, obwohl die Haupttreppe gesperrt war und die Aufzüge nicht benutzt werden durften. Man atmete erleichtert auf, als Stadtrat Hagenau dann vor dem Rathausgebäude bekanntgab, daß alles nur eine Brandschutzübung gewesen sei.

Insel Föhr. Beim 23. Landjugendtag auf der nordfriesischen Insel Föhr wurde in Nieblum die fahrbare Zivilschutzausstellung erfolgreich eingesetzt. Die Tafelausstellung „Selbstschutz“ mit einem BVS-Informationsstand sowie Filmvorführungen waren Anziehungspunkte für die Landjugend, für die noch sehr zahlreichen Kurgäste, die Ehrengäste des zuständigen Ministeriums, der Landwirtschaftskammer sowie der Kreis- und Amtsverwaltung. Neben der Information der Besucher konnten feste Absprachen für Aufklärungsveranstaltungen und Grundlehrgänge getroffen werden.

BVS auf der „NORLA-NORKOFA“

Auch in diesem Jahr beteiligte sich der BVS wieder an der Norddeutschen

Landwirtschaftlichen Fachausstellung (NORLA) in Rendsburg, die seit dem Vorjahre mit der Norddeutschen Kommunalen Fachausstellung (NORKOFA) verbunden ist. Von der BVS-Landesstelle wurde eine Kombination von IPA-Koje, Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ und einigen besonders wirksamen Einzeltafeln in einer am Hauptbesucherstrom gelegenen großen Halle aufgestellt. Als Hauptblickfang diente inmitten des Ganzen eine realistische Darstellung einer Verletzung. Laufend wurden Filme und Tonbildschauen gezeigt. Eine Gruppe BVS-Mitarbeiter unter Leitung der FZA Schleswig-Holstein gab Auskünfte und Beratungen. Von den insgesamt rund 121 500 Messebesuchern besichtigten etwa 15 000 den BVS-Stand.

Vier Helfer ausgezeichnet

Als Anerkennung für ihre hervorragende Arbeit und für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit wurden in einer Feierstunde in der Dienststelle Schleswig der Ausbildungsleiter Erich Schneider und die

Fachlehrer Friedel Ripken, Nicolaus Erichsen und Johannes Siegwarth von Landesstellenleiter Sohl die Ehrennadel des Verbandes ausgehändigt. Dabei führte Sohl aus, daß es ohne diese ehrenamtlichen Helfer dem BVS kaum möglich wäre, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.



Ehrung in der BVS-Dienststelle Schleswig: (v. l.) J. Siegwarth, F. Ripken, Landesstellenleiter Sohl (jetzt in Hannover), N. Erichsen und E. Schneider.

HAMBURG



Seminar für Frauenverbände

Im Clubhaus der Hamburger Frauenverbände konnte Fachgebietsleiterin Frau Fietzke 25 Vorsitzende von Frauenorganisationen zu einem Info-Seminar begrüßen. Als Referenten waren Landesstellenleiter Franz Beiter und Fachgebietsleiter Kurt Bochert anwesend. Da mit diesem Seminar ein Besuch beim Warnamt I in Hohenwestedt verbunden war, gab Bochert zunächst einige organisatorische Hinweise. Landesstellenleiter Beiter sprach zu den Themen:

„Aufgaben und Ziele der Zivilverteidigung“ und „Wesen und Aufgabe des Selbstschutzes“. Nach dem Mittagessen referierte Bochert über „Die besonderen Aufgaben der Frau im Selbstschutz“.

Um 14 Uhr konnte Warnamtsleiter Ing. Kneppenbergs die Seminarteilnehmerinnen begrüßen und begann sogleich mit seinem Vortrag über den Warn- und Alarmdienst. Im Lagerraum des Warnamtes wurde klar, daß der Warn- und Alarmdienst eine der wichtigsten Einrichtungen im Rahmen des Zivilschutzes ist.

Eine sich anschließende Besichtigung des Bauwerks vermittelte einen Eindruck über die notwendige und teure technische Einrichtung eines Warnamtes. Nach der Kaffeetafel begann eine lebhaft diskutierte, bei der viele Fragen gestellt wurden. Daß

eine beeindruckende Information gelungen war, brachte die z. Z. amtierende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Frauenverbände, Frau Seiler, vom Hamburger Frauenring in einem Schlußwort zum Ausdruck. Sie versprach gleichzeitig, daß diese Thematik in den der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen z. Z. 55 Frauenverbänden weiter vertieft werden solle.

Liebe Helferinnen und Helfer!



Wieder geht ein Jahr gemeinsamer Arbeit zu Ende. Das erzielte Ergebnis ist mir Veranlassung, allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie allen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Geleistete zu danken. Die vor uns liegenden Feiertage mögen für uns alle Tage der Rückschau und der Entspannung sein.

Ein „Frohes Weihnachtsfest“ und „Leinen los“ für 1975

Ihr
Franz Beiter

H. Schaefer verabschiedet

Der Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte, Ingram Bonny, nahm das Ausscheiden seines langjährigen Mitarbeiters Herbert Schaefer zum Anlaß, zu einem Empfang in die Diensträume einzuladen.



Fachgebietsleiter Schaefer war 17 Jahre lang ununterbrochen für den Verband tätig. Bis zu seiner hauptamtlichen Verwendung als Fachgebietsleiter war er Ausbildungsleiter der Bezirks-

stelle Hamburg-Wandsbek. An Abenden und Wochenenden stand er als BVS-Fachlehrer in der Ausbildung oder als Redner in der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Herbert Schaefer will weiterhin ehrenamtlich der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte zur Verfügung stehen. So konnte Landesstellenleiter Franz Beiter ihn als „jüngsten“ ehrenamtlichen Helfer im Landesstellenbereich begrüßen und ihm im Auftrag des Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz die BVS-Ehrennadel überreichen. Als Geschenk der hauptamtlichen Bediensteten im Bereich der Dienststelle Hamburg übergab der Landesstellenleiter dem als „Leseratte“

bekanntem Herbert Schaefer zwei Bücher, verbunden mit den besten Wünschen für die weitere Zukunft. Den Wünschen des Landesstellenleiters schlossen sich im Namen aller Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte Helfer-

vertreter Günter Giese sowie Dienststellenleiter Bonny an und übergaben ebenfalls ein Buch, dazu einen Zinn-teller mit Widmung. Der Helfervertreter der Landesstelle, Hans Hohnen, wünschte Herbert Schaefer, daß er dem BVS noch lange als

ehrenamtlicher Mitarbeiter erhalten bleiben möge. Die Dankesurkunde des Bundespräsidenten wurde dem ausscheidenden Fachbearbeiter bereits anlässlich der Verabschiedung im hauptamtlichen Kreis überreicht.

Bremen



„Brandschutzwoche 1974“

Als „überwältigender Publikums-erfolg“ hat die Feuerwehr Bremen die „Tage der offenen Tür“ in den verschiedenen Feuerwachen bezeichnet, die mit Information, Vorführung und Unterhaltung anlässlich der „Brandschutzwoche 1974“ veranstaltet wurde.

Weit über 8000 Bremer besuchten die Veranstaltungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren in allen Stadtteilen der Hansestadt. Presse, Hörfunk und Regional-Fernsehen berichteten ausführlich über die Aktion im Lande Bremen. An der „Brandschutzwoche“ beteiligte

sich auch die BVS-Landesstelle. Hierzu waren von der BVS-Dienststelle Bremen 7 Helferinnen und Helfer neben ha-Bediensteten eingesetzt. Am täglich neu erstellten BVS-Informationsstand in den 6 Bremer Feuerwachen wurden 5300 Besucher durch Informationsunterlagen und in Gesprächen über Wesen und Aufgabe des Selbstschutzes informiert. Als werbewirksam erwies sich der Abdruck des Anzeigentextes „Verdammt zum Zusehen?“ auf Handzetteln mit Hinweis auf Selbstschutzgrundlehrgänge.

Neben Ortsamtsleitern, Vorständen und Mitgliedern von Bürgervereinen besuchten Bürger, Schulklassen und

Jugendliche unseren Stand. Kontakte zur Durchführung von Grundlehrgängen wurden mit einer Jugendgruppe und Schulklassen aufgenommen.

In einem Schreiben an die Landesstelle bedankte sich Oberbranddirektor Jörg Braun für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit anlässlich der Brandschutzwoche in Bremen.

Zu Gast bei der JUH

An der Eröffnung des „Ausbildungsstützpunktes Bremen Mitte“ nahmen auf Einladung der Johanniter-Unfall-Hilfe Martha Werbelow, Hermann Behrmann und Georg Jakubeit als Mitarbeiter der Landesstelle teil. In Anwesenheit zahlreicher Gäste wies Rainer Laueremann, Geschäftsführer des JUH-Kreisverbandes, in seiner Begrüßung auf die kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem BVS in der Hansestadt hin. Gleichzeitig mit der Eröffnung stellte der Kreisverband der Öffentlichkeit eine überarbeitete Konzeption zur Breitenausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe vor.

Über „Vorsorge in Grün“ informiert

Mitarbeiter der Landesstelle Bremen besichtigten in Leer die BVS-Ausstellung „Vorsorge in Grün“. Der erste Eindruck der BVS-Ausstellung zeigte, daß hier eine ganz neue, eindrucksvolle Art einer Information entworfen und aufgebaut war. Mit einem Interpreten wie Fachgebietsleiter Bredemeier wurde den Besuchern aus Bremen viel Neues mitgegeben.



Innensenator Fröhlich informiert sich über den ersten Strahlenschutzwagen der Bremer Feuerwehr. Links neben dem Senator BVS-Fachgebietsleiter Singer.

Wanderausstellung in Duisburg

Nach dem Einsatz der Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ in Remscheid (April) und Beckum (Mai) wurde die Ausstellung Ende September in Duisburg gezeigt. Auch hier liefen die organisatorischen Vorbereitungen mit der Stadt und den beteiligten Organisationen reibungslos. Das ZDF entsandte zum Eröffnungstag ein Filmteam und brachte in der Sendung „Drehscheibe“ Ausschnitte von der Ausstellung. Der WDR brachte am 22. September ebenfalls einen Hinweis auf diese Ausstellung.

Die Eröffnung wurde durch Oberstadtdirektor Dr. Caumanns und durch Ministerialdirigent Knop vom Innenministerium NW vorgenommen. Beide Referenten wiesen auf eine grundsätzliche Bereitschaft der Bevölkerung zum humanitären Dienst am Nächsten hin, doch verhinderte die Anstrengung im Beruf und der Wunsch, die Freizeit möglichst angenehm zu gestalten, häufig die Umsetzung dieser Bereitschaft in die Tat. So sei es zu wünschen, daß diese Ausstellung dazu beitrage, den Bürger zu überzeugen, daß es durchaus ratsam sei, sich wenigstens Grundkenntnisse in der Unfallverhütung, in der Ersten Hilfe und im Selbstschutz zu verschaffen. Etwa 9000 Bürger haben die Ausstellung besucht, nicht zuletzt durch die ausführliche und positive Berichterstattung der örtlichen Presse.

Die Abschlußbesprechung nach dem Abbau der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ nahm die Stadt Duisburg zum Anlaß, die Teilnehmer zu einem Empfang und einer anschließenden Besichtigung des Hafens einzuladen.

Man traf sich am traditionellen Anleger „Schwanentor“ und wurde dort vom Leiter des Amtes 38, Verwaltungsdirektor Hellmann, begrüßt. Bürgermeister, Oberstadtdirektor, Beigeordnete und andere Honoratioren der Stadt nahmen gleichfalls an der Hafenrundfahrt teil. Die Fahrt durch Europas größten Binnenhafen bei herrlichem Wetter — verbunden mit fachkundigen Erläuterungen durch den Kapitän — wird für alle ein unvergeßliches Erlebnis bleiben.

Höhepunkt waren die Vorführungen des mit modernsten Anlagen ausgestatteten Feuerlöschbootes der Berufsfeuerwehr Duisburgs. Als ein Ergebnis der Aussprachen an Bord wurde ein Informations-Seminar an der BVS-Schule Körtlinghausen vereinbart, in dessen Verlauf alle Amtsleiter der Stadt Duisburg mit den Problemen des Zivilschutzes vertraut gemacht werden sollen.

Dienststellen berichten

Köln. In Seeberg bei Köln wurde ein „Motor-Hilfs-Club-Christophorus e.V.“ gegründet. Ziel dieses Clubs ist es, in freiwilligem Einsatz an Sonn- und Feiertagen, bei Großveranstaltungen und in den Ferien in mit Funk ausgerüsteten Fahrzeugen rund um Köln Hilfe zu leisten. Die Mitglieder haben sich verpflichtet, eine intensive Ausbildung in Sofortmaßnahmen am Unfallort, in Bergung, Rettung und Brandschutz und eine zusätzliche Ausbildung in Pannenhilfe zu durchlaufen. Gründer und Initiator dieses Hilfs-Clubs ist der BVS-Berater und BVS-Helfervertreter Roth, der u. a. Träger der bronzenen, silbernen und goldenen Ehrenplakette des freiwilligen Kameradschaftsdienstes des ADAC ist.

Düren. Zwei Bediensteten des Landeskrankenhauses gelang es, einen Brand in der Kleiderkammer zu löschen. Beide sind Mitglieder der Brandschutzgruppe, die der BVS im Rahmen der Fachausbildung unterwiesen hat. Mit zwei Pulverlöschern und mit Wasser konnten die in Brand geratenen Bekleidungsstücke gelöscht werden, ehe die Feuerwehr der Stadt eintraf. Mehrfach konnte der Behördenselbstschutz des Landeskrankenhauses seine Notwendigkeit unter Beweis stellen, allein zweimal in diesem Jahr. Im April 1972 war es zu einer Brandkatastrophe gekommen, die acht Menschenleben forderte.

Gronau gibt Beispiel

Vom 14. bis 20. Oktober wurde erstmals in der Bundesrepublik für alle Feuerwehren verbindlich eine Feuerschutzwoche unter dem Motto „Der Bürger und seine Feuerwehr“

durchgeführt. Die Tatsache, daß die Feuerwehr einen festen Bestand im gemeindlichen Leben und im Katastrophenschutz hat, war für Stadtdirektor Dr. Sondermann (Gronau) Anlaß, diese Gelegenheit zu nutzen, die Feuerschutzwoche zu einer Katastrophenschutzwoche zu erweitern. Selbstverständlich wurde der Feuerwehr bei allen Veranstaltungen ein Vorrang eingeräumt. Das gemeinsam entwickelte Programm war vielseitig und sollte dem Bürger einen Einblick in die bisher getroffenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr in Notständen gewähren. Unter den zahlreichen Gästen bei der Eröffnungsveranstaltung konnte Bürgermeister Jäckel Vertreter des öffentlichen Lebens begrüßen und zusätzlich aus dem Nachbarland Holland den Chef der Berufsfeuerwehr von Eschede. Stadtdirektor Dr. Sondermann appellierte nach einem Grundsatzreferat über den Zivilschutz unter besonderer Berücksichtigung des Katastrophenschutzes an den Bürger, an den Aufgaben der Gefahrenabwehr mitzuwirken. Mit einer Ehrung und Beförderung verdienstvoller Feuerwehrmänner endete die Abendveranstaltung.

Persönliches

Das 75. Lebensjahr vollendete der langjährige Mitarbeiter Richard Opitz. Er war 1954—1956 ea. Mitarbeiter der Dienststelle Herne, 1956—1964 ha. Fachlehrer an der BVS-Schule Körtlinghausen und wurde 1965 mit der Ehrennadel des Verbandes, 1969 mit dem Bundesverdienstkreuz am Band ausgezeichnet. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand war er weiterhin bei der Dienststelle Herne ea. tätig und gleichzeitig mit der ABC-Fachausbildung beauftragt. Mit Erreichen des 75. Lebensjahres trat Opitz von allen Aufgaben zurück. Stadtkämmerer Dr. Trost dankte im Namen der Stadt für seinen selbstlosen Einsatz und seine aufopfernde Tätigkeit im Katastrophenschutz für die Bevölkerung der Stadt Herne. Die Landesstelle möchte Gelegenheit nehmen, Herrn Opitz für seine langjährige und von bestem Erfolg getragene Mitarbeit zu danken und ihm noch weitere Jahre in guter Gesundheit zu wünschen.



Landesstellenleiter (r.) Kopsieker überreicht dem ausscheidenden Dienststellenleiter eine Ehrengabe.

A. Hüsgens verabschiedet

In einer kleinen Feierstunde wurde der Leiter der BVS-Dienststelle Wuppertal, Alfred Hüsgens, mit Erreichen der Altersgrenze durch Landesstellenleiter G. Kopsieker verabschiedet. Nach zweijähriger ehrenamtlicher Tätigkeit bei der Dienststelle Wuppertal wurde er 1954 hauptamtlich als Fachberater übernommen und 1966 mit der Leitung der Dienststelle beauftragt. Landesstellenleiter Kopsieker würdigte seine Verdienste beim Aufbau der Dienststelle und bei der Information und Ausbildung von Bevölkerung, Bediensteten von Behörden und Verbänden.

BADEN~WÜRTTEMBERG



Helfer ausgezeichnet

Der BVS-Beauftragte Lothar Albert von der Dienststelle Tübingen nahm an den Internationalen Märschen in Nijmegen zum 5. Mal teil. Innerhalb von vier Tagen mußte Albert eine Strecke von 200 km zurücklegen. Für die erfolgreiche fünfte Teilnahme wurde er vom Königlich Niederländischen Bund für Leibeserziehung mit dem Silbernen Kreuz am Bande ausgezeichnet.

An diesen Leistungsmärschen nahmen Militärgruppen, Rotkreuzgruppen, Zivilschutzgruppen und Einzelteilnehmer aus über 22 Staaten teil; sogar aus Papua-Neuguinea. Obwohl viele Länder mit starken Zivilschutzgruppen vertreten waren, beteiligten sich keine Gruppen aus der Bundesrepublik Deutschland daran. Albert würde gern eine Gruppe des BVS zusammenstellen und leiten und würde sich freuen, wenn Interessenten sich melden würden.

50. Hausschutzraum

Dieser Tage konnte die Dienststelle Freiburg einen schönen Erfolg buchen, ihre intensive Öffentlichkeitsarbeit war nicht ohne Resonanz geblieben. Wie vom ea. Bauberater der Dienststelle, Dieter Brotz, zu erfahren war, wird demnächst der 50. Hausschutzraum des Grundschutzes im Beratungsbereich der Dienststelle Freiburg

errichtet. Damit sind seit Bekanntgabe adäquater Zuschüsse aus Bundesmitteln — seit dem 23. August 1970 — 1270 Schutzplätze geschaffen worden. Diese 50 Schutzräume sind allerdings über eine Fläche von 392 Quadratkilometern verteilt.

Nach Auffassung von Bauberater Brotz wird sich leider in absehbarer Zeit kein wesentlich dichteres Schutzraum-Netz schaffen lassen, denn der Rotstift ist auch beim Hausschutzraum-Etat am Werk.

Ausstellung im Rathaus

In Allensbach (Landkreis Konstanz) wurde der Tag des Zusammenschlusses der Gemeinden Kaltbrunn, Langenrain und Allensbach mit Ausstellungen und Veranstaltungen durchgeführt. Der Bürgermeister bat auch die Dienststelle Konstanz um Unterstützung, die an einem Nachmittag eine Tafelausstellung mit Filmvorführungen im Rathaus vorführte. 296 Besucher konnten gezählt werden. Wenn man berücksichtigt, daß nur drei Stunden zur Verfügung standen und andere Organisationen ebenfalls mit Ausstellungen vertreten waren, kann man die Besucherzahl als Interesse des Bürgers am Selbstschutz der Bevölkerung werten. Laufende Gespräche und Beratungen mit Besuchern ließen klar erkennen, daß die Bürger die Notwendigkeit der Selbsthilfe, also des Selbstschutzes, bejahen. Die Gemeinde

Allensbach hat sich für diese Ausstellung bedankt und um weitere Unterstützung beim Aufbau des Selbstschutzes gebeten.

Alarm im Fernmeldeamt

Beim Fernmeldeamt Konstanz wurden zwei Übungen durchgeführt. Im 16stöckigen Gebäude übten Brandschutzgruppe und Sanitätsstaffel gemeinsam. Die Dienststelle Konstanz hatte gemäß Übungsanlage den Einsatz aller Selbstschutzkräfte geplant. Angenommen wurde eine Explosion im 15. Stockwerk.

Nach Alarmierung der genannten Kräfte verlief der Einsatz planmäßig. Die Angehörigen der Gruppen und der Staffel erkannten in der anschließenden Übungsbesprechung ihre Fehler und Schwächen und vermieden diese bei einer anschließenden Wiederholung der Übung weitgehendst. Das Ergebnis der erneuten Übungsbesprechung war die Absprache, monatlich fachliche Unterweisungen für die Selbstschutzkräfte durchzuführen.

Am Nachmittag wurde für alle Angehörige des Fernmeldeamtes eine Alarmübung durchgeführt. Nach akustischer Alarmierung wurde das Gebäude innerhalb von 6 Minuten geräumt. Die Ergebnisse beider Übungen ließen Wiederholungen wünschenswert erscheinen — trotz guter Ergebnisse.

Jetzt zur Mitarbeit bereit

Ihre Eindrücke von einem Zivilschutz-Seminar mit Hausfrauen schildert nachstehend eine „Nur“-Hausfrau und Mutter:

Das Wort BVS ist für viele Menschen ein großes Fragezeichen, und ein solches war es bisher auch für mich. Wann macht man sich als Hausfrau schon einmal Gedanken über Gesetze, wie sie zustandekommen und wozu sie nützen sollen; oder über die sogenannten Notstandsgesetze. Die Generation, der ich angehöre, ist doch so ziemlich sorglos aufgewachsen. Was ist Zivilschutz, erweiterter Katastrophenschutz oder Selbstschutz? Fragen, die sich kaum jemand vorgelegt hat. Diese Informationstagung hat dazu beigetragen, daß ich mich mit diesen Problemen beschäftige.

Alein die Besichtigung eines Warnamtes — es war das Warnamt VI bei Usingen — ist für einen Laien beeindruckend. Hier wurde uns endlich klar, warum Probealarm in der Bundesrepublik durchgeführt wird und welche Bedeutung die einzelnen Alarmzeichen haben. Wenn man als „Normalbürger“ Probealarm hört, denkt man sich weiter nichts dabei und hält ihn im Friedensfalle bestenfalls für eine nichtssagende Angelegenheit, die nur einige wenige angeht. Aber nach dieser Aufklärung im Warnamt VI ist mir klar geworden, daß es dringend notwendig ist, sich für den Katastrophenfall zu wappnen.

Während der Tagung wurde uns verdeutlicht, welche Aufgaben gerade uns als Hausfrauen im Rahmen des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, zufallen. Denn wem — außer uns Frauen — obliegt es, im häuslichen Bereich Vorsorge zu treffen? Sei es Vorratsbewirtschaftung, Erste Hilfeleistung im häuslichen Bereich, Nachbarschaftshilfe und ähnliches. Ich habe erstmals etwas über Aufbau und Ziele des BVS gehört, bei dem es sich nicht nur um eine kleine Organisation handelt, sondern dessen Arbeit sich in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Behörden und Betrieben über das gesamte Bundesgebiet erstreckt. Eine Organisation, die in Zeiten, in denen die Bürger sorglos leben, Vorsorge für den Ernstfall trifft. Ich kann hier unmöglich alle Neuigkeiten wiedergeben, die diese

Tagung für mich gebracht hat. Es würde auch den Rahmen dieses kurzen Rückblicks sprengen, wollte ich alle Eindrücke, die ich in diesen zwei Tagen gewonnen habe, schildern. Ich wollte vielmehr durch diese Zeilen einmal darauf hinweisen, wie wichtig und notwendig derartige Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit ist. In Anbetracht dessen, was ich dort gehört habe, kommt für mich persönlich an erster Stelle die aktive Mitarbeit im Selbstschutz in Frage. Ich halte es daher für erforderlich, daß solche Veranstaltungen verstärkt durchgeführt werden, um einem möglichst großen Teil der Bevölkerung die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Vorsorge näher zu bringen. Daher zum Abschluß meine Bitte an die Verantwortlichen: Ermöglichen Sie möglichst vielen Hausfrauen eine Teilnahme an einer Informationstagung! Es wäre schade, wenn in Zeiten der allgemeinen Sparsamkeit solch' wichtige Arbeit unterbleiben würde.

Diese Informationstagung hat mich dermaßen beeindruckt, daß ich fest entschlossen bin, mich auf diesem Gebiet weiterzubilden und als Helferin beim BVS tätig zu werden.

U. H.

BVS-Übung mit ASB

Tag für Tag kommt es auf unseren Straßen zu Verkehrsunfällen, bei denen nicht nur Sachschäden entstehen, sondern auch Menschenleben in Gefahr kommen. In einer gemeinsam mit dem Arbeiter-Samariter-Bund von der BVS-Dienststelle Darmstadt auf ihrem Übungsgelände durchgeführten Übung ging es um die Bergung von Verletzten aus umgestürzten Fahrzeugen, um das Löschen brennender Autos sowie um das Ersticken brennender Bekleidung der Insassen. Den ASB-Helfern wurden vom BVS-Ausbildungsleiter Willi Roth Hinweise für die Rettungsmaßnahmen gegeben. Es wurde dabei auch ein Hebekissen vorgeführt, mit denen Fahrzeuge des ASB ausgerüstet sind. Das Gerät ist an die Auspuffanlage angeschlossen und kann Gewichte bis zu drei Tonnen 70 Zentimeter hoch heben. Dadurch können unter einem Fahrzeug eingeklemmte Personen besser und schneller geborgen werden.

Ehrenvolle Auszeichnung

Dem Leiter der BVS-Dienststelle Marburg, Bernhard Stenzel, wurde durch den Standortältesten, Oberstleutnant Hugo Rasmus, die Ehrennadel des Verteidigungskreis-Kommandos 442 Marburg verliehen. Stenzel erhielt die Auszeichnung in Anerkennung für langjährige gute Zusammenarbeit, vor allem auf dem Sektor der Selbstschutz-Ausbildung.



Oberstleutnant Rasmus mit dem Leiter der BVS-Dienststelle Marburg, Bernhard Stenzel.

Schutzraumbau interessierte

Auf der 2. Osthessenschau in Fulda war der BVS mit einem Ausstellungsstand vertreten, der Möglichkeiten des Schutzraumbaus und seine friedensmäßige Nutzung aufzeigte. Rund 48 000 Standbesucher wurden registriert, das entsprach etwa der Hälfte aller Ausstellungsbesucher. 180 Interessenten konnten eingehend beraten werden, 40 davon erhielten eine intensive Bauberatung, 70 weitere werden folgen. Das Echo aus der Bevölkerung über den Stand des BVS war durchaus positiv. Durch Gespräche konnten weitere Kontakte geknüpft werden, die voraussichtlich zu Aufklärungsveranstaltungen und Selbstschutzlehrgängen führen. Parallel zur 2. Osthessenschau lief eine zweitägige Informationstagung mit 30 Teilnehmern aus Kreisen der Behörden und Verwaltungen. Eröffnet wurde die Tagung durch den amtierenden Landrat des Großkreises Fulda-Hünfeld, Fritz Kramer. Die Leitung lag in den Händen des Fachgebietsleiters II/1 der Landesstelle, Werner Schmitt. Wirklichkeitsnäher hätte man diesem Personenkreis das Problem Schutzraumbau nicht bringen können, als durch eine gemeinsame Besichtigung des BVS-Ausstellungsstandes auf der 2. Osthessenschau.

BVS auf der Wiesbadener HAFA

Mit rund 100 000 Besuchern ist die 24. HAFA in Wiesbaden zu einer der größten Ausstellungen für Hausfrauen im südhessischen Raum geworden. Neben den rund 300 Ausstellern mit Angeboten des täglichen Bedarfs waren auch zahl-

reiche Verbände und öffentliche Organisationen mit Informations-schauen vertreten. Der Ausstellungsstand der BVS-Landesstelle, gut plazierte im neuen Erweiterungsbau der Wiesbadener Rhein-Main-Halle, fand ein bemerkenswert großes Interesse bei den Ausstellungsbesuchern. Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wiesbaden, die den von

der Dienststelle Darmstadt optisch wie thematisch interessant zusammengestellten Ausstellungsstand betreuten, konnten im Gespräch viele leider immer noch bestehende Irrtümer über die Notwendigkeit des organisierten Selbstschutzes ausräumen und auch Interessenten für die Ausbildungsvorhaben des BVS gewinnen.

niedersachsen



Landesstellenleiter Sohl eingeführt

Im Rahmen der Dienststellenleiter-Tagung in der Schule Voldagsen wurde im Oktober Landesstellenleiter Edgar Sohl in sein neues Amt eingeführt. Abteilungspräsident Franke nahm diese Gelegenheit zum Anlaß, diesem Kreis der niedersächsischen Mitarbeiter des BVS die derzeitige Situation des Verbandes — vor allem aus der Sicht des Haushalts und der Personallage — vor Augen zu führen. Außerdem wurden Erfahrungen untereinander ausgetauscht und die Grundsätze für die Arbeit im nächsten Jahr festgelegt.

Eine Informationslücke

Insbesondere die an Seminaren der BVS-Landesstelle teilnehmenden Pädagogen weisen auf eine Informationslücke hin. Nach ihrer Erfahrung bieten z. B. Jugendoffiziere ihre Vorträge regelmäßig der Schule an und erhalten auch gern im Rahmen des Sozial- und Gemeinschaftskundeunterrichtes die gewünschte Anzahl Stunden. Darum an dieser Stelle die Bitte an alle Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit: Nehmen Sie die Anregungen auf und verwenden Sie bei Ihrem ersten Besuch den „Grünen Vortragskatalog“. Bei personellen Schwierigkeiten hilft die Landesstelle gern mit geeigneten BVS-Helfern aus.

Jubiläum

Ein Blick in die Kartei zeigt, daß viele Mitarbeiter im Bereich der Landesstelle auf eine über zehn- oder sogar 15jährige Dienstzeit zurückblicken können. Daß aber Frau Gerda Bäcker, Mitarbeiterin der Dienststelle Wilhelmshaven, in diesem Jahre still und fast unbemerkt eine 20jährige Dienstzeit im BVS vollendete, ist

dennoch besonders erwähnenswert. Frau Bäcker ist damit gleichzeitig die dienstälteste Mitarbeiterin im Bereich der Landesstelle Niedersachsen. Wir sagen ihr auf diesem Wege einen herzlichen Dank.

Führungstechnik

In einem viel beachteten Vortrag „Der Mensch in der Katastrophe — psychologische Grundlagen des Gefahrentrainings“ legte Dr. Hans Kropatscheck (Göttingen) die Verhaltensweisen in extremen Situationen und in Katastrophen dar. Den Zuhörern, es waren überwiegend Führungskräfte der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, bewies Dr. Kropatscheck, warum in Schock- und Paniksituationen die „Führung“ der betroffenen Menschen nicht allein auf den Grundlagen von Logik und Vernunft erfolgen kann. Der Informationsabend endete mit der Forderung, durch verbesserte Information und Schulung der Einsatzkräfte unwissentlich begangene Fehler durch ein praxisgerechtes, psychologisches Gefahrentraining zu vermeiden.

„Runde Sache“ in Salzgitter

An der gewerblichen Ausstellung „Treffpunkt Salzgitter“ beteiligte sich auch der BVS in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Um die Katastrophenschutz-Organisationen bei der Werbung von Helfern zu unterstützen, wurde die BVS-Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ aufgebaut. Was im Zelt als Modell zu sehen war, konnte draußen besichtigt werden, da die einzelnen Organisationen ihre Fahrzeuge aufgefahren hatten.

In einer Pressekonferenz, die vom BVS und von der Stadt Salzgitter gemeinsam einberufen wurde, würdigte Stadtdirektor Lohoff insbesondere die Bedeutung des

Katastrophenschutzes. Er begrüßte das Bemühen des Zivilschutzes, Prioritäten dort zu setzen, wo ein friedlicher Nutzen im Sinne eines modernen Umwelt- und Katastrophenschutzes schon heute erforderlich sei. Vor den Pressevertretern sprach Stadtdirektor Lohoff die Hoffnung aus, daß insbesondere der Fahrzeugbestand des Erweiterten Katastrophenschutzes in Salzgitter, der mit z. Z. 35 völlig überalterten und teilweise nicht mehr reparaturfähigen Fahrzeugen erst ein Drittel der Sollzahlen erreicht, im Sinne der Prioritäten bald eine Verbesserung erfährt.

Die während der Ausstellung gewordenen Helfer für die Katastrophenschutzorganisationen mögen als Beweis gelten, daß zumindest bei der Bevölkerung ein Engagement für diese Aufgaben an der Gemeinschaft nicht mehr vermißt werden kann.

Interesse für Vorträge von Prof. Bühl

Die Dienststelle Osnabrück organisierte in der ersten Oktoberwoche in ihrem Bereich sieben Veranstaltungen, auf denen Professor Dr. Alfons Bühl vor insgesamt 1200 Personen sprach. Die soziale Struktur der Zuhörer reichte von Dezernenten der Industrie- und Handelskammer über Betriebsinhaber und Sicherheitsingenieure der gewerblichen Betriebe, über Kreis-, Stadt- und Gemeindedirektoren, Helfer der Basisorganisationen des Landkreises und des Technischen Hilfswerkes der Stadt Osnabrück bis zu Studenten, Schülern und Hausfrauen.

Besonderen Erfolg verzeichnete ein Vortragsabend in der Aula der Fachhochschule Osnabrück für die Helfer der Basisorganisationen des Landkreises Osnabrück. Mehr als 500 Personen folgten an diesem Abend der Einladung des Oberkreisdirektors Kreft, der die Veranstaltung eröffnete.

Ehrennadel für A. Lierheimer

Architekt Alfred Lierheimer (Bamberg) wurde vom Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit der Ehrennadel ausgezeichnet. Diese Ehrung gilt einem ehrenamtlichen Helfer, dessen Einsatz für den Verband und für den Selbstschutz der Bevölkerung nach Art und Umfang außergewöhnlich ist. Vor allem als Lehrkraft bei Fachlehrgängen und Seminaren für Schutzbauberater an der BVS-Schule Tutzing und als Experte des BVS für Schutzbau bei zahlreichen Plenumsdiskussionen ist Alfred Lierheimer hochgeachtet. Als erfahrener, bewährter Architekt und BVS-Schutzbauberater wirkt er weit über den Bereich der Stadt und BVS-Dienststelle Bamberg hinaus. A. Lierheimer ist Lehrer an der Bayerischen Landesschule für Bau und Technik, Mitglied des Deutschen Atomforums und vereidigter

Sachverständiger für Schutzraumbauten.

Der Gemeinsinn lebt

Im Verlauf einer gut besuchten Arbeitsgemeinschaft, zu der die BVS-Dienststelle Erlangen die ehrenamtlichen Mitarbeiter aus dem Dienst- und Betreuungsbereich ins Kurhotel Ludwigshöhe bei Lauf eingeladen hatte, wurden von Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting verdiente und langjährige BVS-Helfer geehrt.

Für besondere Verdienste um den Aufbau des Selbstschutzes im Landkreis Lauf wurde Direktor Ambros Prucker zu Beginn der Zusammenkunft die Ehrennadel überreicht.

Als vorbildliches Beispiel lebendigen Gemeinsinnes stellte Frhr. v. Leoprechting die langjährigen und unermüdlich für die Idee des Selbstschutzes tätigen treuen, ehren-

amtlichen Mitarbeiter heraus. Ihre freiwillig erbrachte Leistung für die Allgemeinheit könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In seinem Grundsatzreferat erläuterte der Landesstellenleiter die augenblickliche Situation des BVS nach dem Fortfall der Se-Züge und der Rettungshundeausbildung. Die gegenwärtige Aufgabenstellung könne aber genauso wenig wie in der Vergangenheit auf die tatkräftige Mitarbeit der ehrenamtlichen Helfer verzichten.

Wie Dienststellenleiter Heinz Lenneps berichtete, konnten seit Bestehen der Dienststelle insgesamt 51 820 Teilnehmer bei Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen registriert werden. Zu diesem Erfolg haben die ehrenamtlichen Kräfte wesentlich beigetragen.

Ein Referat über den „Zivilschutz in unserer Welt“ und eine Tonbildschau „Mit Apollo zum Mond“ rundeten das Programm ab.

Ehrenurkunden für 15jährige Tätigkeit im BVS erhielten: Erich Beier, Hans Bloss, Gerhard Bomba, Heinrich Fuchs, Peter Pürkel und Anni Winter. Für 10jährige Treue wurden geehrt: Ferdinand Brosius, Marlis Ekkert, Andreas Horner, Hein Knaub, Herbert Lehmann, Dieter Meier, Otto Neusinger, Christel Raum, Rolf Saurien, Rudolf Schmidl und Kurt Windisch.



Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting gratuliert A. Lierheimer.

60. Geburtstag



Heinz Lenneps, seit über 12 Jahren Leiter der BVS-Dienststelle Erlangen, konnte am 21. Oktober seinen 60. Geburtstag begehen. Unter seiner Leitung vollzog sich der Aufbau

der Dienststelle und gewann der BVS Anerkennung im Dienstbereich. Als langjähriges Mitglied im Bezirkspersonalrat und Vertrauensmann der Schwerbehinderten genießt er die Achtung und das Vertrauen seiner Kollegen. Die große Zahl der eingegangenen Glückwünsche zu diesem Ehrentag wird angeführt von Schreiben des Landesstellenleiters Frhr. v. Leoprechting und des Oberbürgermeisters der Stadt Erlangen, Dr. Dietmar Hahlweg.

Zur Mitarbeit aufgerufen

Wie die „Frankenpost — Hofer-Anzeiger“ berichtete, ruft die BVS-Dienststelle Hof die Bürger auf, bei der Unterweisung der Bevölkerung im Selbstschutz als ehrenamtliche Helfer des BVS mitzuwirken. Dienststellenleiter Robert Schrupp betont dazu, daß die Tätigkeit eines ehrenamtlichen Helfers im BVS, insbesondere im Bereich der Ausbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, eine interessante und abwechslungsreiche Nebenbeschäftigung für Frauen und Männer ist. Die konkrete öffentliche Aufforderung zur ehrenamtlichen Mitarbeit im BVS, mit der nicht nur der Gemeinsinn der Bürger berufen wird, sondern auch ihre berechtigten persönlichen Belange angesprochen werden, ist ein erfolgverheißender Weg zur Gewinnung guter ehrenamtlicher Mitarbeiter.

Bundesverdienstkreuz am Bande für Carl Piepenbrink

Die Überreichung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an den Helfer und ehemaligen Mitarbeiter Carl Piepenbrink am 5. November in der THW-Geschäftsstelle Hannover durch Landesbeauftragten Hans Sahlender fand den großen Beifall der Gäste und der THW-Angehörigen.



Landesbeauftragter Sahlender gratuliert Carl Piepenbrink zur verdienten Auszeichnung.

Der Beifall galt Carl Piepenbrink — am selben Tage 78 Jahre alt geworden —, der in seinen Dankesworten für die Auszeichnung erklärte: „Ich habe doch nur meine Pflicht getan. Wir haben das THW als unsere Lebensaufgabe angesehen!“ Wir — das waren die vom TN- und THW-Gründer Otto Lummitzsch für den Aufbau in Niedersachsen eingesetzten Männer LB Fenselau, Degenhardt, Opitz und Piepenbrink.

Im Jahre 1921 ist er bereits Helfer der Technischen Nothilfe geworden, und während des Krieges war er hauptamtlich bei der Vorläuferin des THW tätig. Mit dieser Erfahrung aus vielfältigen freiwilligen und hauptamtlichen Einsätzen trat Piepenbrink — „der Mann, der die Piepen bringt“, wie Kreisbeauftragter Froin nuanciert erinnerte — im Jahre 1952 hauptamtlich als Verwaltungsprüfer des Landesverbandes Niedersachsen in das aufzubauende THW ein. Viel Arbeit gab's und wenig Mittel. Aber die Begeisterung für den humanitären Auftrag ließ den bewährten Mann nicht los. Auch nicht, als er sich mit 70 Jahren pensionieren ließ. Von 1968 bis 1971 nahm er noch das Amt des Ortsbeauftragten für Hannover wahr. Heute hat er wieder das Ehrenamt des Helfers inne, so, wie er es schon viele und auch schwere Jahre in seiner ersten TN-Zeit innehatte.

So rundet sich das bemerkenswerte Bild einer Persönlichkeit, die mit Herz und Verstand, durch opferbereite Mitarbeit in TN und THW diente, und zwar denjenigen, die diesen Dienst brauchten, wenn Not war. Lange 53 Jahre TN/THW-Dienst, eine Leistung, die der Bundespräsident jetzt besonders anerkannt hat.

Wolf

und des unter seiner Leitung stehenden Lindauer THW's hervor. Oberbürgermeister Josef Steuerer, Lindau, sprach die Hoffnung aus, daß Harder seine Initiative und sein Durchhaltevermögen auch in Zukunft behalten möge. Landesbeauftragter Schwarz würdigte die Person Harders als vorbildlichen Menschen und beispielhaften THW-Helfer. Willi Harder hatte im Jahre 1955 die Aufgabe übernommen, den Ortsverband Lindau zu gründen und aufzubauen. Seiner Persönlichkeit ist es zu danken, daß sich der Ortsverband Lindau — trotz anfänglicher Widerstände in der Öffentlichkeit — im Laufe der Jahre zu einem der aktivsten und zuverlässigsten Ortsverbände im Landesverband Bayern entwickelte.

Trotz starker beruflicher Belastungen hat er seit 1955 ununterbrochen — unter großen persönlichen Opfern — durch sein Beispiel die Helfer aller Jahrgänge immer wieder für die Aufgaben des THW begeistern können. Selbst im Jahre 1961, als er zum Leiter des Städtischen Tiefbauamtes Lindau berufen wurde, hat er seinen Ortsverband mit zahlreichen Einsätzen und technischen Hilfeleistungen unverändert weitergeführt und damit seinen nie erlahmenden Idealismus unter Beweis gestellt.

Beim Neubau der Unterkunft des Ortsverbandes Lindau im Jahre 1970/71 hat Harder außergewöhnliche Leistungen und Führungsqualitäten bewiesen. Ohne sein nie erlahmendes, hervorragendes Beispiel wäre die Unterkunft mit den relativ geringen, zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln in der heutigen Gestalt undenkbar.

-Sche.-

Bundesverdienstkreuz am Bande für Willi Harder



Von links: Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz, OB Willi Harder, Staatsminister Dr. Heubl und Lindaus Oberbürgermeister Steuerer.

Im Auftrage des Bundespräsidenten überreichte Staatsminister Dr. Franz Heubl am 24. Oktober dem Ortsbeauftragten des THW für Lindau, Willi Harder, das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Willi Harder ist der erste Ortsbeauftragte in Bayern, der damit für sein Wirken im THW geehrt wurde, wie der Landesbeauftragte des THW für Bayern, Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz, in seiner, die Verdienste Harders würdigenden Ansprache ausführte.

Staatsminister Dr. Heubl hob den beispielhaften Idealismus Harders

Rundfrage

Wegen Vorschriften, Berichten im ZS-Magazin, Dienststellungskennzeichen, Freistellung vom Wehrdienst und anderem mehr wendet sich H. R. Brauner in einem Brief an die THW-Leitung.

Gern würde ihm die THW-Leitung antworten, aber leider weiß sie nicht, wie die Antwort adressiert werden soll, denn im Eifer vergaß der Schreiber des Briefes die Absenderangaben. Ob er sie wohl jetzt nachholt?

Landeswettkampf 1974

Am 28. September wurde der Leistungswettkampf des Landesbeauftragten mit 7 AÖ-Gruppen aus den Bezirksverbänden auf der Stadtparkwiese in Hamburg-Altona durchgeführt.

Die Aufgabenstellung war dem Bereich der Zweitaufgabe für THW-Gruppen — Arbeiten mit Pumpen — entnommen und den Wettkampfteilnehmern seit Monaten bekannt. Die Voraussetzungen waren für alle Gruppen sowohl personell als auch gerätemäßig gleich; ein jeder konnte sich also entsprechend vorbereiten.

Am Vortage war bis in die späten Abendstunden hinein unter teils sehr ungünstigen Witterungsbedingungen der Aufbau der Wettkampfbahnen, der Ausstellungs- und Festzelte durchgeführt worden. Am Samstag, pünktlich um 10 Uhr, begann das umfangreiche Programm mit der Begrüßung der Gäste und Teilnehmer durch Landesbeauftragten Trautvetter.

40 Ehrengäste, u. a. Vertreter der Behörden für Inneres, des Bezirksamtes Nord, der Berufsfeuerwehr, des Hauptverwaltungsbeamten, der Polizei, der Freiwilligen Feuerwehr, der Bundeswehr, der San.-Organisationen, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Parteien, der Industrie sowie der THW-Landesverbände aus Berlin, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein waren gekommen, um an diesem Tag, dem „Tag des THW 1974“, dabei-zusein. Neben diesen Gästen konnten insgesamt 400 Aktive und Zuschauer gezählt werden.

Anschließend begannen die Vorführungen in den einzelnen Stationen, die einen breiten Überblick von der Grundausbildung über die einzelnen Fachdienste bis zur Spezialisierung gaben.

Pünktlich um 13 Uhr begann der eigentliche Wettkampf, nachdem zuvor die Bahnen ausgelost worden waren. Die Wettkampfleitung, die gleichzeitig auch das Schiedsgericht bildete, setzte sich aus 7 Schiedsrichtern — Zugführer der Instandsetzungszüge Hamburg — und 7 Schiedsrichtern des OV Büsum — Patenschafts-OV des BV Hamburg-Nord — zusammen. Die Leitung hatte der ehemalige Landesbeauftragte und



Landesbeauftragter Trautvetter überreicht dem Gruppenführer der siegreichen Gruppe des BV Hamburg-Altona den Wanderpokal.

jetzige Warnamtsleiter Kneppenberg übernommen.

Die Schiedsrichter hatten anhand einer vorbereiteten Bewertungstabelle Fehlerpunkte zu vergeben, wobei u. a. das Auftreten der Gruppe, die Einhaltung der UVV, der Einsatz der Geräte, der Bau von Zusatzeinrichtungen für die Durchführung der einzelnen Abschnitte sowie der Rückbau und das ordnungsgemäße Verladen der Geräte in die Bewertung einfließen. Nach 60 Minuten mußte die Aufgabe erfüllt sein, bis zur 75. Minute gab es bei Nichterfüllung zusätzlich Fehlerpunkte, danach wurde abgebrochen. Alle Gruppen hatten jedoch ihre Aufgabe innerhalb der 75 Minuten abgeschlossen.

Das Schiedsgericht benötigte 30 Minuten, um die Sieger und die Plazierten festzustellen, wobei als besonderer Umstand ein während des Wettkampfes aufziehendes kurzes Unwetter zu berücksichtigen war. Gegen 15 Uhr konnte der Landesbeauftragte den Sieger, die AÖ-Gruppe des Instandsetzungszuges 255 aus dem BV Hamburg-Altona, beglückwünschen und den Wanderpokal des LB mit Urkunde überreichen.

Den zweiten Platz belegte die Gruppe des BV Hamburg-Eimsbüttel. Das Mitglied des Landesausschusses,

Bezirksbeauftragter Klock, überreichte den Helfern ein Gemeinschaftsgeschenk der Bezirksbeauftragten und Geschäftsführer, die Nachbildung eines Verteilerstückes sowie eine Urkunde.

Der BV Hamburg-Wandsbek, im Vorjahr Sieger des Wettbewerbs, erreichte den dritten Platz. Eine Urkunde aus der Hand des Landesbeauftragten sowie Glückwünsche waren Lohn und Anerkennung zugleich. In seiner Siegerehrung verpflichtete LB Trautvetter alle Teilnehmer, sich auf den Leistungswettkampf 1975 vorzubereiten und den guten diesjährigen Leistungen weitere folgen zu lassen.

Die Tagespresse hat in mehreren Artikeln über die Vorbereitung und Durchführung berichtet und das gute Ergebnis gewürdigt. Insgesamt darf die Veranstaltung als gelungen angesehen werden. Die Gesamtleitung lag in den Händen des Mitarbeiters im HSG 1 Siebert. Allen Helferinnen, Helfern, hauptamtlich Bediensteten und Freunden des THW sei an dieser Stelle nochmals für die Unterstützung bei der diesjährigen Veranstaltung, die sehr positiv von der Bevölkerung und von den Helfern aufgenommen worden ist, Dank gesagt. — Der nächste Leistungswettkampf kündigt sich bereits an.

Erster Bailey-Brückenbaulehrgang

Der Spezial-Brückenbauzug beim Bezirksverband Tiergarten/Wedding, der jahrelang an dem beim Senator Bau-Wohnen vorhandenen D-Brückenbaugerät ausgebildet wurde, konnte in diesem Jahr erstmalig an dem im THW bekannten Bailey-Brückenbaugerät üben.



Belastungsprobe nach Abschluß der Montage.

Eine alte Bailey-Brücke, die seit Ende des Krieges über den Britzer Kanal führte und mit dem jenseitigen Ende auf Ostberliner Gebiet auflag, konnte

nun nach Verhandlungen mit der DDR abgebaut werden. Das Gerät wurde überholt und soweit notwendig komplettiert. Es steht jetzt dem THW für Übungszwecke zur Verfügung.

22 Helfer des BV Tiergarten/Wedding und 2 Lehrer der Katastrophenschutzschule Hoya übten eine Woche lang unter Leitung des THW-Ausbilders Aierstock vom OV Biberach an der Riß. Er konnte durch Vermittlung des LV VIII für diesen Lehrgang gewonnen werden. Nach einer theoretischen Einführung und den Vorbereitungen an der Brückenstelle wurde eine einstöckige, zweiwandige Brücke mit 7 Feldern errichtet. Sonderbauweisen — wie zweistöckig, zweiwandig und dreiwandig — wurden übungsmäßig an 2 Feldern montiert.

Beamte der Senatsdienststellen Bau-Wohnen und Inneres und der Berliner Polizei verfolgten mit großem Interesse diesen Brückenschlag und äußerten sich sehr befriedigt über die gebotenen Leistungen. Das THW Berlin ist nun gerüstet und in der Lage, bei Einsätzen mit dem Bailey-Brückenbaugerät eine gut ausgebildete Mannschaft zu stellen. G. B.

diese Übung einen realistischen Rahmen. Die Verletzendarsteller haben auch mit „Blut“ nicht gespart, und Ströme des Lebensaftes färbten den Bus rot. Dies war die Situation, als die Rettungstrupps des DRK und die Bergungseinheiten des THW an der Einsatzstelle eintrafen.

Um das ganze Ausmaß des Unglücks übersehen zu können, mußte die Schadensstelle ausgeleuchtet werden. Parallel hierzu lief die Bergung der „Verletzten“, die aus dem Bus herausgeschleudert waren bzw. durch die Fenster des Busses leicht befreit werden konnten. Das DRK errichtete ein Lazarettzelt, in dem die geborgenen „Verletzten“ bis zum Abtransport ins Krankenhaus versorgt und betreut wurden.



Die Unfallsituation war äußerst realistisch dargestellt.

THW und DRK übten Ernstfall



THW-Helfer beginnen mit der Bergung der „Verletzten“.

In der dunklen Abgeschiedenheit der Insel Eiswerder bot sich den wenigen Passanten ein gespenstiges Bild. Bei einem Ausweichmanöver

war ein Doppeldecker-Bus mit einem Pkw kollidiert und umgestürzt. Verzeufelte Schreie und Stöhnen der Verletzten gaben der Szenerie für

Mit Trennschleifern wurden Öffnungen in den Bus geschnitten, durch die die „Schwerverletzten“ liegend auf Tragen geborgen werden konnten. Abgekämpft in der drückenden Schwüle dieser Sommernacht wurden nach und nach 28 „Verletzte“ und 2 „Tote“ durch die Kräfte des THW und DRK geborgen. Schließlich mußte der schwere Bus auch wieder aufgestellt und abgeschleppt werden. Damit war eine Aufgabe einer Wochenendübung des BV Spandau mit Erfolg abgeschlossen worden. Ein Dank sei auch den Kameraden des ASB gesagt, die am Rande des Geschehens in Bereitschaft standen, um bei wirklichen Verletzungen rasch Erste Hilfe leisten zu können.

G. Brühl

Verwüstung durch Hagelschlag

Nachts gingen in Teilen des Landkreises Grafschaft Hoya starke Gewitter nieder. Dabei trat teilweise ein Hagelschlag auf, wie er in dieser Gegend noch nie erlebt wurde.

Hagelkörner in der Größe von Tennisbällen — bei einem wurde ein Durchmesser von zwölf Zentimetern gemessen — durchschlugen Dachziegel und die Glasabdeckungen von Gewächshäusern, sie verbeulten Autos und Wohnwagen und fügten den landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien in diesem Gebiet starke Schäden zu. Das Dach einer Turnhalle wurde nahezu durchsiebt, und die auf den Hagelschlag folgenden Regenmengen verursachten eine Wasserhöhe von mehreren Zentimetern auf dem Hallenboden. In einem Gartenbaubetrieb in der Gemeinde Twistringen wurde an den Gewächshäusern ein Schaden verursacht, der weit über hunderttausend Mark liegt. Der Wert der zerstörten Pflanzen wird nochmal mit der gleichen Summe angegeben. Die Betroffenen, die zum größten Teil gegen eine derartige Katastrophe nicht versichert waren und ein zweites Mal innerhalb von zwei Jahren geschädigt wurden, hatten die Hilfe der Mitbürger sehr nötig. Der Landkreis gab Katastrophenalarm. Die THW-Ortsverbände Syke, Hoya und Bassum standen schon im Einsatz. Vom 19. bis zum 21. August leisteten 35 Helfer 1329 Arbeitsstunden. Die Art der Arbeit bestand im Abdecken und Sichern von Dächern bzw. Häusern, hauptsächlich Gewächshäusern, deren Glasabdeckung teilweise kreisrunde Löcher aufwies, an denen man die Durchschlagskraft der Eisbrocken erkennen konnte.

Bei diesem Einsatz zeigte sich allerdings, wie notwendig Funkgeräte für einen wirkungsvollen Einsatz in einem weitläufigen Gebiet sind. Da dem THW dort kein Funkgerät zur Verfügung stand und an den Einsatzorten häufig kein Telefon in der Nähe war, mußte in diesem Falle der THW-Geschäftsführer die verschiedenen Einsatzstellen anfahren, um die Anordnungen der Einsatzleitung zu überbringen. Es hat sich gelohnt, der Bevölkerung konnte wertvolle erste technische Hilfe gebracht werden.

H. Wiese

Blockhaus für Kinder

Wolfsburger Helfer griffen zu, als sie von den Sorgen der Kindergartenleiterin erfuhren. Ein Blockhaus wurde benötigt. 120 Kinder werden es jetzt am Fuße ihres Rollerberges benutzen können. Die Helfer haben das robuste Haus zusammen mit Vätern der dort betreuten Kinder in wenigen Arbeitstagen errichtet. Erfahrung in der Holzbearbeitung hatten sich die THW-Männer kürzlich erst wieder angeeignet, als sie für Fußgänger die Aller mit einem Holzbau überbrückten. Das Wolfsburger Stadtblatt hat anerkennend registriert, wie sinnvoll die THW-Mannschaft ihr Werkzeug einzusetzen weiß.

Wolf



Blick auf das Ausstellungsgelände auf dem Marktplatz Wolfenbüttel.

20 Jahre OV Wolfenbüttel

Der OV Wolfenbüttel feierte sein 20-jähriges Bestehen. Für die Öffentlichkeit hatte der Ortsverband eine groß angelegte Demonstrationsschau auf dem romantischen Stadtmarkt vorbereitet.

Schon Tage vorher gaben Schaufenster eines großen Textilhauses einen Einblick in den Tätigkeitsbereich und die Ausrüstung des Wolfenbütteler Technischen Hilfswerkes.

Dezernent Matzel vom Verwaltungspräsidium Braunschweig lobte die mustergültige Ausstattung des Ortsverbandes, der mit dieser Schau seine Schlagkraft unter Beweis stellte. Insbesondere hob er die gute personelle Besetzung der verschiedenen Züge und das umfangreiche Fachwissen der einzelnen Helfer hervor.

Ein besonderes Interesse rief die Trinkwasseraufbereitungsanlage des Landes Niedersachsen hervor, die

einer Braunschweiger „Spezialgruppe“ zur Verfügung gestellt worden ist. In zahlreichen Auslandseinsätzen, so vor allem bei Hochwasser- und Erdbebenkatastrophen, hat sie uneingeschränkt ihre Bewährungsprobe bestanden.

Das nicht gerade saubere Wasser der Oker wurde durch Spezialfilterung der Anlage glasklar, und nach vielen Jahren hatten die Wolfenbütteler wieder einmal Gelegenheit, reines Okerwasser trinken zu können.

Der ABC-Zug führte u. a. das Spüren und Kennzeichnen von Gefahrengebieten und Atemschutzgeräte vor. Der motorisierte Fernmeldezug machte die Besucher mit dem Funk- und Fernsprechbetrieb bekannt. Über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und Aufgabenstellungen des THW informierte in Form von Übungen der Bergungszug. Eine weitere Attraktion war auch die Vorstellung des Prototyps eines Gerätewagens für den Bergungsdienst.

Einen heiteren Aspekt in die recht umfangreiche Veranstaltung setzte der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Dettum mit seinen Beiträgen sowie ein Luftballon-Preisfliegen für die Kinder.

Schon am Vorabend trafen sich die Helfer mit viel örtlicher Prominenz im Renaissancesaal des Schlosses Wolfenbüttel, um mit einem Kameradschaftsabend den „20. Geburtstag“ des Ortsverbandes zu feiern.

Kreis- und Ortsbeauftragter Karl Heinz Markmann freute sich, einen so großen Kreis von Gästen willkommen heißen zu können, so u. a. Bürgermeister, Vertreter der Stadt, des Landkreises, des niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Braunschweig, der Polizei, der Bundeswehr, der Hilfsorganisationen, der Parteien und anderer THW-Ortsverbände des Betreuungsbereiches Braunschweig.

Sein besonderer Gruß galt den Ehefrauen der aktiven Helfer; ohne ihr Verständnis für die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Männer sei die Arbeit des THW — so OB Markmann — nicht denkbar. Mit großer Freude stellte er fest, daß die Aktivität im Ortsverband Wolfenbüttel wieder einen neuen Aufschwung genommen habe und sich der Ortsverband zu diesem Jubiläum dem Publikum in voller Stärke präsentieren könne.

In Vertretung des Landesbeauftragten sprach Professor Dr.-Ing. Waubke die Glückwünsche zum 20jährigen Bestehen des Ortsverbandes aus und überreichte u. a. an 18 junge Helfer die Bescheinigung für die erfolgreiche absolvierte Abschlußprüfung der Vollausbildung, Stufe I. Unter lebhaftem Beifall erhielten an

diesem Abend drei besonders aktive THW-Helfer hohe Auszeichnungen, so das Helferabzeichen in Gold mit Kranz Karl Heinz Münich und Gerhard Severith, während Zugführer Profus das Helferzeichen in Gold entgegennahm. Der Hauptdezernent für zivile Verteidigung beim Präsidenten des Nieder-

sächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, Dr. Heinrich Patzner, übermittelte die Glückwünsche und Grüße des Verwaltungspräsidenten. Bis in die späten Nachtstunden tanzten Gäste und Gastgeber anschließend nach den Klängen der Kapelle, und das kalte Büfett fand allgemeine Anerkennung.

RHEINLAND~PFALZ



Alarmierung über Rundsteueranlage

Die Alarmierung des OV Mainz ist durch den Einsatz von 20 Alarmempfängern erheblich verbessert worden. Die neuen Geräte werden über Steckdose an das städtische E-Versorgungsnetz angeschlossen.

Die Bauteile, Empfänger, Alarmgeber und Anschlußkabel sind auf einer Grundplatte montiert, die in den Wohnungen der Helfer senkrecht fest installiert wird. Die Finanzierung von 10 Geräten



Werner Brand, Vorsitzender des Vereins „Technische Hilfe, Mainz“, übergibt OB Dr. Heinzinger die gespendeten Geräte.

Der Alarm — ein akustisches Signal von 25 sec. Dauer und ein optisches Langzeitsignal — wird ausgelöst durch tonfrequente Impulse einer Rundsteueranlage in der Schaltzentrale der Stadtwerke Mainz. Das akustische Signal kann durch den Adressaten am Gerät gelöscht werden; das optische Signal wird für die gesamte Alarmierungsphase stehenbleiben und erst durch einen weiteren zentralen Impuls der Rundsteueranlage aufgehoben.

wurde möglich durch eine Spende des zur Förderung des Ortsverbandes gegründeten Vereins „Technische Hilfe Mainz e. V.“, 10 weitere Geräte beschaffte das Bundesamt für Zivilschutz.

Technische Anpassung an die Rundsteueranlage und Montage der Bauteile führte der KS-Instandsetzungszug des Ortsverbandes in Absprache mit den Stadtwerken durch. J. Mau

Neuer Einsatzleiter für Äthiopien



Dr. Heinzinger (r.) wird von LB Drogies verabschiedet.

Als Ablösung für den Leiter der Außenstelle des Katastrophenschutzes beim Bundesminister des Innern ist der Ortsbeauftragte des THW Mainz, Dr. Karl Heinzinger, nach Dessie abgeflogen. Der Diplom-Physiker im Max-Planck-Institut in Mainz wurde von seinem Arbeitgeber für diesen humanitären Einsatz auf die Dauer von zwei Monaten freigestellt.

In seiner Dienststelle in Mainz verabschiedete der Landesbeauftragte

Bergung einer Wasserleiche

Durch einen Notruf der Altenahrer Polizei wurde am Donnerstag, 24. Oktober, in den Vormittagsstunden der Ortsverband Ahrweiler zu einem Bergungseinsatz an die Ahr bei Dernau gerufen. Spielende Kinder hatten an dem mittleren Pfeiler einer gemauerten Fußgängerbrücke eine im Wasser liegende männliche Leiche entdeckt. Der THW-Ortsverband Ahrweiler wurde gebeten, die nur spärlich bekleidete Leiche zu bergen. Von dem Plan, die Bergung mittels eines Schlauchbootes durchzuführen, mußte wegen Hochwassers und reißen der Strömung abgegangen werden. So wurde ein Helfer, gesichert durch Fangleinen, an dem 4 Meter hohen Pfeiler abgeseilt. Im Seil hängend, befestigte er nun die Leiche an Halteleinen, damit sie nicht abtrieb. Nach Entfernung des Weiden-gestrüpps, das ebenfalls an dem Pfeiler angeschwemmt war, wurde der Tote an das Ufer gezogen. Die Kriminalpolizei konnte nun die Ermittlungen aufnehmen.

W. Klawonn



Fußgängerbrücke im Erholungsgebiet

Zwischen der Gemeinde Sankt Augustin und dem OV Siegburg bestehen schon seit längerer Zeit enge Verbindungen. So ist von den Helfern des OV Siegburg für die Gemeinde mancher kapitale Baum fachmännisch gefällt worden. Nach dem Bau einer Trimm-Dich-Strecke trat man an uns mit dem Wunsch heran, in einem neuen Erholungsgebiet eine Fußgängerbrücke über den trennenden Bach zu schlagen. Aus den von den Helfern der Instandsetzungsgruppe angefertigten Entwurfszeichnungen wurde der beste Vorschlag ausgewählt. Anhand der gemeinsam aufgestellten Materialliste sowie Kostenkalkulation konnte die Brücke an wenigen Ausbildungsabenden fertiggestellt werden. Das gelungene Bauwerk fand einen solchen Anklang, daß bereits weitere Aufgaben aus dem Fachgebiet Holzbearbeitung im Auftrage der Gemeinde ihrer Durchführung harren. Such

„Gasexplosion“ auf Fabrikgelände

„Am Samstag ereignet sich gegen 12.30 Uhr im Gelände der Firma Wessel-Werke in Bonn eine Gasexplosion. Durch die Druckwellen stürzt ein Kamin auf die Produktionshallen und zerstört diese Gebäudeteile zum Teil erheblich. Es ist unbekannt, ob sich zur Zeit des Unglücks Personen in den Gebäuden befanden.“

Als die alarmierten Helfer des THW auf dem Firmengelände in Poppelsdorf eintrafen, war ihre erste Aufgabe, festzustellen, ob in dem unübersichtlichen Trümmergelände Menschen verschüttet waren, während die Helfer des DRK sich der Verletzten annahmen. Bei der eingehenden Begehung des Geländes wurde festgestellt, daß vermutlich 10 Verletzte an schwer zugänglichen Stellen verschüttet oder eingeklemmt waren. Während die Helfer der beiden DRK-Sanitätszüge die Verletzten zum schnell eingerichteten Verbandplatz trugen, machten sich die Helfer des THW daran, die verschütteten Menschen zu bergen.

Die E-Gruppe sorgte mit ihrem Notstromaggregat für ausreichende

Beleuchtung, damit die Verletzten im Keller geborgen werden konnten. Da die Treppe zerstört war, war der Zugang nur durch den Aufzugsschacht möglich. Die Verletzten mußten über Strickleitern und über eine schiefe Ebene heraus transportiert werden. Überall ergab sich für die Helfer des THW an den schwer zugänglichen Stellen auch die Aufgabe der Ersten Hilfe, damit die Verletzten überhaupt transportiert werden konnten. Weitere Opfer der Explosion wurden im zweiten Obergeschoß des Firmengebäudes gefunden. Sie mußten vom ersten Obergeschoß aus auf Tragen abgelassen werden, da das Treppenhaus zerstört war. Ein Verletzter mit Rückgratverletzung mußte durch einen Deckendurchbruch waagrecht auf einer Spezialtrage abgelassen werden.

Nach 1½ Stunden hatten die THW-Helfer sämtliche Verletzte, die übrigens vom Mitrupp des DRK gestellt wurden und teilweise hervorragend schauspielerten, geborgen und an die Helfer des DRK weitergegeben. An der Übung nahmen 70 Helfer des THW und 42 Helfer des DRK teil. Sie wurde geleitet von den Zugführern Severin Krämer und Wolfgang Delfosse vom THW und den Zugführern Balzuhn und Wolfgang Lenz vom DRK.

THW-Hilfe beim Altentag

Um den älteren Bürgern Stolbergs ein paar nette, unterhaltsame Stunden zu bereiten, hat sich vor mehreren Monaten eine Aktionsgemeinschaft „Altenhilfe“ gebildet, die von Vereinen, den Kirchen, Rat und Verwaltung getragen wird. So bot man z. B. bei Tanzveranstaltungen den Senioren die Möglichkeit, Kontakte zu anderen Menschen zu knüpfen. Einen kleinen Anteil zum Gelingen dieses Vorhabens fiel dabei in der Vergangenheit auch dem Stolberger THW zu. So wurden beim ersten Altentag von der THW-Küche für 1200 Personen rund 2400 Portionen Kaffee gekocht.

Auch beim letzten „Seniorentanz“ beteiligte sich das THW wieder. Nachdem das Sozialamt der Stadt sich mit der Bitte um Mithilfe an OB Wegner gewandt hatte, informierte dieser Zugführer Dahmen und Versorgungstruppführer Stassar, die mit

drei weiteren Helfern für rund tausend ältere Bürger über 2000 Portionen Kaffee kochten. Zum Einsatz kam dabei der komplette Küchensatz M 37.

Gemeinschaftsübungen

Der OV Ahaus veranstaltete mit der Feuerwehr und dem DRK eine gemeinschaftliche Herbstübung auf Haus Egelborg in Legden. Es wurde angenommen, daß die Brücke und das Burgtor durch Absturz eines Flugzeuges zerstört waren, wobei Explosionsgefahr für die Öltanks im zerstörten Eingangsgebäude bestand und der Dachstuhl der Burg Feuer gefangen hatte.

Von den Helfern des OV Ahaus wurde ein überbreiter Tonnensteg errichtet, der den schnellen Einsatz der Feuerwehr ermöglichte. Zur gleichen Zeit wurde mit der Bergung begonnen. Vom Dachstuhl der Burg wurden die „Verletzten“ mit einer Seilbahn geborgen. Hier, wie auch am zerstörten Eingangsgebäude, wo andere „Verletzte“ mittels eines Leiterhebels von den THW-Helfern geborgen wurden, übernahm das DRK die Versorgung der „Schwerverletzten“ in dem vom OV Ahaus errichteten Zeltlager.

Die THW-Helfer standen unter der Leitung von Zugführer Brüne. Alle Einsatzleiter zeigten sich befriedigt über die reibungslose Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste.

E. Burmester

Nachruf

Am 21. 9. 1974 verstarb im Alter von 70 Jahren der im Ruhestand lebende ehem. Geschäftsführer

Josef Perz

Nach Mitarbeit in der Technischen Nothilfe bis 1945 war es seinem Sachverstand und Einsatzwillen zu verdanken, daß der OV Recklinghausen zu einer vorbildlichen Einheit des THW wurde. Nach seiner Versetzung nach Gelsenkirchen prägte er auch diesen OV mit seinem beispielhaften und rastlosen Einsatz. 12 Jahre unermüdliches Schaffen für das THW machen ihn unvergessen. Wir werden ihm ein stets ehrendes Angedenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Nordrhein-Westfalen



10 Jahre OV Hochdonn-Burg

Anlässlich seines 10jährigen Bestehens veranstaltete der Ortsverband Hochdonn-Burg auf dem Burger Marktplatz eine Fahrzeug- und Geräteschau mit Demonstrationen und Vorführungen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde den vielen Zuschauern u. a. gezeigt, wie man mit Hilfe einer Seilbahn Verletzte aus einem hohen Gebäude sach- und fachgerecht bergen kann und welche „Stiche und Bunde“ man beherrschen muß, um Rund- und Kanthölzer sicher miteinander zu verbinden.

Auch der Umgang mit dem Schneidbrenner, dem Gesteinsbohrhammer und anderen interessanten Geräten wurde den Besuchern der Jubiläumsschau vorgeführt.

Umrahmt wurde die Veranstaltung vom Burger Spielmanszug, der viele schöne Musikstücke zu Gehör brachte.

Gegen 12 Uhr gab es dann Erbsensuppe aus dem Feldkochherd, die so gut schmeckte, daß innerhalb kürzester Zeit rund 250 Portionen ausgegeben waren.

Mit einer Festveranstaltung im „Holsteinischen Haus“ fand der Jubiläumstag am Abend einen würdigen Abschluß.

Nachdem Ortsbeauftragter Bruhn die Gäste begrüßt hatte, schilderte er kurz den Werdegang des Ortsverbandes. Er berichtete dabei u. a. mit Stolz, daß die Helfer aus Hochdonn und Burg bei der Übung „Grüne Küste 1974“ den zweiten Platz in der Gesamtwertung erzielten. Danach dankte der THW-Landesbeauftragte allen Helfern und insbesondere OB Bruhn für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Der OV Hochdonn-Burg, so stellte er u. a. fest, sei zwar ein kleiner, aber ein sehr aktiver Ortsverband.

Anschließend nahm er im Auftrage des Direktors der Bundesanstalt THW einige Ehrungen vor. Arthur Wildner wurde mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz, Gerhard Balzer und Burghardt Wetzels mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Außerdem erhielten OB Otto Bruhn und Burghardt Wetzels für ihre stete Einsatzbereitschaft und Treue die Ehrenurkunde für 10jährige Mitarbeit im THW.

Mit Grußworten des THW-Kreisbeauftragten Fritz Jatho und des Amtsvorstehers Otto Schnepel, der zugleich die Grüße des Burger Bürgermeisters überbrachte, endete der offizielle Teil des Festabends.

Danach wurde zum gemütlichen Teil übergegangen, und Helfer und Gäste blieben noch längere Zeit in fröhlicher Runde beisammen. W. Voß

Wachwechsel beim OV Preetz

Lange Jahre hindurch führte Herbert Gloyer als stellvertretender Ortsbeauftragter den OV Preetz. Er hat während dieser Zeit viel für den Auf- und Ausbau sowie für das Ansehen des Ortsverbandes in der Öffentlichkeit geleistet. Dank seiner Zähigkeit und Einsatzfreudigkeit hat sich der OV Preetz in außergewöhnlich umfangreicher Eigenleistung eine sehr ansprechende Unterkunft schaffen können.

Außer der ehrenamtlichen Tätigkeit beim THW hat Herbert Gloyer aber noch eine ganze Reihe anderer Ehrenämter inne. Insbesondere seine kommunalpolitische starke Inanspruchnahme als Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister haben ihn jetzt veranlaßt, die Leitung des Ortsverbandes abzugeben.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde sprach der THW-Landesbeauftragte Stadtrat Gloyer Dank und Anerkennung — auch seitens des Direktors THW — für die verantwortliche Leitung des OV Preetz in den Aufbaujahren aus. Er betonte dabei besonders, daß stv. OB Gloyer immer Initiative entwickelt und es verstanden habe, auch Zeiten durchzustehen, in denen lange nicht alles zu haben war, was gebraucht wurde. Als ein Beispiel hierfür nannte er das schöne schmiedeeiserne Tor an der Auffahrt zur Unterkunft, das in Selbsthilfe der Helfer des Ortsverbandes geschaffen wurde.

Anschließend gab LB Meier bekannt, daß der Direktor THW Gerhard Drescher mit der Leitung des OV Preetz beauftragt habe. Er wünschte dem neuen Ortsbeauftragten viel Glück für seine neue Aufgabe und überreichte ihm die Urkunde für seine Beauftragung.

OB Drescher betonte in seiner Antrittsrede, daß er in erster Linie beabsichtige, durch Intensivierung der Werbung neue Helfer für die Mitarbeit im OV zu gewinnen. Im übrigen hoffe er sehr auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit den anderen Hilfeleistungsorganisationen des Katastrophenschutzes.

Danach sprach Bürgervorsteher Girnus. Alle Verantwortlichen in Preetz seien glücklich, so sagte er u. a., daß es einen solchen THW-Ortsverband in der Stadt gibt. Stadtrat Gloyer sei für die Stadt immer der Vertreter des THW gewesen, und er habe mit seinen Helfern stets geholfen, wenn die Hilfe des THW benötigt wurde. Gerhard Drescher wünschte er am Schluß seiner Ausführungen „Hals- und Beinbruch“ für seine Arbeit als Ortsbeauftragter. Mit Grußworten von Vertretern der Polizei, der DLRG, der Feuerwehr, der Johanniter und des THW-Ortsbeauftragten für Kiel endete der offizielle Teil der Amtseinführung.

Danach wurde ein kleiner Imbiß gereicht, und den Gästen wurde Gelegenheit gegeben, sich Unterkunft und Geräte auf dem Übungsplatz anzusehen bzw. erklären zu lassen. Zwei Filme, die über die gute Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in Preetz in Wort und Bild berichteten, wurden von den Anwesenden mit viel Beifall aufgenommen. Voß

Im Notfall helfen

Die Versorgung von Evakuierten und den Aufbau eines Notlagers im Katastrophenfall übten an einem Wochenende die Helfer des OV Großhansdorf. Der Übung lag folgende Annahme zugrunde: „Moorbrände gefährden die umliegenden Dörfer. Die Bevölkerung ist zu evakuieren.“

Die Helfer des Ortsverbandes rückten sofort mit Fahrzeugen und Gerät ins Moor bei Seth (Kreis Segeberg) aus. Zunächst wurden an einer vom Brand nicht bedrohten Stelle des Moores mehrere Zelte als Notunterkünfte aufgebaut. Danach begann die Suche nach Wasser mit dem Erdbohrgerät. Doch statt des ersehnten Wassers floß nur reichlich Schweiß. An zwei Stellen wurde das Bohrgerät von den Helfern vergeblich

angesetzt. Beim dritten Anlauf klappte es dann endlich. Klares Wasser sprudelte aus dem Boden des Moores, und die Pumpe konnte auf Hochtouren arbeiten. Die inzwischen aufgebaute provisorische Reihenwaschanlage konnte in Betrieb genommen werden. Und aus den Hähnen floß das kostbare Naß. Doch

der Hygiene nicht genug: Moorbirken verwandelten sich unter den Händen der in Holzbearbeitung geübten THW-Männer zu perfekten Bedürfnisanstalten.

Für das leibliche Wohl der Helfer sorgten die Köche am Feldkochherd. Denn — wer fleißig arbeitet, soll auch tüchtig essen!

Am Abend begann dann für die THW-Helfer der gemütliche Teil der Übung: Man brutzelte im Licht der durch Notstromaggregate angetriebenen Scheinwerfer Würstchen auf dem Holzgrill.

Tags darauf erfolgte der Abbau, und zurück ging es nach Großhansdorf.

Voß

Saarland



Alarmübung in Bexbach



Helfer des OV Neunkirchen beim Betrieb des Brunnenbohrgeräts.

Um die Einsatzbereitschaft der sechs Ortsverbände des Geschäftsführerbereichs Neunkirchen zu überprüfen, wurden die Ortsverbände Assweiler, St. Ingbert, Homburg, Illingen, Elversberg und Neunkirchen an einem Samstag ab 7.15 Uhr vom Geschäftsführer Müller alarmiert. Es wurde angenommen, daß sich im Kraftwerk St. Barbara bei Bexbach eine Explosion ereignet hat. Mehrere Häuser in der unmittelbaren Nachbarschaft sind nach einer ersten Mitteilung des Hauptverwaltungsbeamten in Ottweiler zerstört oder beschädigt worden. Trümmerteile blockierten die Zugangsstraße.

Da bei der Alarmierung neben dem Einsatzziel jedem OV aufgrund der ersten Erkundung die übertragenen Aufgaben mitgeteilt wurden, mußten die in den einzelnen Ortsverbänden von den Ortsbeauftragten alarmierten Helfer die Fahrzeuge mit dem benötigten Material beladen, bevor die Fahrt zur Einsatzstelle angetreten werden konnte.

Unter der Gesamtleitung von Geschäftsführer Müller, der nach Alarmierung der Ortsverbände zum

Einsatzort gefahren war, trafen nacheinander, angeführt vom OV Illingen, die anderen Ortsverbände ein.

Der OV Illingen baute einen 20 m langen Tonnensteg, St. Ingbert errichtete eine Waschanlage, setzte eine Schmutzwasserpumpe ein, übernahm den Funkdienst und wurde mit der Holzbearbeitung beauftragt. Einen Trümmersteg über unebenes Gelände mußte der Ortsverband Homburg erstellen, die Helfer aus Neunkirchen bauten einen 30 m langen Hängesteg, setzten ein Brunnenbohrgerät ein, borgen Verletzte und bereiteten die Geräte für die Ausleuchtung der Schadensstelle vor. Die Verpflegung aller Helfer war ebenfalls dem OV Neunkirchen übertragen.

Die Übungsaufgaben für den Ortsverband Elversberg enthielten Arbeiten mit dem Motortrennschleifgerät und dem Brennschneidergerät, den Bau einer Seilbahn zur Bergung von Verletzten aus Höhen sowie die Errichtung eines Mastkrans.

Den Helfern des Ortsverbandes Assweiler war die Aufgabe übertragen worden, in einem beschädigten Haus, einer ehemaligen ausgeräumten Kompressorstation, Abstützungen vorzunehmen.

Besonders eindrucksvoll war die eingeschobene Alarmierung des OV Neunkirchen, der eine Bergungsgruppe zur Rettung von 4 Verletzten aus einem Haus, das mit Rauchsicherungen schwer zugänglich gemacht worden war, einsetzen mußte, wobei Atemschutzgeräte die Helfer vor Rauchvergiftungen schützten.

LB Reimann, der die Alarmübung mit großem Interesse verfolgte — ist diese doch ein echtes Spiegelbild der Einsatzbereitschaft —, nahm auch an der anschließenden Übungsbesprechung teil, wobei er auf Mängel, aber auch auf die größtenteils vorzüglich durchgeführten Maßnahmen einging. Bei allen Beteiligten bedankte er sich für die stete Einsatzbereitschaft

und sprach die Bitte aus, auch weiterhin zum Wohle der Allgemeinheit den Dienst am Nächsten zu tun.

Der Abschluß der Alarmübung fand im benachbarten Kraftwerk St. Barbara statt, als eine Besichtigung dieses Kohlekraftwerks durchgeführt wurde, an der aus jedem Ortsverband eine Delegation teilnahm.

Ehrung in Heusweiler

Die schon traditionelle Helferversammlung im OV Heusweiler fand auch diesmal unter der Leitung von OB Erich Klein im Schulungssaal der Unterkunft statt, wobei neben den Helfern, Amtsvorsteher und Bürgermeister MdL P. Quirin, Landesbeauftragter G. Reimann sowie Geschäftsführer F. Diehl teilnahmen.

Nachdem OB Klein die Gäste und Helfer begrüßt hatte, gab er einen Bericht über die zurückliegende Arbeit und hob hier besonders das starke Engagement der Helfer bei der Herrichtung des Geländes zur Errichtung einer neuen Unterkunft hervor. Mit einem Dank an alle Helfer für die aktive Mitarbeit und der Hoffnung, daß der Umzug in die neue Unterkunft baldmöglichst durchgeführt werden kann, schloß er seine Darlegungen.

LB Reimann, der in seinen Ausführungen auf die Geschichte des THW und hier insbesondere auf die Entwicklung des OV Heusweiler in den 15 Jahren seines Bestehens einging, würdigte anschließend den hohen Ausbildungsstand der Helfer des OV Heusweiler, der von einer guten Kameradschaft am Vorbild von OB Klein getragen wird, und bedankte sich bei den Helfern für die stete Einsatzbereitschaft sowie bei OB Klein für die vorzügliche Führung des OV Heusweiler seit 12 Jahren.

Sein besonderer Dank galt aber Amtsvorsteher und Bürgermeister

MdL Paul Quirin, der sich in den vergangenen Jahren unermüdlich für die Belange des THW eingesetzt und somit u. a. die Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Unterkunft durch kostenlose Überlassung des 3500 Quadratmeter großen Grundstücks geschaffen hat.

Im Auftrag des Vizepräsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk überreichte er abschließend für 10jährige Zugehörigkeit zum THW den Helfern Udo Beyfuß, Anton Ney, Heinz-Theo Raber und Wolfgang Weingart die entsprechende Urkunde und für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW den Helfern Günter Bauer, Kurt Krämer, Horst Hermann, K. Dieter Weingart und Wilfried Kleinbauer das Helferzeichen in Gold.

MdL Quirin würdigte in seinen Darlegungen die Arbeit des THW, in deren Mittelpunkt die Hilfe am Nächsten steht, und sprach die Hoffnung aus, daß auch weiterhin im OV Heusweiler der gute Gemeinschaftsgeist erhalten bleibe. G. Faß

Helferehrung

Die Helfer des THW-OV St. Ingbert, die auf Wunsch von Landrat Schwarz in den Wintermonaten und im Frühjahr bei Bliesmengen einen Aussichtsturm errichtet hatten (s. ZS-Magazin 5/74), wurden zum Dank hierfür zu einem Kameradschaftsabend eingeladen, an

dem neben den Helfern und OB Kempf Landrat Schwarz, seine Mitarbeiter der Bauverwaltung, Geschäftsführer Müller sowie in Vertretung des Landesbeauftragten Hauptsachgebietsleiter Faß teilnahmen.

Nachdem bei der vorausgegangenen Besichtigung des Turmes OB Kempf und Zugführer Hemmerling Einzelheiten zum Bau des über 13 m hohen Turmes dargelegt hatten, bedankte sich Landrat Schwarz mit herzlichen Worten bei den Helfern und Führungskräften für die gelungene Arbeit.

Hauptsachgebietsleiter Faß nahm die Gelegenheit wahr, Landrat Schwarz über Ausbildungs- und Aufstellungsstand im OV St. Ingbert zu berichten, und übergab im Auftrag des Direktors der Bundesanstalt THW für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW-OV St. Ingbert Zugführer Hemmerling das Helferzeichen in Gold und OB Kempf das Helferzeichen in Gold mit Kranz. Die Vorführung eines Filmes und Dias über den gesamten Aufbau des Turmes rundeten das Programm ab.

G. F.

Junghelfer üben

Unter der Leitung von Ausbildungsleiter Pusch, Zugführer Decker und dem stellvertr. Ortsbeauftragten Badstübner traten die 30 Junghelfer des OV Friedrichsthal anläßlich einer

ganztägigen Übung an die Öffentlichkeit.

Am Saufangweiher bei Friedrichsthal inmitten eines idyllischen Naherholungsgebietes bauten sie einen 40 m langen Versorgungssteg und lösten verschiedene Aufgaben aus dem Gebiet des Bergungsdienstes im Zusammenwirken mit dem DRK. Die dem THW angeschlossenen Funker des Funkamateurlubs Sulzbachthal hatten den Funkdienst von den einzelnen Einsatzstellen zur Befehlsstelle übernommen und dabei noch zusätzlich die Aufgabe, die Junghelfer in der Sprechdisziplin und Handhabung der Funkgeräte zu unterrichten.

Der Übung vorausgegangen war die Annahme eines Flugzeugabsturzes in einem sumpfigen Gelände südwestlich der Weiheranlage. Als Zugang für die Bergungseinheiten und für den Antransport der Geräte und Hilfsmittel sowie für den Abtransport der Verletzten mußte der Weiher über eine Länge von 40 m überbrückt werden.

Hauptsachgebietsleiter G. Faß vom LV, der in Vertretung des Landesbeauftragten an der Übung teilnahm, sowie der zuständige Geschäftsführer F. Diehl lobten den Eifer der Jugendlichen und sprachen OB Goerisch ihren Dank für die unermüdliche Arbeit der Führungskräfte des OV Friedrichsthal aus.

Besonders überrascht waren die vielen Zuschauer von der Leistungsfähigkeit dieser Junghelfer.

Hessen



OV Marburg am „Tag des Bürgers“

Aus Anlaß des „Tages des Bürgers“ in Marburg/Lahn veranstaltete der THW-OV auf dem Marktplatz von 8 bis 18 Uhr eine Fahrzeug- und Geräteschau, verbunden mit einigen Vorführungen. Beteiligt waren u. a. das DRK, die Feuerwehr und die DLRG. An 2500 Besucher wurde Tee mit Zitrone aus der Feldküche ausgegeben.

Auch die Abgeordneten Gerhard Jahn, Dr. Walter Wallmann, Heinrich Friedrich Bohl, Walter Troeltsch und Karl Leimbach haben sich ausführlich am THW-Stand informiert und zeigten sich sehr interessiert. Es bestand Gelegenheit, die Abgeordneten auf die Probleme und Sorgen des Ortsverbandes und des THW als

Katastrophenschutzorganisation hinzuweisen. MdB Jahn erkundigte sich ausführlich über die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Freistellung von Helfern von der Bundeswehr bei Mitarbeit im Katastrophenschutz, MdL Bohl über die Einsatzmöglichkeiten des THW Marburg in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr bei Unglücksfällen und sonstigen Hilfeleistungen. Bohl zeigte sich nach Aufklärung erstaunt darüber, daß der Einsatz des THW als Bundesorganisation nicht in jedem Fall so ohne weiteres möglich ist.

Die Veranstaltung unter der Leitung des Gruppenführers H. Tietz war ein Erfolg. Der Oberbürgermeister hat in einem Schreiben an den Ortsverband seinen besonderen Dank für die Mitarbeit ausgesprochen.

Einsatzbereitschaft erhöht

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß insbesondere in der Urlaubszeit eine Alarmierung der Helfer äußerst schwierig ist. Aus diesem Grund hat der OV Neulsenburg für die Dauer der Urlaubszeit einen Wochenendbereitschaftsdienst eingerichtet. Um eine bessere Alarmierung durchführen zu können, haben die Helfer des Fernmeldezuges einen Alarmtisch gebaut. Der Unterrichtsraum dient gleichzeitig als Alarmzentrale. Von Freitag 18 Uhr bis Sonntag 20 Uhr ist die Alarmzentrale ständig mit zwei Helfern besetzt. Weiterhin sind 15 Helfer des Bergungszuges jederzeit telefonisch zu erreichen.



Von diesem Alarmtisch aus können die Einsätze des THW mit anderen Organisationen koordiniert werden.

Wie sehr sich dieser Bereitschaftsdienst bereits bezahlt machte, wurde bei einem Absturz eines Sportflugzeuges bei Langen vor wenigen Wochen deutlich. Helfer des Fernmeldezuges beobachteten bei einer Übung den Absturz der Sportmaschine. Sie alarmierten sofort die Alarmzentrale in Neu-Isenburg, von hier wurde sogleich die Polizei, der Rettungshubschrauber, die Feuerwehr und das DRK verständigt. Auch die THW-Bereitschaftsgruppe Bergung wurde alarmiert und traf als erste am Absturzort ein, wo sie sofort alle notwendigen Hilfsmaßnahmen einleitete.

Ausgerüstet ist der Alarmtisch mit einem Telefonapparat, zwei Funkgeräten (FuG 7b), wovon eines ständig auf den Katastrophenschutzkanal geschaltet ist, das andere steht wahlweise zur Verbindung mit der Polizei und anderen Organisationen zur Verfügung. Außerdem ist noch eine Verstärkeranlage zur Beschallung

des Übungsgeländes eingebaut und eine Telefonvermittlung, hierdurch kann jeder Raum der Unterkunft erreicht werden.

Die Alarmzentrale dient nicht nur dem Bereitschaftsdienst, sondern wird auch zu Ausbildungs- und Übungszwecken besetzt. Ein eingebautes Tonbandgerät dient dem Mitschneiden von Funkgesprächen bei Übungen. Im Anschluß an die Funkübungen wird das Ergebnis der Aufzeichnungen vor den Helfern abgespielt und eventuelle Fehler diskutiert.

Besonders bewährt hat sich die Alarmzentrale bei allen bisherigen Einsätzen für den Verkehrshilfsdienst. Durch die Einrichtung der Alarmzentrale konnte der Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft des OV's wesentlich verbessert werden. M. Heuschkel

Unter extremen Bedingungen

In Zusammenarbeit mit der DLRG-Ortsgruppe Biebrich führte der 4. Bergungszug des THW-Ortsverbandes Wiesbaden eine große Übung durch, die sich über 3 Tage erstreckte.

Jeder Helfer hatte sich einer Prüfung zu unterziehen, ob er Stiche und Bunde und den Umgang mit den vorhandenen Geräten beherrschte. Ein Marsch über mehrere Kilometer unwegsames Gelände, bei dem die Ausrüstung getragen werden mußte, schloß sich an.

In der Nacht war unter Verwendung der Petromax-Tillyleuchten ein Steg

über einen Bachlauf zu bauen. Die Aufgaben der Bergung aus Höhen und Tiefen schloß sich am nächsten Tage auf dem Übungsgelände Fort Biehler an. Die Helfer der DLRG hatten als Schadenslage die Explosion eines Schiffes angenommen und mußten die teils im Rheinstrom treibenden Verletzten bergen. Der Transport von Boot zu Boot mit der Trage wurde wiederholt geübt und verwies sich als nicht ganz einfach. Die Ortsgruppe Biebrich der DLRG wurde noch von Helfern aus Marburg und Hochheim unterstützt.

Ein besonderes Lob ist hier dem Bergungszugführer Günther Walter auszusprechen, der als Einsatzleiter für THW und DLRG fungierte. Die intensive und ständige Zusammenarbeit beider Organisationen erweist sich als sehr nützlich. Nachteilig wirkte sich das Fehlen eines GWK's beim 4. Bergungszug aus. Dieses Fahrzeug wäre zur vollständigen Ausstattung dieser Bergungseinheit für den THW-Ortsverband dringend notwendig.

Nachruf

Am 7. November verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit der Helfer und Angehörige des 2. Bergungszuges

Rainer Jährling

im blühenden Alter von 24 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen pflichtbewußten Helfer, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

OV Darmstadt

BADEN~WÜRTTEMBERG



„Doch wie's da drinnen aussieht, geht jeden etwas an“

Diese Überschrift widmete die „Neue Württembergische Zeitung“ ihrer Berichterstattung über den „Tag der offenen Tür“ des THW-OV Geislingen/Steige.

Wochenlang hatten die Helfer des Ortsverbandes diesen Tag vorbereitet. Im Keller der Unterkunft war ein neuer Aufenthaltsraum zum Termin fertiggestellt worden.

In Stadt Geislingen und Umgebung waren über 100 Plakate angebracht worden und wiesen die Bevölkerung auf diesen Tag hin. Die beiden ortsansässigen Zeitungen hatten mehrfach auf die Veranstaltung hingewiesen.

Am „Tag der offenen Tür“ zeigte eine an einer Luftballontraube hängende THW-Flagge weithin den Besuchern den Standort des Geschehens an. In der Unterkunft und auf dem Hof waren die Fahrzeuge und das Gerät aufgebaut. Die Helfer standen bereit, die Besucher zu informieren. Der OV Ulm hatte seinen neuen Küchenbus zur Hilfe entsandt; die Hotelfachschule Bad Überkingen stellte vier ihrer Schüler ab, um einen schmackhaften Eintopf zuzubereiten.

Es kamen der Oberbürgermeister der Stadt Geislingen mit einer Reihe seiner Mitarbeiter, Stadträte, Vertreter des Landratsamtes Göppingen und die Freunde von den anderen Katastrophenschutzeinheiten. Sie ließen sich von den Helfern infor-

mieren. Der andere Teil der Bevölkerung kam sehr zögernd.

War es das Wetter, das sich nicht von der freundlichsten Seite zeigte, war es das THW, trotzdem in Geislingen seit 19 Jahren ein Ortsverband besteht? Lediglich die Mittagszeit brachte, angelockt durch den würzigen Geruch der Erbsensuppe „a la Bad Überkingen“, noch einen großen Schub Besucher.

Am Abend lief in der Kraftfahrzeughalle des OV ein Bunter Abend ab. Es war ein Non-Stop-Programm, dargeboten vom Präsidenten der Karnevals-Gesellschaft Geislingen, Gotthilf Wankmüller, der Tanzgarde Geislingen, den Auendorfer Hüttenjodlern, der Westenheimer Jugendkapelle mit ihren 46 Jungsolisten

und Albert Küst, dem 12fachen deutschen Meister im Kunstkraftsport, mit seinen Töchtern Susanne und Sabine sowie den zwei „Raymunds“, und vielen anderen.

Alle an dem „Tag der offenen Tür“ Mitwirkenden hatten auf Entgelt verzichtet, so daß der Gewinn aus dem Eintopfen und dem Bunten Abend der Sonderschule für bildungschwache Kinder als Grundstock für einen gemeinsamen Ferienaufenthalt zur Verfügung gestellt werden konnte. Waren am Samstagabend zum Schluß der Veranstaltungen manche der Geislinger Helfer etwas betrübt, daß ihr Fest nicht so große Resonanz gefunden hatte, wie sie es sich gewünscht hätten, so zeigte sich in den nächsten Wochen immer mehr, daß dem THW der Durchbruch in die Öffentlichkeit doch gelungen war. So bot unter anderem der Oberbürgermeister Helmut von Au dem OV seine Hilfe bei der Beschaffung eines Übungsgeländes an.

Ein Beweis, daß die Ernte guter Öffentlichkeitsarbeit nicht immer sofort eingefahren werden kann, aber wenn sie konsequent weitergeführt wird, doch zum Erfolg führt. K. Sch.

Schwieriges Bergen geübt

Zwei strapaziöse Tage hatten die Helfer des OV Villingen-Schwenningen zu überstehen, als sie sich zur ersten größeren Übung nach der Zusammenlegung der beiden Ortsverbände in den Unterkünften trafen.

Die erste Aufgabe im alten Marbacher Steinbruch erwartete sie in Zusammenarbeit mit Helfern des Roten Kreuzes Villingen. Es galt vier „Verletzte“ unter Einsatz aller Hilfsmittel aus dem Steinbruch über den Bahndamm zu transportieren und in die ärztliche Obhut zu übergeben.



Transport von Verletzten auf der Eisenbahnbrücke.

Die zweite Aufgabe war etwas für „fixe“ Jungen. Im Flugplatz Donaueschingen waren die genaue Höhenlage des Platzes und der neueste Wetterbericht zu erkunden. Wer schlau war, besorgte sich die Angaben bei der Flugleitung im Tower.

Während des Kolonnenmarsches über Riedböhringen, Opferdingen-Achdorf nach Grimmelhofen wurde der vor kurzem gebaute Steg in Achdorf noch mal überprüft. In Grimmelhofen wurde das Nachtlager bezogen. Erst galt es jedoch die Zelte und Lagereinrichtung zu erstellen. Nach dem Nachtessen war aber noch lange nicht Feierabend. In einer Funkübung mußten die Helfer ihr Können im Fernmeldewesen beweisen. Um 2.20 Uhr war dann endgültig Lagerruhe.

Ab 6.30 Uhr am nächsten Morgen galt es, aus der Wutachschlucht über einen Höhenunterschied von 30 Metern abermals Bergungsarbeiten durchzuführen.

Diese Arbeit wurde dadurch noch erschwert, daß sich die Schlucht mit Nebel (aus Nebelkerzen) füllte. Es mußte nun unter der Zivilschutzmaske weitergearbeitet werden. Die Helfer ließen sich jedoch nicht aus dem Gleichgewicht bringen und arbeiteten unter den erschwerten Bedingungen zügig weiter.

Der Katastrophenschutzbeauftragte des Schwarzwald-Baar-Kreises war besonders beeindruckt von der Ruhe und Umsicht, mit der dieser Übungsabschnitt durchgeführt wurde. Wer nun nach dem Abbau des Zeltlagers glaubte, er könne einen ruhigen Sonntagnachmittag verbringen, sah sich enttäuscht. Zwischen Kirchdorf und Klengen warteten in einem Steinbruch bereits die Helfer des Malteser-Hilfsdienstes zur letzten Übung des Tages. Hier mußte von den THW-Helfern noch eine Seilbahn von 70 Metern Länge gebaut werden, um die von den Maltesern bereits versorgten „Verletzten“ sicher in die bereitstehenden Sankas zu verladen.

R. Hummel

Bayern



Staatssekretär Schmude in Aschaffenburg

Staatssekretär Schmude vom Bundesinnenministerium besuchte am 2. Oktober die Stadt Aschaffenburg. Er nahm u. a. die Gelegenheit wahr, sich in Gegenwart von Vertretern der Stadt an der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisation, unter

ihnen der THW-Ortsbeauftragte Burkart und Geschäftsführer Schulze sowie Geschäftsführer Suhle (Würzburg), über den Katastrophenschutz der Stadt zu informieren. In freier und ungezwungener Atmosphäre wurden Staatssekretär Schmude die Probleme vorgetragen und dabei auch manches örtliche Mißverständnis geklärt. An die

Aussprache schloß sich ein langer Besuch beim THW an, bei dem die Garagen mit den Fahrzeugen des Ortsverbandes besichtigt wurden.

Sche.

20 Jahre OV Füssen

Der OV Füssen konnte in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen

Lebens sein 20jähriges Bestehen und die Einweihung seiner Unterkunft feiern.

Um 10 Uhr begrüßte im Hof des städtischen Bauhofes, in dem der OV Füssen untergebracht ist, Ortsbeauftragter Ludwig Günther die Gäste. Er dankte den Gästen für die Unterstützung, die sie dem Ortsverband in den 20 Jahren zuteil werden ließen. Ganz besonders würdigte er die 4 000 freiwilligen Arbeitsstunden der Helfer, die bei dem Ausbau der Unterkunft geleistet wurden.

Anschließend überbrachten Bürgermeister G. Knebel und der Vertreter des Landrates, Regierungsrat Karg, ihre Glückwünsche an den Ortsverband. Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz dankte den Helfern für ihre Leistung, die sie in der kurzen Zeit vollbracht haben, und wies auf den freiwilligen Dienst im THW hin, der durch die Anerkennung in der Öffentlichkeit einen erneuten Aufschwung bekommt.

Nach der Übergabe einiger Geschenke durch die benachbarten Ortsverbände und den Feuerschützenverein fand die kirchliche Weihe der neuen Unterkunft durch Stadtpfarrer Schuler statt. Mit einem Rundgang und der Besichtigung der einzelnen Geräteschaften, z. B. Feldschmiede und Sauerstofflanze, endete der offizielle Teil. Die Bevölkerung hatte während des Tages Gelegenheit, sich über die Aufgaben des OV Füssen zu informieren.

Auf Einladung der Stadt fand um 16 Uhr im Papstzimmer des Rathauses ein kleiner Empfang statt. Bürgermeister G. Knebel umriß dabei noch einmal, wie wichtig die ehrenamtliche Tätigkeit der Helfer in der Gemeinschaft ist, und dankte besonders OB Günther für sein unermüdliches Wirken von 1954 bis zum heutigen Tage.

Mit einem besonders gelungenen Kameradschaftsabend, bei dem einige verdiente Helfer ausgezeichnet wurden, endete dieser Festtag.

J. Schw.

„Bilanz eines Chaos“

Am 19. September fand in Aschheim bei München eine Pressekonferenz des Bayerischen Innenministeriums statt. Innenminister Bruno Merk zog Bilanz über den Verlauf der diesjährigen Hauptreisezeit. Als erstes wurde die Verkehrssituation um



Innenminister Merk im Gespräch mit OB Rampf vor einem VHD-Fahrzeug.

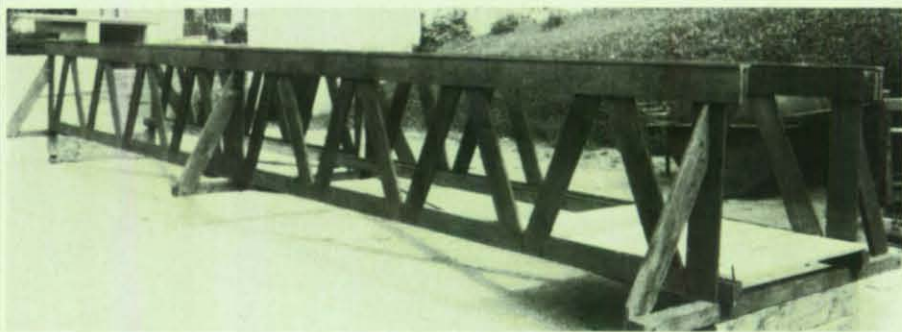
München und die Großbaustellen auf den Autobahnen Nürnberg — München und München — Salzburg angesprochen.

Als zweites folgte der Einsatzbericht der Bayerischen Landespolizei, in dem auch die Tätigkeit des Technischen Hilfswerkes mit seiner Unfallhilfe in großem Maße befürwortet und gelobt wurde. Durch den schnellen Einsatz dieser Gruppen wird nach

Aussage von Polizeirat Bayer von der Landespolizeidirektion Oberbayern die Arbeit der Streifenpolizei maßgeblich unterstützt.

Im Anschluß an diese Pressekonferenz besichtigte Innenminister Bruno Merk den Kombi des Ortsverbandes München-Land. Großes Interesse an dem Unfallhilfe-Fahrzeug zeigten auch die örtlichen Pressevertreter und der ADAC. Schr.

Fußgängersteg mit Bauanleitung



Der Fußgängersteg „Weilheim“ hat den Vorteil, daß die vorgefertigten Teile raumsparend gelagert werden können.

Die Helfer des OV Weilheim in Oberbayern entwarfen und bauten mit verhältnismäßig geringen Mitteln und Zeitaufwand den Fußgängersteg „Weilheim“, dessen vorgefertigte Teile sich raumsparend lagern lassen.

Eine Strecke hat eine Länge von 4,50 m und kann mit einer anderen verbunden werden, so daß eine freitragende Länge von 9,00 m entsteht. Bei größeren Steglängen sind jeweils bei 9,00 m Unterstützungen erforderlich. 2 Strecken (9,00 m) lassen sich in etwa einer halben Stunde zusammenbauen. Auf Wunsch einiger Ortsverbände haben die Helfer eine Bauanleitung entworfen, damit der Nachbau erleichtert wird. G. P.

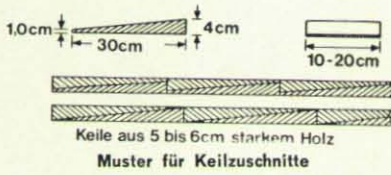


Der THW-Helfer Xaver Schuster vom Ortsverband Bayreuth ist in das Katastrophengebiet in Äthiopien geflogen. Im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, die das Technische Hilfswerk dort leistet, wird der Kfz-Meister Xaver Schuster für die Instandsetzung der in den Hungergebieten eingesetzten Fahrzeuge zuständig sein.

besser ist sein Anzugsvermögen. Sein Neigungswinkel soll daher etwa 10° nicht überschreiten. Die im Bergungsdienst verwendeten Keile weisen in der Regel folgende Abmessungen auf:

- Länge = 30 cm
- Breite = 10 bis 20 cm
- Stärke (Spitze) = 0,5 bis 1,0 cm
- Steigung (Neigung) = 1:10

Abb. 59



Keile werden aus Vierkanthölzern oder starken Bohlen geschnitten. Um eine saubere und genaue Schnittführung zu gewährleisten, sollte man sich dabei einer Bandsäge bedienen. Das setzt allerdings voraus, daß die Keile vor Beginn der Bauarbeiten angefertigt werden können.

Auf der Baustelle selbst werden Keile mit Hilfe von Handsägen oder Motorsägen hergestellt. Auf saubere Schnittführung ist auch hier besonderer Wert zu legen.

[84] Keile sind grundsätzlich paarweise zu verwenden. Stützen gelangen bei schwachem Vorantrieb der Keile unter eine gewisse Spannung. Daher erweist sich die Verkeilung bereits bei geringer Belastung als wirksam.

Beim An- sowie beim Nachtreiben wird der an der Stütze anliegende Keil durch Gegenhalten einer Axt oder eines Hammers gegen Verschieben gesichert, während der andere Keil angetrieben wird.

Sind zum Beispiel mehrere Stützen zu verkeilen, so muß das Keilen allmählich und gleichmäßig erfolgen,

3.5. nen Unterlage angespitzt werden. Zum Schutz der Beilschneide sind Unterlagen aus anderem Material verboten.

Besonders starke Holzpfähle können mit Hilfe einer Hand-, Motor- oder Handkreissäge angespitzt werden. Sie müssen dazu jedoch auf der Unterlage gesichert werden (Bauklammer), wenn kein Sägebock mit gekreuzten Hölzern zur Verfügung steht.

Müssen Pfähle serienmäßig in großer Anzahl angespitzt werden, so ist der Bau einer Lehre zu empfehlen.

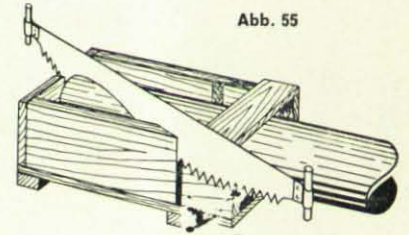


Abb. 55
Lehre zur Herstellung von Pfahlspitzen

[81] Die scharfen Kanten der Kopfseite eines Holzpfahles sind mit Hilfe eines Zugmessers oder Handbeiles zu brechen. Dadurch wird beim Einschlagen ein Aufsplittern des Kopfes verhindert.

Müssen Nadelholzpfähle besonders tief in das Erdreich eingeschlagen werden, so sind sie am Kopfende mit einer Wicklung aus ausgeglühtem Eisendraht zu versehen.

Unterliegen Nadelholzpfähle einer sehr hohen Schlag- oder Rammbeanspruchung oder ist der Boden hart und steinig, so sind die Pfahlspitzen mit **Pfahlschuhen** und die Kopfseiten mit **Pfahl-**

4.1.

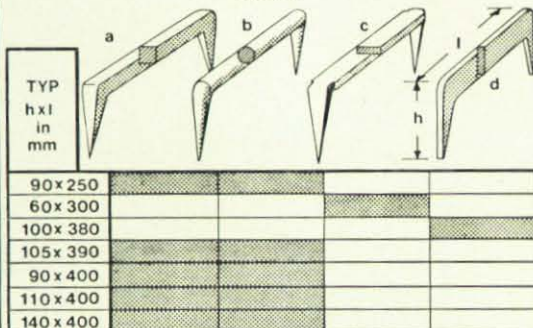
4. Holzverbindungen

4.1. Allgemeines

[86] Unter Holzverbindungen versteht man die Verbindungen von (wenigstens zwei) Hölzern miteinander. Die Hölzer sind zu diesem Zweck besonders herzurichten

Aus der großen Zahl der möglichen Verbindungsverfahren kommen im Katastrophenschutz in erster Linie nur die einfachen Verfahren zur Anwendung. Als Verbindungsmittel dienen dabei Bauklammern, Drahtstifte (Nägel), Schrauben, Bolzen, Dübel, Dollen oder Laschen. Die mit Hilfe der aufgeführten Hilfsmittel hergestellten Verbindungen werden unter dem Sammelbegriff „punktförmige Verbindungen“ erfaßt.

Abb. 63



a, b und d = Gerüstklammern
c = Bauklammern

Bau- und Gerüstklammern

Verbindungsmittel

3.7.

damit eine gleichmäßige Verteilung der Belastung auf alle Bauteile erreicht wird.

Zur Schonung der Keile wird beim Antreiben ein Brettstück vor die Stirnfläche gelegt.

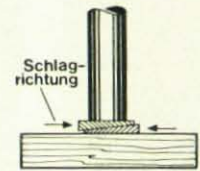


Abb. 60

Antreiben der Keile

Keile mit einer Steigung von mehr als 1:10 sind durch Vorschlagen starker Nägel zu sichern. Eine Steigung bis zu 1:10 hingegen wirkt selbsthemmend, eine Sicherung kann daher entfallen.

Beachte: Ein übertriebenes Anziehen der Keile kann das Gegenteil bewirken und unter Umständen zur weiteren Zerstörung des Objektes führen.

3.7. Bohren von Löchern

[85] Müssen Holzverbindungen mittels Bolzen, Laschen, Dollen etc. hergestellt werden, so ist das Bohren von Löchern unerlässlich. Als Werkzeug dienen Handbohrer (Schlangenbohrer) oder Bohrmaschinen. Bei der Bohrlochherstellung ist zwischen festen und beweglichen (gelenkigen) Holzverbindungen zu unterscheiden.

Für eine feste Verbindung ist der Bohrlochdurchmesser in der Regel 0,1 bis 0,2 mm geringer festzulegen als der Durchmesser des Verbindungsmittels beträgt. Umgekehrt ist bei einer gelenkigen Verbindung der Durchmesser je nach Holzart um 0,5 bis 2,0 mm größer zu wählen.

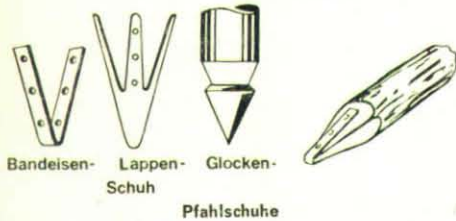
ringen aus gebogenem Flachstahl zu schützen. Pfahlringe lassen sich auch aus zersägten Stahlrohren anfertigen.

Abb. 56



Schutz der Pfahlköpfe

Abb. 57



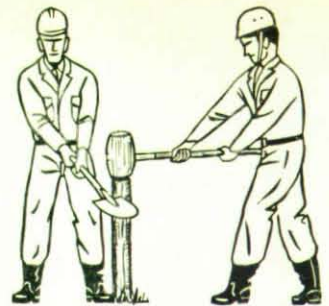
Pfahlschuhe

[82] Holzpfähle sind grundsätzlich mit einem Holzschlegel einzuschlagen. Dabei kann der Pfahl durch einen zweiten Helfer mit einem Spaten, einer Kreuzhacke o. ä. geführt werden.

Beachte: „Rundschläge“ beim Einschlagen von Pfählen sind verboten. — Untersagt ist ferner das Halten und Führen des Pfahles von Hand. — Andere Helfer und sonstige Personen dürfen sich in der Schlagrichtung nicht aufhalten, der zweite (unterstützende) Helfer steht seitlich zur Schlagrichtung.

66

Abb. 58



Einschlagen von Pfählen

3.6. Schneiden von Keilen

[83] Keile sind beim Bau von Holzkonstruktionen Hilfsmittel und dienen u. a. zum Festziehen von Abstützungen.

Durch die Verwendung von Keilen lassen sich Abstützungsarbeiten wesentlich beschleunigen, da das zeitraubende exakte Ablängen der Stützen erspart bleibt und Differenzen durch Keile ausgeglichen werden.

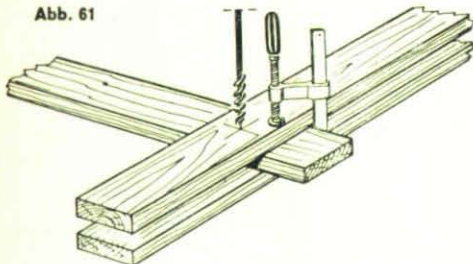
Keile halten Stützen oder Stiele ständig unter Spannung und gleichen Veränderungen im Gefüge des Objektes aus. Außerdem lassen sich Stützen, die mit Keilen aufgetrieben sind, beim Abbau leichter entfernen.

Keile sind möglichst aus Hartholz zu fertigen. Besonders geeignet sind Eschen-, Eichen- oder Buchenhölzer. Voraussetzung für die saubere Ausführung einer Konstruktion sind Keile gleicher Abmessungen und gleicher Neigungswinkel.

Je geringer die Neigung eines Keiles ist, desto

67

Abb. 61

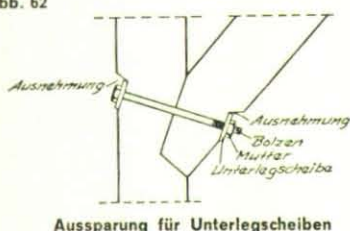


Bohrung mehrere Bauteile

Die Bohrlöcher werden auf dem obersten der aufeinandergelegten Bauteile angerissen. Nachdem sie gegen Verschieben oder Verrutschen gesichert sind, wird in einem Arbeitsgang gebohrt. Beim Bohren mit elektrischen Bohrmaschinen wird je nach Dicke des Holzes der Bohrer zum Entfernen der Bohrspäne bis zum Bohrlochmund mehrmals herausgezogen.

Zapfen und Zapfloch werden zur Aufnahme eines Holzdübels erst dann durchbohrt, wenn beide Bauteile zusammengefügt sind. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, zunächst das Langholz zu durchbohren, den Zapfen einzuführen und dann mit der Bohrspitze das Bohrloch anzureißen. Sodann wird der Zapfen herausgezogen und das Bohrloch im Zapfen um 1 bis 1,5 mm in Richtung der Zapfenbrüstung versetzt.

Abb. 62



Aussparung für Unterlegscheiben

Beachte: Biegepunkte oder auf Schub beanspruchte Bauteile sind zum Zweck einer

70

Verbindung nur so weit zu bohren, daß Unterlegscheiben, Laschen und Muttern auf dem Holz außen aufliegen. Ausgenommen sind Schrägverbände, bei welchen Aussparungen als Auflageflächen für die Unterlegscheiben auszustemmen sind.

71

„Waldbrand gefährdet Warnamt VI“

Ein Sonntagmorgen, der das Herz eines jeden Urlaubers höher schlagen läßt, liegt über dem Usinger Land: Strahlende Sonne, blauer Himmel und würzige Taunusluft. Plötzlich wird um 8.30 Uhr diese feiertägliche Stimmung durch Sirenengeheul zerrissen.

Ortsbrandmeister Werner (Ortsteil Bodenrod der Gemeinde Butzbach) hat übungsmäßig Feueralarm ausgelöst. Im Zuge der nachbarlichen Feuerlöschhilfe war auch in diesem Jahr in Absprache mit dem Warnamt VI dort eine Feuerlöschübung anberaumt worden. Sie stand unter dem Motto: Warnamt VI durch Waldbrand bedroht!

Das Amt ist von dichtem Wald umgeben und lediglich auf eine eigene, knappe Wasserversorgung angewiesen. Im Rahmen der Übung sollte daher untersucht werden, inwieweit die Abwendung möglicher Gefahren, die den oberirdischen Anlagen des Warnamtes durch einen Waldbrand drohen könnten, durch eigene und nachbarliche Feuerlöschkräfte gewährleistet ist. In derartigen Fällen ist es erforderlich, die zusätzliche Wasserversorgung mit langen Schlauchstrecken über eine Entfernung von rund 1000 m mit einem Höhenunterschied von 80 m aus dem Ortsteil Bodenrod sicherzustellen. Neben der Bewältigung dieser besonderen Erschwernisse in einem Brandfalle waren als weitere Übungsziele gesetzt:

- Nutzung der im Warnbunker eingelagerten Trinkwasservorräte zur Feuerlöschzwecken,
- Bergung von Verletzten über Nottreppen aus dem Unterkinftgebäude,
- Bergung von Verletzten aus dem Warnbunker unter Verwendung von schwerem Atemschutzgerät,
- Handhabung von Handfeuerlöschern an brennenden Übungsobjekten,
- Versorgung von Verletzten durch das DRK.

Alle Übungsziele konnten, wenn auch teilweise nur mit großen Mühen, erreicht werden. Dabei wurden wichtige Erfahrungen gesammelt: So fiel eine Druckerhöhungspumpe in der langen Schlauchstrecke bereits nach kurzem Betrieb durch Motor-

schaden aus. Ein als Löschreserve auf dem Warnamtsgelände bestehendes Feuerwehrfahrzeug wurde per Funk rasch als Ersatz an die Einsatzstelle beordert. Die Wasserversorgung war daher nur für kurze Zeit unterbrochen. Für die Wasserentnahme aus dem Bunkergeschoß — 4 reichte das vorhandene Gerät nicht aus. Für diesen Einsatz war eine Tragkraftspritze TS 8/8 in Verbindung mit einem Heuabsauggerät zur Beseitigung von Motorabgase



Einbringen des Ansaugschlauches zur Wasserentnahme in den Vorratsbehälter des Warnbunkers.



Am Beginn der langen Schlauchstrecke: Wasserentnahmestelle in Bodenrod.



Stadtbrandinspektor Wrede (rechts) mit Maschinen-Ingenieur Müller.

vorgesehen. Aus Sicherheitsgründen sollte das Bedienungspersonal unter schwerem Atemschutz arbeiten. Der vorhandene Metallabsaugschlauch war jedoch zu kurz, um damit bis ins Freie zu gelangen. Es fehlte außerdem ein passender Anschlußstutzen, um das Fortluftsystem des Warnbunkers für die Abgasbeseitigung nutzbar zu machen. Dieser Mangel wurde erkannt und wird überprüft werden.

Die Notwendigkeit der Durchführung derartiger Löschübungen und die Bedeutung der gewonnenen Erkenntnisse unterstrichen die Kreisbrandinspektoren Leber und Vogt des Hochtaunus- bzw. des Wetteraukreises sowie auch die Stadtbrandinspektoren Wrede (Usingen) und Haub (Butzbach).

Teilnehmende Kräfte an dieser Übung waren die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden Hoch-Weisel, Weiperfelden, Espa, Maibach, Münster, Fauerbach v. d. H. und Usingen, der Fm-Zug Hoch-Weisel sowie das DRK Butzbach. Das Warnamt VI verfügte über eine Bergungsstaffel (1/3) mit schwerem Atemschutzgerät.

Nach der abschließenden „Manöverkritik“ der Brandinspektoren konnten alle Beteiligten zufrieden und auch ein wenig stolz auf das Geleistete zur Einnahme des wohlverdienten Mittagessens an der Feldküche antreten. Eine besondere Überraschung hielt die FFW Phillipseck bereit: Ihr schmucker Fanfarenzug sorgte mit einem Standkonzert für einen harmonischen Ausklang dieses wohl gelungenen Ausbildungsvormittags.

-jom-

10 Jahre Warnamt I/Hohenwestedt

Im Leben einer traditionellen Dienststelle bedeuten 10 Jahre nicht viel. Für ein Warnamt — eine neuartige Dienststelle mit moderner Technik und einem Auftrag ohne unmittelbares Vorbild — jedoch ein Anlaß, Rückschau zu halten und eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Wie hatte alles angefangen? Von Mitte der 50er Jahre an wurde im Zuge erster Maßnahmen für einen Zivilschutz in der Bundesrepublik auch mit dem Aufbau eines neuen Warn- und Alarmdienstes begonnen. Im Jahre 1956 erhielt der erste Leiter des Warnamtes I, Wilhelm Rogalla, den Auftrag, in Kiel die Vorarbeiten zur Errichtung eines Warnamtes für Schleswig-Holstein und Hamburg zu leisten. Es begann mit einer Unterkunft beim CVJM in Kiel und führte über eine Dachbodendienststelle im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein sowie der Nutzung eines Tiefkellers beim Fernmeldeamt Kiel zur jetzigen Dienststelle in Hohenwestedt bei Neumünster. Dort waren zu Anfang der 60er Jahre alle Einrichtungen des Warnamtes einschließlich des unterirdischen Bauwerks neu geschaffen worden. Am 21. September 1964 wurde der Betrieb bei Hohenwestedt mit der Schaltung des Steuer- und Verständigungsnetzes aufgenommen. Technisch war das Amt nun schon weitgehend einsatzfähig. Als wichtigste Aufgaben standen neben dem Ausbau der Technik die Einstellung weiterer hauptamtlicher Mitarbeiter, die Werbung und Verpflichtung freiwilliger Helfer und die Ausbildung aller Kräfte im Vordergrund. Durch gezielte Schulung und gemeinsame Übungen mit anderen Warnämtern konnten im Laufe der Jahre die gesteckten Ziele planmäßig erreicht werden.

In enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen auf Länder- und Kommunalebene erfolgte der Ausbau des Warnnetzes, so daß heute mit rund 5500 betriebsbereiten Sirenen und über 800 Warnstellen bei Behörden und Betrieben im Warngebiet I ein guter Aufbaustand erreicht ist. Hinzu kam in den letzten Jahren die Aufgabe, im Rahmen der friedensmäßigen Nutzung der Einrichtungen des Warndienstes im besonderen die Auslösung der Sirenen im Katastrophenfalle in den küstennahen Gebieten durch Fern- tastgeräte sicherzustellen.

Wo es angebracht war, wurde auch der Öffentlichkeit und interessierten Organisationen Einblick in die vielfältigen Aufgaben und die Arbeitsweise des Warn- und Alarmdienstes gegeben.



Warnamtsleiter Kneppenberg überreicht das Goldene Ehrenabzeichen des Warndienstes an verdiente Mitarbeiter.

Schon in den ersten Aufbaujahren hatte eine stattliche Anzahl freiwilliger Helfer für die Arbeit im Warnamt gewonnen werden können. 1970 veränderte sich dieses Bild nun etwas. Die älteren Kräfte, die sich seinerzeit mit viel Idealismus zur Mitarbeit im Warndienst bereit erklärt hatten, wurden mehr und mehr durch junge Männer abgelöst, die sich anstelle des Wehrdienstes für eine 10jährige Mitarbeit im Zivilschutz verpflichteten. Doch auch mit dieser neuen Helfergeneration stehen dem Warnamt heute verlässliche Kräfte zur Verfügung.

Im Rahmen einer Helferversammlung wurde am 17. September 1974 durch

den Leiter des Amtes, Joachim Kneppenberg, aus Anlaß des Tages, da vor 10 Jahren die Arbeit in Hohenwestedt aufgenommen wurde, die bisher geleistete Arbeit und die Einsatzbereitschaft aller Mitarbeiter des Warnamtes I sowie die gute Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden Dienststellen, Behörden und Organisationen gewürdigt.

Bei diesem Anlaß konnte Warnamtsleiter Kneppenberg neben einer großen Zahl ehemaliger Bediensteter und Helfer auch die Vertreter der Länderbehörden, der Bundeswehr, der Landesbauämter und Kommunalbehörden, des THW und BVS sowie der örtlichen Feuerwehren begrüßen, ohne deren tatkräftige Unterstützung der Warndienst in Schleswig-Holstein und Hamburg seinen heutigen Stand nicht hätte erreichen können.

Im Rahmen der Veranstaltung bildete die Verleihung von Ehrenabzeichen an verdiente Helfer einen besonderen Höhepunkt. Ausgezeichnet wurden für 10jährige Mitarbeit: Hildegard und Friedrich von Geier, Albert Klimaschka; für 5jährige Mitarbeit: Ilse Gietz, Ulrich Zimmermann; für 3jährige Mitarbeit: Rolf-Dieter Carstensen, Reinhard Gezeck, Gerd Schmidt, Reinhard Schwabedissen, Hans-Peter Sötje und Günter Wollschläger.

Der Helferabend schloß mit dem Wunsch, die bewährte Zusammenarbeit aller Beteiligten für den Zivilschutz fortzusetzen und das Warnamt auch mehr an friedensmäßige Aufgaben wie Umweltschutz und Wetterdienst zu beteiligen.

-hdb-



Der erste Leiter des Warnamtes I, Wilhelm Rogalla (vorne rechts), im Kreise der Gäste bei der Jubiläumsfeier.

Dauerlandeplatz für „Christoph 6“

Kurze Distanz auf gleicher Ebene mit der Intensivstation



Für „Christoph 6“ wird jetzt neben dem Zentralkrankenhaus „Links der Weser“ in Bremen ein Dauerlandeplatz mit einem Hangar gebaut.

Für den seit Monaten geplanten Bau eines Dauerlandeplatzes für den Rettungshubschrauber „Christoph 6“ beim Zentralkrankenhaus „Links der Weser“ in Bremen hat die Bundesanstalt für Flugsicherung nun die Genehmigung erteilt. Mit den Arbeiten kann begonnen werden. Wann allerdings die Neuanlagen und die parallel dazu erforderlichen Klinik-Umbauten fertig sein werden, ist zur Zeit noch offen.

Oberbaurat Lambrecht vom Hochbauamt: „Auch wenn der Hangar in Fertigbauweise erstellt wird, dürften einige Monate nötig sein. Letztlich hängt es auch von den Angeboten ab — es ist durchaus möglich, daß ein Unternehmen, das länger, aber billiger baut, den Zuschlag vor einer schnelleren, aber teureren Firma bekommt.“ Für die gesamte Anlage stehen rund DM 600 000,— bereit. Mit den Bohrungen wurde bereits begonnen.

Vorgesehen sind an der Südwestecke des Krankenhauses ein 30 × 30 Meter großer Landeplatz innerhalb eines 70 × 70 Meter großen Sicherheitsbereiches, ein Hangar, eine Tankstelle, eine Unterstellhalle für einen Notarztwagen, Unterkünfte für das Personal. Aus dem Untergeschoß des Krankenhauses soll das Magazin herausgenommen werden. Der Grund:

Landeplatz und Intensivstation sollen sich in kurzer Distanz zueinander auf gleicher Ebene (ebenerdig) befinden, um Patienten auf kürzestem Weg der weiteren Behandlung zuführen zu können.

Der zuständige Leitende Regierungsdirektor beim Innensenator Dr. Jürgen Engelmann: „Nach Frankfurt erhält Bremen also die zweite Kompaktstation der Bundesrepublik.“ Der Verwaltungsdirektor des Zentralkrankenhauses, Reinhard A. Umlauf: „Eine feine Gemeinschaftsarbeit von Innen- und Gesundheitsressort. Ich muß auch hervorheben, daß die Planung recht unbürokratisch schnell gelaufen ist. Leider dauert uns der jetzige Vorgang zu lange: Wir wüßten gerne, wann die Anlage fertig ist.“

In der Tat waren Planung und Finanzierung bereits im Dezember vergangenen Jahres gesichert, in der Zwischenzeit mußten alle Beteiligten — Krankenhaus, Innen- und Gesundheitsminister, Bundesgrenzschutz, ADAC und Arbeiter-Samariter-Bund — auf die ausstehende Genehmigung in Frankfurt warten.

Stationiert ist der Hubschrauber seit Anbeginn vor dem Krankenhaus — provisorisch auf einer Wiese an der Senator-Weßling-Straße, gleich neben einem Parkplatz. Nachts darf der Hubschrauber dort — aus Sicherheits-

gründen — nicht stehen. Da er vor möglichen Unbefugten verschlossen sein muß, wird er seitdem in einer Halle des Bremer Flughafens abgestellt. Die Strecke zwischen Krankenhaus und Flugplatz fliegt „Christoph 6“ pro Tag in der Regel viermal: zweimal zum Parken und zweimal zum Auftanken. Dr. Engelmann: „Das erfordert Geld, viel Geld. Einmal die Miete auf dem Flugplatz, dann die dortigen Personalkosten.“ Übrigens: Jede Flugstunde des Rettungshubschraubers kostet DM 850,—, die über den Etat des Innensensors laufen.

Bundesgrenzschutz-Pilot Hoff leicht unwirsch: „Diese kurzen Flüge sind überflüssig. Jetzt steht der Winter vor der Tür, das wird ohnehin kein leichtes Fliegen.“

Wenn die Kompaktanlage fertig ist, haben die Piloten einen festen Ein- und Ausflugwinkel von und nach Norden. Bisher ist der Winkel variabel und richtet sich nach den Windverhältnissen. Es kann sogar vorkommen, daß der Pilot den Hubschrauber einmal um das Krankenhaus herumfliegen muß, um den besten Winkel zu bekommen. In Zukunft soll das ausgeschlossen sein. Allerdings wird, so schreibt auch die Bundesanstalt für Flugsicherung vor, eine „Flugbefehrerung“ notwendig sein.

Denn die Schenkel des Winkels schneiden im Osten den nahe liegenden Hangar und im Westen ein Schwesternwohnheim.

Auch was die Lärmbelästigung anbetrifft, erhofft man sich für die Zukunft eine weitere Verbesserung. Obermedizinalrat Dr. Böhmert, Chef der Anästhesie-Abteilung und gelegentlich mittliegender Arzt: „Wir hatten damals Phonmessungen vornehmen lassen. Hinter dem Krankenhaus waren es 30, vor dem Krankenhaus aber 60 Phon. Das liegt vor allem am jetzigen Landepunkt, der aber fällt in Zukunft ja weg.“

Viele Pläne werden Wirklichkeit Bessere Einsatzmöglichkeiten durch größere Unterkunft

Eine erhebliche Verbesserung hinsichtlich seiner Unterkunft hat der Arbeiter-Samariter-Bund Hann.-Münden getroffen. Mit seinen 30 Quadratmetern, so Georg Ries, sei der Kiosk an der Bahnunterführung Woorthweg noch nie ein idealer Stützpunkt für den ASB gewesen, jetzt habe man sich jedoch vergrößern können. Die neue Unterkunft des ASB befindet sich in den ehemaligen Geschäftsräumen der Heizungsfirma Bischof am Vogelsangweg.

160 Quadratmeter werden nun ausreichend Platz bieten für Büros, einen Unterrichtsraum für 20 bis 30 Personen sowie eine Tagesstätte für ältere Bürger. Diese Vorhaben werden allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da sich in den Räumen noch Lagerbestände des vorherigen Mieters befinden. Außerdem sei auch eine Unterkunft für Wehrdienstverweigerer geplant, die ihren Einsatz beim ASB leisten.

Doch nicht nur die personelle Unterkunft habe eine Verbesserung erfahren, auch für den Wagenpark, der aus drei Liege-, zwei Sitzwagen, einem Gerätefahrzeug und einem Rettungswagen besteht, sei jetzt hinreichend gesorgt. Ein geräumiger Hof sowie drei feste Garagen, so Georg Ries, böten genügend Unter- und Abstellmöglichkeiten.

Ein neuer VW-Bus wird im nächsten Monat die Arbeit des ASB noch zusätzlich unterstützen. Das modern ausgerüstete Fahrzeug ist allerdings nicht ganz billig; Ries muß dafür DM 23 000,— auf den Tisch blättern. Deshalb sei er auch etwas enttäuscht darüber, daß die im letzten Jahr im Haushalt der Stadt Münden vor-

gesehenen DM 4 000,— noch nicht eingetroffen wären, ebenso die zugesagten DM 4 000,— vom Landkreis.

Resignieren werden Georg Ries und die acht Mitarbeiter allerdings nicht, denn die Dienste des ASB werden in immer stärkerem Maße in Anspruch

genommen. So wurden zum Beispiel allein im Rahmen des Krankentransportes in diesem Jahr bereits 188 000 km gefahren, was mehr als der doppelten Kilometerzahl des gesamten vergangenen Jahres entspricht.

Folklore zum ASB-Jubiläum

Festliche Anlässe mit allen Bürgern der Stadt feiern

Wer beim Schloßplatzfest vom vielen Stehen keine schweren Beine bekam und sich nicht müde getanzt hatte, der konnte am Sonntag einen weiteren Höhepunkt in Wiesbadens frisch eingeweihter Fußgängerzone miterleben. Die Bürger waren auf-

beschlossen. Ihr erklärtes Ziel war es, den Bürgern in den verschiedensten Lebensbereichen eine gezielte Hilfestellung anzubieten, um alle erforderlich gewordenen Dienstleistungen zu erfüllen. Der ASB will auch weiterhin so bürgernah arbeiten



Die Rettungs- und Geschäftsstelle des Arbeiter-Samariter-Bundes in Wiesbaden.

gerufen, zusammen mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Wiesbaden, der in diesem Jahr sein 10jähriges Bestehen feierte, weiterzufeiern und sich weiter zu freuen. Auf dem Programm stand ein folkloristischer Frühschoppen. Nach der netten „leisen“ Begrüßung durch die 1. Vorsitzende des ASB-Wiesbaden, Renate Steiner, begann der folkloristische Reigen auf dem Mauritiusplatz. Der stadtbekannt Fanfarenzug „Spinner“ erfreute zum Auftakt alle Bürger, Mitglieder und Freunde der Hilfsorganisation mit einem zünftigen Willkommensgruß oder auch Weckgruß für alle noch nicht munteren Besucher. „Brüder reicht die Hand zum Bunde“, sang anschließend der Chor des Fuhr- und Reinigungsamtes der Stadt.

Mit ähnlichen Leitgedanken haben sich vor 10 Jahren einige Leute zusammengesetzt und die Wiedergründung des ASB Wiesbaden

wie nur möglich; deshalb ist es auch notwendig, Geburtstage und festliche Anlässe nicht intern zu feiern, sondern zusammen mit allen Bürgern der Stadt, betonte Renate Steiner.

Zwischen den einzelnen, sehr nett arrangierten Programmteilen fanden die Mitglieder der großen ASB-Familie immer wieder Gelegenheit zu persönlichen Kontakten und freundschaftlichen Gesten. Höhepunkt des Frühschoppens war das Auftreten der Tanz- und Spielschar Wiesbaden unter Leitung von H. Adomat. Sie bot den Besuchern Volkstänze aus verschiedenen Teilen Deutschlands. Besonders viel Beifall erhielt der „Schwedentanz“. Die Beat-Formation „Lokomotive“ sorgte für gute Stimmung bei den jungen ehrenamtlichen Mitarbeitern im ASB, die sich bereitwillig und mit großer Selbstlosigkeit — so Renate Steiner — für die Dienste des ASB zur Verfügung stellen.

Deutsch-britisches Lager im Hunsrück

Neue Ausbildungsmethoden versucht – Moselfahrt mit Weinprobe bei Kerzenlicht

„Wir kommen wieder!“, war die Meinung von 87 Prozent der befragten Helfer, die an dem deutsch-britischen Ausbildungslager in Rhaunen (Hunsrück) teilgenommen hatten. Minutenlanger Beifall am Abschlußabend waren für die Ehrengäste und die Führungsgruppe ein sichtbares Zeichen der Zufriedenheit.

Mitten im Hunsrück

Die Bundesleitung der JUH hatte ein neues, bisher von der JUH nicht genutztes Sanitätsausbildungslager von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt bekommen. Mitten im tiefen Hunsrück, nur eine Fußmarschstunde östlich des Idarkopfes, der höchsten Erhebung dieser landschaftlich schönen Gegend, liegt das Lager Rhaunen, im Bundeswehrsprachegebrauch als Einödstandort bezeichnet. Knapp hundert Personen sollten Gelegenheit bekommen, sich als Ausbilder für Erste Hilfe, Transport-Sanitäter, OP- und Laborhelfer, als Fernsprecher und in der Herz-Lungen-Wiederbelebung ausbilden zu lassen.

Neue Ausbildungsmethoden

In diesem Jahr wurden besondere Ausbildungsmethoden erprobt. Angeboten wurden Kurse und Referate in Selbst- und Gruppenarbeit, freiwillige, selbstgestaltete Zusatzfortbildung, Nutzung und Ausbildung an zeitgemäßen Medien. Für die Ausbilder standen in der örtlichen Schule zwei Klassen für die unterrichtspraktischen Übungen zur Verfügung.

Sonderprogramm für Briten

An dem Ausbildungslager nahm eine 19köpfige Delegation der St. John Ambulance Brigade teil, eine Gruppe von Jungen und Mädchen aus allen Teilen Englands. Für sie war ein Sonderprogramm entworfen worden, um ihnen einen weitgehenden Einblick in das deutsche Krankentransport- und Rettungswesen zu geben und sie

mit den hier üblichen Rettungsmitteln und Geräten vertraut zu machen. Wichtige Stationen im Programm der Engländer waren die JUH-Rettungswache Köln, die Polizeileitstelle Trier und das Bundeswehrzentral-krankenhaus Koblenz. Besonderen Anklang fanden die gemeinsamen Kurzausflüge. Es wurden u. a. besichtigt eine Felsensiedlung, ein Schieferbruch mit Fossilien-sammlung, eine Töpferei, die Schinderhanneshöhle, Wildgehege und schließlich die Edelsteinschleiferei von Idar-Oberstein.

Bei Wein und Kerzenschein

Höhepunkt war eine Moselfahrt, die in Bernkastel begann und in dem berühmten Weinort Wehlen endete. Dort besichtigten die Lagerteilnehmer die Weinkellerei und nahmen an einer Weinprobe teil. Bei Wein, Kerzenschein und Gesang stieg das Stimmungsbarometer. Abschluß dieses Tages war dann eine handfeste Winzervesper auf der Starkenburg. Nicht überrascht, aber mit der dargebotenen Situation nicht vertraut, waren die Helfer bei der Großübung, die einen ganzen Vormittag dauerte. Von den JUH-Gruppen aus Mainz und Wiesbaden geschminkte „verletzte“ Teilnehmer einer Grillparty mußten im nahen Wald versorgt und transportiert werden. Die nach einer kurzen Einweisung selbstgewählten Führer der Rettungsgruppen hatten genug zu tun, um mit dem vorhandenen Material die Aufgaben zu erfüllen. „Äußerst realistisch“ war auch der Kommentar der Schiedsrichter nach dem Übungsende.

Ernstfall geprobt

Der erste Sanitätszug der JUH Stuttgart führte mit 36 Helfern eine Wochenendübung auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Malmshausen durch; es wurde auf die Gruppenarbeit ein besonderes Augenmerk gerichtet. Als Lage wurde angenommen, daß ein Transportflugzeug mit 15 Mann

Besatzung beim Versuch einer Notlandung im benachbarten Waldstück abstürzte. Das Flugzeug hatte einige Behälter mit radioaktivem Material an Bord.

Im Wald wurden 6 Helfer als Verletztendarsteller sowie einige Schaufensterpuppen ausgelegt. Nach Auslösen des Alarms wurde den Gruppenführern der Einsatzbefehl gegeben, das Waldstück zu durchkämmen, dabei wurde auf die Möglichkeit etwaiger ABC-Gefahren hingewiesen. Die Gruppen waren mit Funkgeräten im 2-m-Band ausgerüstet, es bestand somit zwischen den Gruppenführern und dem Zugführer Sprechfunkverbindung. Gleich nach Beginn der Übung zeigte sich, daß die Orientierung im Gelände nach Koordinaten für die Gruppenführer recht schwierig war. Nach 1 1/2 Stunden waren alle Verletzten und Toten geborgen. Auch die Behälter mit dem radioaktiven Inhalt wurden aufgefunden und der Standort der mitwirkenden ABC-Gruppe über Funk mitgeteilt, damit von dort aus die notwendigen Maßnahmen getroffen werden konnten. Kritisch muß bemerkt werden, daß beim Einsatz im ABC-Bereich erhebliche Ausbildungsmängel sichtbar wurden. Des weiteren darf gesagt werden, daß gerade solche Kleinübungen gut geeignet sind, die Zusammenarbeit der Gruppen, die Befehlsgebung, Beurteilung der Lage, Führungstechnik u. ä. sowie die Zusammenarbeit mit Teilen anderer Fachdienste zu schulen. Zugführer und Gruppenführer sollten auf ihre Helfer stärker einwirken, damit sie sich ernstfallmäßiger verhalten. Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes, die mit echten Ernstfällen relativ wenig in Berührung kommen, müssen bei solchen Übungen besonders geschult werden, „in der Lage zu leben“.

Nach der Übung verbrachten alle Helfer den Abend in kameradschaftlicher Weise am Lagerfeuer. Abschließend darf bemerkt werden, daß dieser von der Johanniter-Unfall-Hilfe Stuttgart betreute Sanitätszug durchaus in der Lage ist, in einem ihm zugewiesenen Bereitstellungsraum selbständig zu operieren. Er bedeutet eine wichtige Hilfe für den Katastrophenschutz der Stadt Stuttgart.

JUH in Österreich gegründet

Graf Bentheim übergab einen Sanka und weitere Spenden

Die JUHÖ wurde am 21. 6. 1974 gegründet. Dabei wurde folgendes Präsidium gewählt: Präsident: Ernst-Joachim Thonke, Wien; Vizepräsident: Nils Helge Koblanck; Schatzmeister: Berthold v. Sethe, Hinterbrühl bei Wien; Arzt: Primarius Dr. Rudolf Emich, Wien; Pfarrer: Pfarrer Ernst Gläser (Geschäftsführer des Diakonischen Werkes für Österreich), Wien; Ausbildungsleiter: Johannes Satlow, Wien; Beisitzer: Ordenskanzler Hans Georg v. Brauchitsch, Neuss; Präsident der JUH Peter Graf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, Düsseldorf.

Am 5. 10. 1974 fand um 14 Uhr die erste Generalversammlung der JUHÖ statt, wobei der Präsident ER Thonke die beiden Beisitzer des Präsidiums der JUHÖ, eine Gruppe von 7 Helferinnen und Helfern der JUH-Münster, eine Gruppe von 4 Helferinnen und Helfern der JUH-Ottobrunn bei München und eine Delegation der St. John Ambulance Association and Brigade aus England begrüßen konnte.

Große Pressebesprechung

Es waren etwa 30 Mitglieder der JUHÖ anwesend. Insgesamt hat die JUHÖ 50 Mitglieder. Anschließend um 15.30 Uhr fand eine Pressebesprechung statt, wozu weitere 60 Gäste erschienen, darunter das Ehrenmitglied des Johanniterordens Altbischof D. May sowie Vertreter folgender österreichischer Organisationen: des Malteser-Hospitaldienstes, des Roten Kreuzes, des Zivilschutzverbandes, der Bundesärztekammer, des Bundesheeres und mehrere Vertreter der großen österreichischen Tageszeitungen.

JUH spendete Sanka

Graf Bentheim übergab einen von der JUH gespendeten, vollausgerüsteten Krankentransportwagen. Thonke dankte im Namen der JUHÖ und aller Österreicher, denen mit dem Sanka Hilfe geleistet wird. Der Ordenskanzler betonte in seinem Grußwort, daß der Johanniterorden die Schirmherrschaft über die JUHÖ übernommen habe und sich der daraus erwachsenen Verantwortung bewußt sei. Dankbar wurde die Übernahme der Kosten für die Versicherung für

das erste Jahr des Sanka durch den Johanniterorden aufgenommen. Große Freude löste auch die Spende von 15 Dienstbekleidungen durch die JUH aus.

Der OB der JUH-Münster schenkte einen Blutdruckmesser, der OB der JUH-Ottobrunn übergab einen Erste Hilfe-Koffer. Ohne die tatkräftige, finanzielle Unterstützung aus Deutschland wäre ein erfolgreicher Beginn der JUHÖ in Österreich unmöglich gewesen.

Leider ist von der österreichischen Bundesregierung nicht mit Zuschüssen zu rechnen. Erschwerend bei der Beschaffung von Hilfsgeldern aus Österreich wirkt sich aus, daß Spendenbescheinigungen nicht steuerabzugsfähig sind, also vom versteuerten Einkommen nur gespendet werden kann.

Einsatz beim ÖRK

Aus vielen Pressemeldungen geht hervor, daß in Österreich noch bedeutende Anstrengungen zur Verbesserung des Unfallrettungswesens getan werden müsse. Hierfür will sich die JUHÖ gern einsetzen. An hilfsbereiten, jungen Menschen wird es nicht fehlen. Mit den in Wien bereits ausgebildeten 15 Helferinnen und Helfern der JUHÖ wird der gespendete Sanka beim ÖRK nachts und an Wochenenden eingesetzt, wie das auch vom Malteser-Hospitaldienst praktiziert wird. Das ÖRK ist für diesen ehrenamtlichen Einsatz sehr

dankbar, entlastet er doch spürbar die Berufsfahrer des ÖRK. Monatliche Zusammenkünfte zwischen MHD und JUHÖ werden die ordensbrüderliche Verbundenheit vertiefen. Auch bei den Krankenhäusern und Altenheimen der evangelischen Kirche in Österreich öffnet sich ein großes Feld für die Betätigung der JUHÖ. Besonders dringend werden auch Damen und Herren für die häusliche Krankenpflege gesucht, deren Ausbildung die JUHÖ vorrangig behandeln will. Der Tag der JUHÖ klang harmonisch aus mit einem Besuch eines Heurigenlokals in Grinzing. Am 6. 10. 1974 wurde den ausländischen Gästen die Stadt bei einer Stadtrundfahrt gezeigt.

Ehemaliger ZG Satlow arbeitet seit 1 1/2 Jahren

Schon seit etwa eineinhalb Jahren hat der österreichische Student Johannes Satlow, der in der JUH-Münster zuletzt als Zugführer und Ausbilder tätig war, in Wien mit Unterstützung des Präsidenten der JUH Erste Hilfe-Kurse durchgeführt. Die Johanniter-Unfall-Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland wünscht dem Präsidium und der Helferschaft alles Gute zum Start in ordensritterlicher Verbundenheit.

Wettstreit der JUH-Standorte in Leutkirch



In Leutkirch (Baden-Württemberg) fand auch in diesem Herbst das traditionelle Ringtreffen statt, bei dem sich die JUH-Standorte der Nachbarschaft zu einem Wettstreit treffen. Besonders tückisch auf dem „Hindernis-Parcours“ war die Schaumstoffstrecke. Aber auch eine Miniwiese mit Kuh, eingezäunt mit einem elektrischen Zaun, mußten die Helfer mit ihren Tragen passieren. Die Mannschaft links bekommt von vornherein Minuspunkte, weil sie keine vorschriftsmäßige Dienstbekleidung trägt. Sie hat die Mützen vergessen.

Ein neues Berufsbild:

RETTUNGSSANITÄTER

Helfen und Retten will gelernt sein – Fachlehrgang in Köln

Um eine bestmögliche Versorgung von Unfall- und Notfallpatienten am Einsatzort zu erreichen, wurden in einem Fachlehrgang im Heilig-Geist-Krankenhaus in Köln 32 Feuerwehrleute aus Pulheim und Stommeln sowie Mitarbeiter des Malteser-Hilfsdienstes aus Köln zu Rettungssanitätern ausgebildet. Bei der abschließenden Prüfung bestanden 30 Lehrgangsteilnehmer „ihr Examen“.

Die Einführung eines neuen Berufsbildes, des Rettungssanitäters, ist zur Verbesserung des Rettungswesens dringend erforderlich und trägt im Rahmen der modernen Notfallmedizin dazu bei, daß eine sachgerechte und lebensrettende Versorgung Unfallverletzter und Schwerkranker gewährleistet wird.

Dem Bestreben einer einheitlichen und fundierten Berufsausbildung der Personen, die auf einem Rettungstransportwagen bzw. Notarztwagen ihren Dienst versehen, liegt ein Gesetzesentwurf (Stand 1. 10. 72) zugrunde, der wesentliche konkrete Ansätze bietet, um geeignete Personen — im Rahmen einer Übergangsregelung — bis zum Inkrafttreten des Gesetzes

Der Rettungssanitäter muß so ausgebildet sein, daß er dem Arzt am Einsatzort assistieren kann.





Der Lehrgang sah u. a. ein 120stündiges Praktikum auf Rettungswagen vor.

(voraussichtlich im Oktober 1975) zu Rettungssanitätern auszubilden.

Der Malteser-Hilfsdienst begann im Dezember 1973 mit dem Fachlehrgang, der nach einer rund 300-stündigen Ausbildungszeit Ende November im Heilig-Geist-Krankenhaus in Köln-Longerich für die Teilnehmer mit einem

„Examen“ vor einer Prüfungskommission beendet wurde.

Die mündlich-praktische Prüfung wurde von einem vierköpfigen Gremium, in dem Medizinaldirektor Dr. med. Trapp vom Gesundheitsamt in Köln und Generalsekretär Georg von Truszczynski vom Malteser-Hilfsdienst

als Prüfungsvorsitzende, Dr. med. Christoph Biesing (Leit. Arzt des Kölner Rettungshubschraubers) und Günter Hupperich (Ausbildungsreferent des MHD Köln) als Fachprüfer fungierten, abgenommen.

Während des Lehrganges, der jeden Samstag in der Schule des Heilig-Geist-Krankenhauses durchgeführt

wurde, erhielten die Teilnehmer eine gründliche theoretische und praktische Unterweisung in der Erkennung lebensbedrohlicher Notfallsituationen aller medizinischen Fachbereiche (Gynäkologie und Geburtshilfe, Innere Medizin, Chirurgie, Anaesthesie und der Pädiatrie), der Einleitung erforderlicher Maßnahmen in der Reanimation, Umgang mit medizinisch-technischen Einrichtungen (EKG, Defibrillator, Narkosegeräte usw.), Arzneimittellehre, Funk- und Rechtskunde, Straßenverkehrsrecht, Bergungsprinzipien und Einführung in die Instrumentenkunde und deren Anwendungsmöglichkeiten.

Hierbei wurde größter Wert darauf gelegt, daß nicht nur detailliertes theoretisches Wissen vermittelt wurde, sondern daß der Rettungssanitäter in der Lage ist, den Notarzt bei Eingriffen an der Unfallstelle und während des Transportes in das Krankenhaus wirkungsvoll unterstützen kann.

Nach Beendigung der 10stündigen Prüfung erhielten die Rettungssanitäter durch Medizinaldirektor Dr. Trapp ihr Diplom sowie einen Äskulapstab auf rotem Grund als äußeres Zeichen für die Dienstbekleidung. Die theoretische Wissensvermittlung wurde ergänzt und vertieft durch ein rund 120stündiges Praktikum auf Rettungswagen — unter Einbeziehung des Notarztes der Berufsfeuerwehr Köln — und durch ein zweiwöchiges Praktikum auf der Intensivstation der Universitätsklinik Köln. Hierbei ist zu erwähnen, daß durch die tadellose Bereitschaft der Berufsfeuerwehr und der Universitätsklinik die Ausbildungsarbeit des Malteser-Hilfsdienstes wesentlich erleichtert wurde.



AKTUELLE NACHRICHTEN

IHK regt verbesserten Katastrophenschutz an

Überall dort, wo noch kein betrieblicher Katastrophenschutz eingerichtet ist, einen solchen aufzubauen, hat die Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar ihre Mitgliedsfirmen aufgefordert. Dort, wo bereits ein betrieblicher Katastrophenschutz bestehe, solle er nach Möglichkeit besser ausgebaut werden.

Der Katastrophenschutz, der im eigenen Betrieb aufgebaut werde, habe gegenüber anderen — technisch noch so gut ausgestatteten — Hilfseinrichtungen erhebliche Vorteile. So die bessere Orts- und Personenkenntnis derjenigen, die im betrieblichen Katastrophenschutz tätig sind und deren sofortige Anwesenheit am Schadensort.

In Baden-Württemberg wird ein Referentenentwurf für ein Katastrophenschutzgesetz bereits vorbereitet; es soll noch in diesem Jahr dem Landtag zugeleitet werden.

Erste Hilfe über Autotelefon

Über tausend Fahrzeuge, Privatwagen, aber auch Omnibusse, Müllfahrzeuge und Taxis, werden im Kreis Ulm künftig mit einem roten Kreuz auf weiß-blauen Plaketten gekennzeichnet sein. Es handelt sich dabei um Fahrzeuge, in die ein Autotelefon eingebaut ist oder solche, die mit einer Funkanlage an eine Zentrale angeschlossen sind.

Nach den Vorstellungen des Deutschen Roten Kreuzes werden die Fahrer dieser Fahrzeuge dann, wenn bei einem Unfall kein anderes Telefon erreichbar ist, einen Notruf an einen Rettungsdienst weitergeben. Die Plakette dokumentiert ihre Bereitschaft dazu. Dieser Notruf wird an die Rettungsstelle des DRK im Kreis Ulm gerichtet, von dieser Stelle aus wird dann weitere Hilfe veranlaßt.

Altreifen als Wellenbrecher

Ein in der Umweltverschmutzung sehr bedeutendes Problem, die Beseitigung von Altreifen, kann einer wirtschaftlich sinnvollen Lösung zugeführt werden. Entlang der amerikanischen Atlantikküste und an den Uferändern des Michigansees sollen jetzt Wellenbrecher aus Altreifen angelegt werden.

In mehrmonatigen Versuchen wurde festgestellt, daß bereits eine relativ einfache, schwimmende Barriere aus schaumstoffgefüllten Altreifen selbst bei stürmischem Seegang über 70% der Wellenkraft bricht. Durch intensive Versuche an der Universität Michigan will man erreichen, daß die Schutzwirkung der Altreifen-Wellenbrecher auf 100% erhöht werden kann. Auch andere Recycling-Prozesse sind sehr erfolgversprechend. Altreifen können durch Pyrolyse thermisch zersetzt oder abgasfrei in Cyclonöfen verbrannt werden; dabei werden Rohstoffe rückgewonnen oder es wird Energie erzeugt. Als Pflanzendünger, Kunstrasen oder bei der Anlage von Fischfarmen finden ausgediente Reifen heute bereits Verwendung.

Spätschäden nach Sturmkatastrophe

Wissenschaftler der „Niedersächsischen Forstwissenschaftlichen Versuchsanstalt“, die in der Abteilung Waldschutz arbeiten, führen einen fast aussichtslosen Kampf gegen die Forstschädlinge. Nach der Sturmkatastrophe, die im Jahre 1972 riesige Schäden in den niedersächsischen Wäldern anrichtete, droht jetzt eine neue Katastrophe: Borkenkäfer.

Sechzehn Millionen Festmeter Fallholz, die dem Sturm im November 1972 zum Opfer fielen, sind im Laufe des Jahres 1973 nur zu knapp 90% entrindet worden; vom noch nicht entrindeten Fallholz ging die Gefahr aus.

Die ausschwärmenden Borkenkäfer, die normalerweise auf sogenannten „Fangbäumen“ — gefälltten gesunden Fichten, die mit ihrem Harzduft die Käfer anlocken — unschädlich gemacht werden, haben inzwischen zu einer riesigen Invasion auf gesundes, stehendes Holz angesetzt. Ungehindert konnten sie in den Fallholzmengen, die nicht entrindet waren, überwintern.

Mit Giftstaub versucht man nun der Plage Herr zu werden. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten — man

befürchtet vielmehr, daß die Waldschäden, die durch die Borkenkäfer verursacht werden, enorm sein werden.

Energie aus dem Erdinneren

Die Isländer nutzen die aus dem Erdinneren hochschießenden Wassermengen seit Jahrzehnten wirtschaftlich aus; in geringerem Umfang geschieht dies auch in einigen Gebieten Italiens.

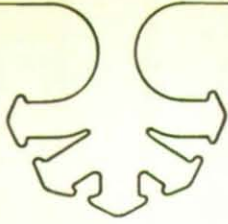
Nach der Erdölkrise waren die Franzosen die intensivsten Sucher nach neuen Energiequellen — und haben nun auch als erste die Heißwasserspeicher im Erdinneren angebohrt. Mit Hilfe eines Röhrensystems soll das heiße Wasser aus dem Erdinneren hochgepumpt und in die Heizungen geleitet werden. In Melun und in einem Vorort von Toulouse wird dieses Verfahren bereits praktiziert. Die Tiefbohrungen von Melun reichen 1800 Meter tief; das Wasser, welches gefördert wird, hat eine Temperatur von 70 Grad. Das abgekühlte Wasser fließt in die Tiefe zurück.

Inzwischen wurden bereits in vielen anderen Städten Versuchsbohrungen niedergebracht. In der Satellitenstadt Marne-la-Vallée im Osten von Paris sollen 500 solcher Tiefbrunnen entstehen. Im Elsaß und in Südfrankreich wurden ebenfalls große Heißwasserlager festgestellt.

Umwelt nicht militärisch nutzen

Den sowjetischen Antrag, auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung einen Tagesordnungspunkt zur Einschränkung der Kriegführung im Umweltbereich zu setzen, greift die Prawda auf. Ein grundsätzliches „Verbot über die Veränderung der Umwelt und des Klimas für militärische Zwecke“ ist nach Auffassung des Organs des Zentralkomitees der KPdSU für alle Menschen dieser Erde wichtig.

Ein gelenkter Tornado führe eine Energie mit sich, die der Sprengkraft von 50 Kilotonnen Sprengstoff entspricht. Künstlich erzeugte Erdbeben, heute bereits eine wissenschaftlich fundierte Möglichkeit, können zu ungeheuren Verwüstungen führen. Hinzu komme noch die Gefahr einer Dauerschädigung der Umwelt durch die Anwendung von Herbiziden oder auch die Möglichkeit der Ungenießbarmachung von Trinkwasser.



presseschau DES INLANDS

CSU-Arbeitskreis zur Selbstschutzarbeit

Der Wehrpolitische Arbeitskreis der Christlich-Sozialen Union beschäftigte sich kritisch mit dem Stand der Selbstschutzarbeit im Jahre 1974. Besonderes Gewicht wurde der Selbstschutztätigkeit für den Bereich der Rettung von Menschenleben in Wohngebieten beigemessen. Kritik wurde hier besonders an der Auflösung der früheren Organisationsform geübt, die man als für den Nachbarschaftsbereich sehr geeignet angesehen hatte.

Hat schon die Auflösung der Selbstschutzzüge und die mangelhafte Gesetzgebung über das Mitwirken im Selbstschutz Befremden ausgelöst, so kam dazu noch das Verbot der weiteren Ausbildung von Rettungshunden — trotz deren erwiesener Eignung zur Rettung von Menschenleben. Die Auflösung der Selbstschutzorganisation in den Gemeinden läßt ein für den Ernstfall gefordertes Wirksamwerden des Selbstschutzes im Rahmen wirksamer nachbarlicher Hilfe nicht mehr zu.

In diesem Zusammenhang ist auf die völlig unzureichende Erstellung öffentlicher Luftschutzräume bzw. die Instandsetzung vorhandener Bunker aus dem 2. Weltkrieg hinzuweisen. Für Passanten und sich außerhalb von Wohn- und Arbeitsstätten aufhaltende Personen gibt es z. Z. praktisch keine Schutzmöglichkeit.

Das zunehmende Interesse der Bevölkerung für den Zivilschutz steht in einem krassen Gegensatz zu dem staatlicherseits bestehenden Engagement.

(CSU-Information zur Sicherheitspolitik, München)

Auf den Bürger kommt es an

Wieder einmal heulten die Sirenen zur Probe und lösten unliebsame Erinnerungen aus an „damals“. Damals waren die Straßen innerhalb weniger Minuten leer, die Menschen waren sich der drohenden Gefahr bewußt und suchten Schutz. Heute fragen die Bürger telefonisch bei den Stadtverwaltungen an, was denn zu tun sei, wenn dieser von den Sirenen verkündete Alarm einmal ernst gemeint sei.

Um es gleich vorweg zu nehmen, viele Möglichkeiten gibt es in Offenbach, wie in der gesamten Bundesrepublik, nicht. Das liegt zum großen Teil an den Bürgern selbst, meint das für diese Frage zuständige, der Stadtverwaltung angegliederte Amt für den Zivilschutz, zum geringeren Teil aber auch am Staat.

Im Gegensatz zu den neutralen Staaten Schweden und Schweiz habe man die Aufforderung an die Bürger, sich selber Schutzräume zu bauen, in den vergangenen 25 Jahren in den Wind gesprochen. Der Bürger ist in erster Linie aufgerufen, sich selbst zu schützen.

In den Ostblockstaaten wird weitaus mehr für den Schutz der Zivilbevölkerung getan. Dort investiert man wohl weniger Geld, aber eine hundertprozentige Beteiligung der Bürger an den Lehrgängen des Zivilschutzes ist eine klare Voraussetzung.

(Offenbach-Post)

Trinkwasser-Notversorgung verbessert

Seit dem Inkrafttreten des Wasser-sicherstellungsgesetzes vor sechs Jahren hat man in Niedersachsen, wie das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium bekanntgab, mit einem Kostenaufwand von 5,5 Millionen DM 255 Notbrunnen angelegt.

Damit ist für über 1,3 Millionen Einwohner Niedersachsens jetzt die Notversorgung mit Trinkwasser sichergestellt.

Die neuen Brunnen, die teilweise über 100 Meter tief und mit leistungsfähigen Unterwasserpumpen ausgerüstet sind, können jeweils stündlich fünf bis zehn Kubikmeter Wasser liefern. Wenn man einen Tagesbedarf von 15 Litern je Einwohner zugrundelegt, können in Notfällen aus jedem

Brunnen fünftausend bis zehntausend Menschen versorgt werden.

Die Notbrunnen sind unabhängig vom Netz der zentralen Wasserversorgung und fördern ausschließlich aus dem Grundwasser. Um eine Notversorgung auch für solche Gebiete zu gewährleisten, in denen die Anlage solcher Brunnen unwirtschaftlich wäre, sind zunächst drei Verbundleitungen hergestellt worden; eine vierte Leitung steht kurz vor der Fertigstellung. Die Notversorgung mit Wasser für die in Ballungsgebieten und Großstädten des Landes lebenden Bürger — 1,9 Millionen — ist zum Jahresende mit 75 Prozent gesichert. Die Kosten für den Brunnenbau trägt der Bund.

(Hannoversche Allgemeine Zeitung)

Weltkriegsbunker werden instandgesetzt

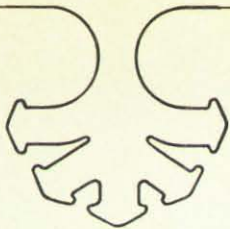
Insgesamt 38 stabile Luftschutzbunker hat es in Stuttgart gegeben; nur einer von ihnen ist gesprengt und beseitigt worden. Die anderen sollen, soweit sie noch „erhaltungswürdig“ sind, wieder instandgesetzt werden. Aber auch U-Bahntunnel und die Tiefgeschosse von Parkhäusern bieten Schutz in einem etwaigen Ernstfall.

Vor zwei Jahren bereits ist ein Spitzbunker in der Nähe des Bahnhofs Feuerbach auf Bundeskosten wieder als Schutzraum für 200 Personen brauchbar gemacht worden; der größte Stuttgarter Hochbunker wird derzeit instandgesetzt. Für die als erhaltungswürdig befundenen Bunker sind zwei Stufen vorgesehen; die erste Stufe ist die Nutzbarmachung für einen Aufenthalt von wenigen Stunden — mit Sitz- und Liegemöglichkeiten, Beleuchtung und Belüftung sowie sicheren Türen.

Die zweite Stufe dient einem Ausbau zu längerem Aufenthalt. Schutzsuchende sollen dann mindestens 14 Tage, unabhängig von der Außenwelt, im Bunker leben können. Die Bunker werden zu diesem Zweck mit Schutzfiltern, eigenen Notbrunnen und Notstromaggregaten und Lebensmittelvorräten ausgestattet werden.

Neue Bunker werden nicht gebaut, wohl aber sollen Mehrzweckanlagen, die im Zusammenhang mit unterirdischen Verkehrsbauten entstehen, als Schutzräume ausgestattet werden.

(Reutlinger General-Anzeiger)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

**IRK:
Regierungsexpertenkonferenz**

revue internationale de la croix-rouge

Vom 24. September 1974 bis zum 18. Oktober 1974 tagte in Luzern eine Konferenz von Regierungsexperten, die sich mit dem Einsatz gewisser herkömmlicher Waffen beschäftigte und an der 150 Experten aus 50 Ländern teilnahmen. In Genf hatte im Zuge der Arbeiten über die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts eine vorbereitende Tagung stattgefunden, die den Einsatz solcher Waffen zu prüfen hatte.

In Luzern wurde ein Bericht für die Regierung erarbeitet, in dem präzisiert wird, welche herkömmlichen Waffen besonders grausame Wirkungen auf Menschen haben. Es soll erreicht werden, daß der Einsatz dieser Waffen eingeschränkt oder verboten wird. Der Präsident der IKRK, Professor Dr. med. Eric Martin, verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, daß bereits auf den Internationalen Rotkreuzkonferenzen in Wien (1965), Istanbul (1969) und Teheran (1973) verschiedene Resolutionen in dieser Richtung gefaßt wurden.

Die gegenwärtige Konferenz habe die Aufgabe, sich im wesentlichen mit technischen Problemen zu befassen und alle politischen Fragen völlig auszuschalten. Sie habe einzig und allein dafür Sorge zu tragen, die Leiden der Konfliktopfer zu lindern. Zwar sei sich das IKRK der erschreckenden Drohung des stets möglichen Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln bewußt, man dürfe aber nicht vergessen, daß seit fast 30 Jahren die Konfliktopfer durch herkömmliche Waffen getroffen werden.

(Genf, Band XXV, Nr. 10)

Bunkerbau und Feldscher-Ausbildung

HSINHUA

Die Pekinger Mittelschule Nr. 15 ist nur eine von über 220 Mittelschulen der chinesischen Hauptstadt. In ihnen ist die moderne praxisbezogene Erziehung der jungen Chinesen — genau wie an den Universitäten — bereits weitgehend verwirklicht. Schaufeln und Spaten sind für die Schüler der Mittelschule Nr. 15 genau so wichtig wie die Füllfederhalter und Schulhefte. Gemeinsam mit ihren Lehrern bauen die Schüler einen unterirdischen, bombensicheren Luftschutzbunker, der seinerseits wieder ein Teil des gigantischen Verteidigungslabyrinths ist, welches sich unter der Millionenstadt hinzieht. In der Mittelschule Nr. 15 lernen die Schüler auch noch etwas anderes als nur die althergebrachte Schulweisheit. Sie werden zu „barfüßigen Ärzten“ (Feldschern) ausgebildet und mit den Grundbegriffen der traditionellen Medizin vertraut gemacht. Dabei lernen sie die Anwendung von Heilkräutern genau so wie die Akupunktur. Unter der Aufsicht eines Facharztes machen sie mit den haardünnen Silbernadeln Selbstversuche. In jeder ärztlichen Unterrichtsstunde lernen sie einige der etwa 100 Stellen kennen, an denen die Nervenstränge verlaufen, die für die Akupunktur wichtig sind. Manche dieser Schüler sind knapp 14 Jahre alt. An die Schulzeit schließt sich meist eine weitere zwei- bis dreijährige Ausbildungszeit in Volkskommunen und Fabriken an.

(Peking, 8. April 1974)

Kernwaffen-Ausbreitung verhindern

amerika dienst

United States Information Service

Natürlich hängt die Frage, ob ein Land Nuklearwaffen haben wird, von einer Kombination der Fähigkeit, sie zu entwickeln oder zu erwerben — und der Absicht dazu, ab.

Es liegt also auf der Hand, daß Industriestaaten wie Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Kanada technisch gesehen in relativ kurzer Zeit beträchtliche Nukleararsenale aufbieten könnten. Diese Länder haben jedoch klare politische Entscheidungen getroffen; sie werden diesen Weg nicht einschlagen und haben dies durch

Unterzeichnung und Ratifizierung des Kernwaffensperrvertrages und andere politische Erklärungen eindeutig manifestiert.

Auf lange Sicht wird es neuer Anstrengungen bedürfen, um mit der weltweiten Verbreitung der Nukleartechnologie fertig zu werden. Man kann zwar die Ausbreitung waffentechnisch nutzbarer Materialien verlangsamen, aber nicht gänzlich unterbinden.

Die Weltgemeinschaft muß sich über die Bedeutung des Atomwaffensperrvertrages klarwerden, die notwendigen zusätzlichen Rüstungskontrollmaßnahmen treffen, damit man in einer Welt mit weitverbreiteter Nukleartechnologie auch wirklich leben kann.

(Washington/Bad Godesberg,
Nr. 21/74)

Neues Zivilschutz-Kurszentrum

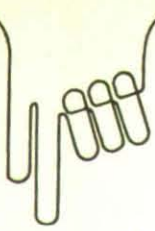
Schweizer Baublatt

Das neue Zivilschutz-Kurszentrum Leutschenbach in Zürich wurde jetzt offiziell eingeweiht; benutzt wird es bereits seit September 1973. In der Stadt Zürich werden in jedem Jahr im Bereich des Zivilschutzes rund 10 000 Personen ausgebildet. Die Kurse, Übungen oder Rapporte wurden in der Regel mit Gruppen von jeweils 60 Teilnehmern durchgeführt. Künftig sollen — so sieht es das Ausbildungsprogramm der Stadt Zürich vor — jährlich etwa 300 Veranstaltungen dieser Art durchgeführt werden.

Da die Kursarten sehr unterschiedlich sind, war es erforderlich, auch verschiedene Kursanlagen zur Verfügung zu stellen. Für die Ausbildung der Blockchefs, der Angehörigen der Stäbe und des Nachrichtendienstes, der Betreuungs- und AC-Schutzdienste sind in erster Linie Unterrichtsräume nötig. Für die Ausbildung der Sturmchefs und der Angehörigen des Pionier- und Brandschutzes sowie des Sicherungsdienstes werden vorwiegend Übungsstationen im Gelände benötigt.

Für die Kurse der übrigen Dienstzweige werden sowohl Unterrichts-räume als auch Übungsanlagen im Freien gebraucht. Die Baukosten für die neue Anlage betragen rund 10,7 Millionen Franken.

(Rüschlikon, Nr. 84/1974)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

amerikadienst
Washington/Bad Godesberg,
Nr. 20/1974

Eine Überlebensfrage für die Menschheit

Der Direktor des amerikanischen Amtes für Rüstungskontrolle, Fred C. Ikle, hat die Abrüstung im Bereich der Nuklearwaffen als eine Frage des Überlebens der Menschheit bezeichnet und sehr eindringlich vor den unübersehbaren und unvorstellbaren Gefahren der Kernwaffen gewarnt.

Sein Vortrag, den er am 5. September dieses Jahres vor dem „Rat für Auswärtige Beziehungen“, einer privaten Vereinigung in Chicago, gehalten hat, wird als Hintergrundmaterial im US-Informationdienst veröffentlicht.

An Hand von einprägsamen Beispielen weist Ikle darauf hin, daß die tatsächlichen Folgen des Einsatzes von Nuklearwaffen selbst von Wissenschaftlern nicht vorausgesagt werden könnten. Die Öffentlichkeit, die sich an den drohenden Schrecken eines Atomkrieges mehr oder weniger gewöhnt habe, müsse ihre Lethargie überwinden und erzwingen, daß die Frage der nuklearen Abrüstung in aller Offenheit behandelt werde.

Die Schreckensbilder von Hiroshima und Nagasaki — Städte, die quadratkilometerweit in eine Einöde von zerschmettertem Beton und verbogenem Eisen und Stahl verwandelt waren — seien heute leider sehr verblaßt. Seitdem der quantitative Sprung in den Megatonnenwert gelungen ist, reicht die menschliche Vorstellung einfach nicht mehr aus; eine „Megatonne“ ist nur ein wissenschaftlicher Begriff, der keinen gefühlsmäßigen Inhalt mehr vermittelt. Die fundamentale Wahrheit aber ist: Megatonnen an Zerstörungskraft sind heute auf Menschen gerichtet.

Survive
Starke/Florida, Vol. 6 Nr. 6

Zivilschutz macht sich auch im Frieden bezahlt

In einem Beitrag eines Zivilschutzdirektors — Herb Johnson — aus Florida wird hier der Versuch unternommen, nachzuweisen, wie sehr sich ein im Frieden bereits gut organisierter Zivilschutz auszahlt. Der Verfasser zeigt an konkreten Beispielen auf, welchen Nutzen eine Gemeinde unter vielerlei Umständen aus der wohlgedachten Teamarbeit des Zivilschutzes zieht.

Ein Beispiel: Ein Zugunglück in der Zeit des morgendlichen Berufsverkehrs; hier werden zwei Rettungshubschrauber des Zivilschutzes eingesetzt, ein Hubschrauber mit großem Fassungsvermögen und ein kleinerer. Johnson glaubt aus eigener Erfahrung annehmen zu können, daß kein Kommunalbeamter nicht grundsätzlich an der öffentlichen Sicherheit interessiert sei. Hier bietet sich für den Zivilschutz und die Katastrophenbereitschaft der Ansatzpunkt.

Eine wesentliche Aufgabe sieht Johnson in der Koordinierung durch die örtlichen Zivilschutzdirektoren. Man brauche keinesfalls immer selbst am Katastrophenort anwesend zu sein, wenn man nur in der Lage ist, zum rechten Zeitpunkt die erforderliche Hilfe anzubieten. Dies aber sei nicht zuletzt eine Sache der richtigen Organisation.

brand aus
Wien, Nr. 9/1974

Katastrophen-Hilfsdienstgesetz in Tirol

Das österreichische Bundesland Tirol ist auf Grund seiner geographischen Verhältnisse in besonderem Maße von Naturkatastrophen bedroht. In einem Gebirgsland müssen besondere Ereignisse — Hochwasser, Lawinen, Bergstürze und Schlammlawinen — immer in Betracht gezogen werden. Dies ist aber auch der Grund, warum gerade für Tirol ein Katastrophen-Hilfsdienstgesetz von besonderer Bedeutung ist. Die niederösterreichische Feuerwehrzeitung widmet diesem Gesetz eine umfangreiche Abhandlung.

Das Gesetz bestimmt nach seiner Verabschiedung die Grundlagen für die Einrichtung eines Katastrophenhilfsdienstes. Es soll nicht die

bereits bestehenden Vorschriften über die Vorbereitung und Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung der Katastrophen ersetzen — vielmehr tritt es unterstützend neben diese Vorschriften.

Der erste Abschnitt umfaßt die allgemeinen Bestimmungen über den Geltungsbereich des Gesetzes, der zweite Abschnitt gilt dem Katastrophenhilfsdienst der Gemeinde. Im dritten Abschnitt wird der Katastrophenhilfsdienst der Bezirkshauptmannschaft und der Landesregierung geregelt.

Für bestimmte Gebäude ist ein Katastrophenschutzplan zu erstellen, eine einfache Erste-Hilfe-Ausbildung wird für die gesamte Bevölkerung festgelegt.

Der Zivildienst
Köln, Nr. 5/1974

Rettungswesen in der BRD — Koordinierung und Gesetzgebung

Walter Teuber veröffentlicht in der in Köln erscheinenden Fachzeitschrift einen Beitrag, der sich mit dem Komplex der Koordinierung des Rettungswesens und der entsprechenden Gesetzgebung in der Bundesrepublik befaßt. Rettungswesen fällt zwar grundsätzlich in die Kompetenz der Bundesländer, doch fühlt sich die Bundesrepublik zu einer koordinierenden Tätigkeit deshalb verpflichtet, weil sie auch für einige wichtige gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiet des Rettungswesens zuständig ist — Erweiterung des Katastrophenschutzes, Berufsbild der Rettungssanitäter, Beförderung in Krankenkraftwagen.

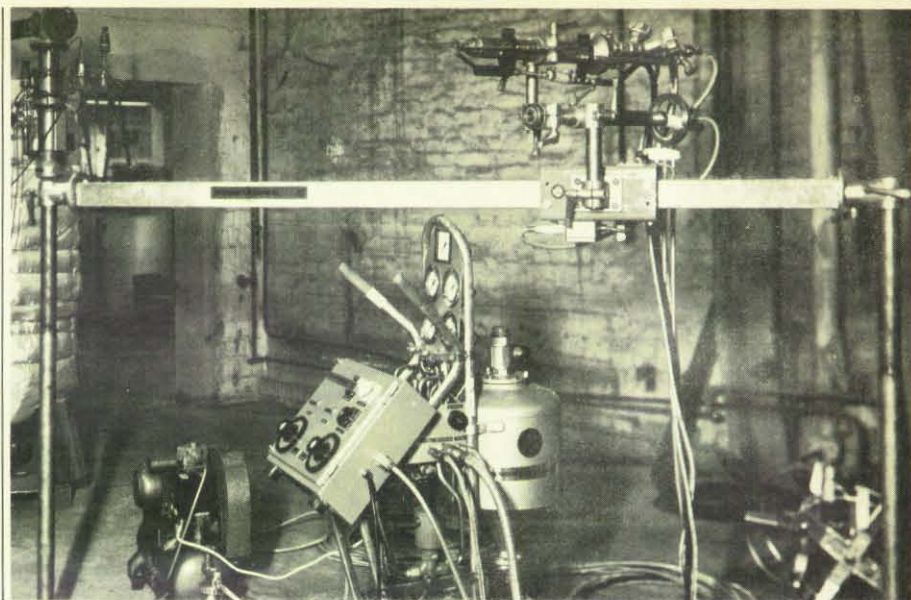
Der Bundesminister für Verkehr hat einen Bund/Länderausschuß „Rettungswesen“ gegründet, welcher alle einschlägigen Fragen berät und für die einheitliche Durchführung des Rettungswesens sorgt.

In Ergänzung der Maßnahmen der Bundesländer hat die Bundesregierung bisher einige Modellversuche im Bereich des Rettungswesens durchgeführt.

Teuber weist darauf hin, daß im bisherigen Aufbau und Ausbau des Rettungswesens unverkennbare Fortschritte zu verzeichnen sind.

Ein Muster für ein Ländergesetz über den Rettungsdienst ist zur Orientierung des Lesers abgedruckt.

Thermisches Trennen von Beton



Der Pulverschneidbrenner macht saubere Schnitte

Den regelmäßigen Lesern des ZS-MAGAZIN ist aus vielen Berichten die Sauerstofflanze bekannt, mit der sich Löcher in Betonwände bohren lassen. Diese Sauerstofflanze besteht aus einem mit Kerndrähten gefüllten Mantelrohr, durch das mit einem, je nach Durchmesser variierenden Druck Sauerstoff geblasen wird. Die Lanze wird an der Spitze entzündet, leicht gegen die zu durchbohrende Betonwand gedrückt, und unter dem Schmelzen des Betons wird die Bohrung hergestellt. Doch mit der Sauerstofflanze kann nur gebohrt werden. Braucht man Trennschnitte, um z. B. Durchbrüche zu erhalten, hilft man sich durch die Perforiermethode, indem Loch an Loch gesetzt wird.

Während man mit diesem Verfahren nur Löcher bohren bzw. durch Loch an Loch setzen trennen kann, ist der Pulverschneidbrenner in der Lage, kontinuierliche Schnitte zu erzeugen. Während des Schneidvorganges wird der Acetylen-Sauerstoff-Flamme ein Gemisch von Eisen-Aluminium-Pulver zugesetzt. Hierdurch entsteht die zum thermischen Trennen von Beton erforderliche Wärme. Statt Acetylen können auch andere Brenngase verwendet werden. Beton schmilzt je nach Zusammensetzung bei 1500 bis 1700° C. Je hochwertiger der Beton ist, um so leichter läßt er sich thermisch trennen.

Der Pulverschneidbrenner ist für horizontale und vertikale Schnitte geeignet. Sein Kernstück ist der auf einem Fahrwerk montierte Brenner. Über ein spezielles Pulverrohr wird

das Eisen-Aluminium-Pulver der Flamme zugeführt, wobei die Dosierung des Pulvers im sogenannten Pulververteiler erfolgt, von wo aus es mittels Preßluft zum Brenner gefördert wird.

Die gesamte Anlage des „Betonschneidmobils“ besteht aus Führungsschiene, Brennerwagen mit motorischem Vorschub, Pulverschneidbrenner, fahrbarer Steuereinrichtung mit Pulverbehälter und dem Luftkompressor für den Pulvertransport. Die Schnittgeschwindigkeiten liegen je nach Betondicke zwischen 0,5 bis 2,5 m/h, wobei heute Betonstärken bis zu einem Meter getrennt werden können. Es ist jedoch immer erforderlich, daß der geschmolzene Beton auf der dem Brenner gegenüberliegenden Seite aus dem Werkstück austreten kann, so daß z. B. im Boden liegende Fundamente mit dem Pulverschneidbrenner nicht geschnitten werden können.

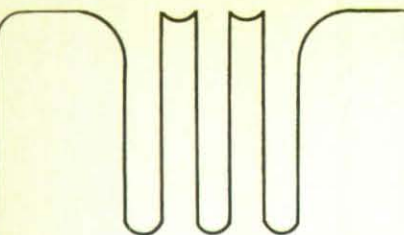
Das „Betonschneidmobil“. Der eigentliche Schneidbrenner sitzt auf der Führungsschiene.

Armierungen im Beton zu zerschneiden, macht kaum Schwierigkeiten. Das Stechen von Löchern ist mit dem Pulverschneidbrenner nicht möglich. Soll z. B. in der Mitte einer Betonwand mit dem Schnitt begonnen werden, wird der Anstich mit einer Sauerstofflanze gebohrt.

Die von einer Frankfurter Firma entwickelte neue Technik hat schon eine Reihe von Bewährungsproben bestanden. So wurde in Wetzlar eine noch aus dem Kriege stammende 4 m hohe und 80 cm dicke Splitterschutz-Betonmauer entfernt. Im Thermalbad des Kurortes Bad Orb wurde eine breite Betontreppe abgetragen. In einem Kaufhaus wurden aus der Betondecke Löcher zur späteren Aufnahme von Lichtkuppeln geschnitten. Bei Abbrucharbeiten aber auch für Durchbrüche bei Neubauten bietet das Verfahren eindeutige Vorteile gegenüber dem mechanischen Bearbeiten von Beton. H. F.



Demonstration des thermischen Trennens von Beton.



neue BÜCHER

Duden-Schülerlexikon

Herausgegeben unter der Leitung von Gisela Preuß, Bibliographisches Institut, Mannheim DM 28,—

Mit der zweiten, neu bearbeiteten Auflage des o. g. Lexikons wurde ein Nachschlagewerk für Schüler geschaffen, das helfen kann, Wissen zu erweitern und Chancen des Weiterkommens zu verbessern. Das farbige Duden-Schülerlexikon enthält mehr als 10 000 Stichwörter, 60 Großartikel, 30 Farbtafeln und 1100 überwiegend farbige Abbildungen. Die nach pädagogischen Maßstäben getroffene Auswahl der Stichwörter berücksichtigt u. a. neben Fremdwörtern, zu denen etymologische Hinweise gegeben werden, Personennamen, geographische Namen, Politik, Geschichte, Gesellschaft sowie viele naturwissenschaftliche und technische Begriffe. Die sorgfältig ausgewählten Großartikel gehen ausführlich auf Themen ein, die das besondere Interesse von Schülern finden. Die anschauliche Art der Bebilderung erleichtert das Verständnis komplizierter Zusammenhänge. Ein Verzeichnis mit mehr als 1000 Sachbüchern bietet die Möglichkeit, sich über Themen weiter zu informieren.

Das Paradies ist noch nicht verloren

Petra Pascal singt
Eine Schallplatte zum Umweltschutz
metronome records gmbh, Lüneburg DM 16,—
Kladderadatsch — unsere Welt
Spannende Jagd auf zwei Umweltverschmutzer
metronome records gmbh, Lüneburg DM 10,—

Der frühere Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher hat zu dieser Platte in der Klapphülle mit Farbbildern zum Thema Umweltschutz ein Geleitwort geschrieben. Die Sängerin

Petra Pascal stellt sich mit dieser Platte in den Dienst dieser für uns alle so lebenswichtigen Aufgabe. Man solle die Umweltkrise — so Genscher — nicht dramatisieren, aber man solle auch nicht glauben, man könne sie einfach hinwegreden.

Die manchmal scharfgeschliffenen Texte der Lieder machen schon nachdenklich, wenn sie zu alten Ohrwurmliedern erklingen.

Die zweite Platte wendet sich an die Kinder; es ist die Aufnahme einer Uraufführung in Originalbesetzung aus dem „Theater für Kinder“, Hamburg. Die Hauptfiguren sind „Schlitz und Schmutz“. Nach einer spannenden Jagd werden die beiden Umweltverschmutzer, die die saubere Welt verschandeln, wieder eingefangen. Auch zu dieser Platte schrieb Hans-Dietrich Genscher ein Geleitwort.

Ratgeber für den praktischen Landwirt

Hans Haase
Gemeinschaftsverlag BLV Verlagsgesellschaft, München, Landwirtschaftsverlag Hiltrup/Westfalen u. a. DM 54,—

Dieses Standardwerk sollte zur Grundausrüstung eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes gehören. Es stellt ein Nachschlagewerk dar, welches für alle Sach- und Fachbereiche der Landwirtschaft eine klare Antwort gibt. Inzwischen in der 10. Auflage auf den neuesten Stand gebracht, enthält es sehr viele Verbesserungen und neueste Erkenntnisse.

Den Leserkreis dieser Zeitschrift wird beispielsweise der gesamte Komplex des Getreide- und Hackfruchtanbaues aus der Sicht einer Vorratshaltung im bäuerlichen Betrieb selbst und der Versorgung der Bevölkerung interessieren.

Wenn in einem Katastrophenfalle nur ein begrenzter Anbau möglich sein wird, wird man wissen müssen, welche äußeren Umstände zu berücksichtigen sind. (Beispielsweise bei einer Bodenverseuchung oder einer Verstrahlung des Bodens.) Die Futtermittelhaltung wird unter dem Gesichtspunkt einer möglichen längeren Einstellung gesehen werden müssen. Dabei werden Fragen der allgemeinen Tierhaltung und Pflegenotwendigkeiten ebenfalls zu berücksichtigen sein.

Ein Handbuch, welches den Selbstschutzberatern im ländlichen Bereich ein wichtiges Hilfsmittel sein kann.

Interne Notfallmedizin

Prof. Dr. G. Junge-Hülsing
J. F. Lehmanns Verlag, München DM 48,—

In diesem Buch sind die vielfältigen medizinischen Aspekte interner Notfallsituationen in diagnostischer und therapeutischer Hinsicht klar und übersichtlich dargestellt. Alle denkbaren Notfälle in der inneren Medizin sind im Inhaltsverzeichnis und im Sachregister schnell auffindbar. Die Beschreibung erfolgt kurz und prägnant in tabellarischer Form. Die Pathophysiologie wird stichwortartig erwähnt, die Angabe wichtiger Laborwerte ist eine weitere Orientierungshilfe. Für weitergehende Studien ist jedem Kapitel ein Literaturverzeichnis angefügt.

Für den Laienhelfer ist das Buch nicht geeignet und auch nicht gedacht. Seiner Zweckbestimmung nach gehört es nicht nur auf den Schreibtisch des Arztes, sondern auch und gerade in die Arzttasche. Dafür aber wäre ein kleineres Format wünschenswert.

Auswege in die Zukunft

G. Bruckmann/H. Swoboda
Verlag Fritz Molden, Wien-Grinzing DM 28,50

Bruckmann und Swoboda versuchen in ihrem Buch die Ursachen der weltweiten Krise aufzuzeichnen und bringen reale Überlegungen, wie die Menschheit die Bedrohungen, die ihren Lebensstandard gefährden, meistern könnte, zur Sprache.

Die vielfachen Krisen wirtschaftlicher Art, die die Menschheit erlebt, sind nach ihrer Meinung keine unabwendbaren Fügungen, sondern viel eher die Folgen eines fehlerhaften Verhaltens.

Wenn man jedoch ernsthaft überleben will — und dies soll heißen, daß die Menschheit insgesamt überleben soll, und nicht nur einzelne Gruppen — dann müßen die Ursachen des Fehlverhaltens erkannt und beseitigt werden.

Das gestörte Verhältnis zur Zukunft wird als eines der Grundübel unserer Zeit gesehen; es hat zu einer umweltvernichtenden und lebensvernichtenden Verschleißkonzentration geführt und verhindert gleichzeitig auch jede Besserung.

In diesem Buch aber werden auch Anregungen und Lösungsvorschläge geboten. Es wird nicht mit Kritik gespart; doch es werden auch eigene Vorschläge zur Diskussion gestellt.